



Bericht
der Landesregierung

**Ostseeaktivitäten der Landesregierung 2005/2006
(Ostseebericht 2006)**

Federführend ist der Minister für Justiz, Arbeit und Europa

Inhalt

1. Einleitung: 20 Jahre Ostseekooperation – Bilanz und Perspektiven	Seite 4
2. Ostseepolitik Schleswig-Holsteins: Handlungsrahmen und Instrumente	Seite 9
2.1 Präsenz Schleswig-Holsteins im Ostseeraum	Seite 9
2.2 Allianzen des Nordens	Seite 10
2.3 STRING: Strategische Partnerschaft in der südwestlichen Ostseeregion	Seite 15
2.4 Norddeutsche Zusammenarbeit im Ostseeraum	Seite 18
2.5 Partnerschaften Schleswig-Holsteins im Ostseeraum	Seite 19
3. Leitziele und Schwerpunkte der Ostseepolitik	
Schleswig-Holsteins 2005/2006	Seite 27
3.1 Kulturelle Begegnung und Zusammenarbeit im Ostseeraum ausbauen, Jugendbegegnung stärken	Seite 28
3.2 Die Hochschulkooperation zur „Wissensregion Ostsee“ ausbauen	Seite 31
3.3 Die Ostseeregion zu einer „Region ziviler Sicherheit“ machen	Seite 34
3.4 Die Ostseeregion als Modell nachhaltiger Entwicklung profilieren	Seite 36
3.5 Die Ostsee zu einem der weltweit sichersten Seeverkehrsgebiete machen	Seite 37
3.6 Wirtschaftliche Chancen im Ostseeraum gezielt nutzen	Seite 40
3.7 Zukunft Meer: Die maritime Wirtschaft ausbauen – Schleswig-Holstein zur europäischen Modellregion machen	Seite 44
3.8 Gesundheitswirtschaft und -dienstleistungen im Ostseeraum stärken	Seite 46
3.9 Schleswig-Holstein als starke Transportdrehscheibe im Ostseeraum	Seite 47
4. Aktuelle Entwicklungen der Ostseekooperation	Seite 52
4.1 Ostseerat der Außenminister (CBSS)	Seite 53
4.2 Ostsee-Parlamentarierkonferenz (BSPC)	Seite 57
4.3 Konferenz der Subregionen (BSSC)	Seite 59
4.4 EU-Ostseepolitik	Seite 61
Abkürzungsverzeichnis	Seite 66

Anlagen:

1. Übersicht über Aktivitäten der Landesregierung im Ostseeraum 2005/2006	Seite 68
2. Abschlusserklärung des 6. Gipfeltreffens der Regierungschefs der Ostsee-anrainerstaaten (Reykjavik, 08.6.2006)	Seite 94
3. Abschlusserklärung der 13. Ministertagung des Ostseerates der Außenminister , CBSS (Szczecin, 09./10.6.2005)	Seite 95
4. Resolution der 14. Ostseeparlamentarierkonferenz (Vilnius, 28.-30.8.2005)	Seite 99
5. Resolution der 13. BSSC-Konferenz (Szczecin, 20.-22.10.2005)	Seite 101
6. Übersicht über INTERREG III B-Projekte mit schleswig-holsteinischer Beteiligung 2001-2006 (Ostseeraum, Nordseeraum)	Seite 103

Vorbemerkung

Durch Beschluss vom 10. September 1992 – Drs. 13/306 – hat der Landtag die Landesregierung aufgefordert, sechs Wochen vor der jährlichen Ostseeparlamentarierkonferenz über die Zusammenarbeit im Ostseeraum einen **Bericht über ihre Ostseeaktivitäten** vorzulegen. Die diesjährige 13. Ostseeparlamentarierkonferenz findet 3.-5. September 2006 in Reykjavik (Island) statt.

Bisher hat die Landesregierung dem Landtag neun Berichte zugeleitet.¹ In Abstimmung mit dem Landtag ist die Vorlage des „Ostseeberichts“ seit dem Jahr 2001 auf einen Zweijahreszeitraum umgestellt worden.

Soweit in diesem Bericht Aktivitäten und Entwicklungen dargestellt sind, die nicht in den originären Zuständigkeitsbereich der Landesregierung fallen, wird der Kenntnisstand von Ende Mai 2006 wiedergegeben. Einzelne Darstellungen aus den letztjährigen Ostseeberichten gelten unverändert fort. Insoweit wird auch auf die Darstellungen in den letztjährigen Ostseeberichten verwiesen.

¹ Drs'en 13/694, 13/2784, 14/132, 14/888, 14/1638, 14/2289, 15/204, 15/2051 und 15/3553

1. Einleitung: 20 Jahre Ostseekooperation – Bilanz und Perspektiven

Von ihren ersten Ursprüngen her blickt die Idee der Ostseekooperation heute auf rund 20 Jahre erfolgreicher Zusammenarbeit zurück. Die Zusammenarbeit in der Ostseeregion wurde stark durch die historischen Umbrüche der frühen 90er Jahre befördert, die in der EU-Erweiterung im Mai 2004 einen Höhepunkt fanden. In weiten Teilen aber ist sie vor allem eine Erfolgsgeschichte, die auf die selbst bestimmte und selbst gestaltete Zusammenarbeit zahlreicher Akteure im Ostseeraum aufbaut.

Heute gilt die Ostseeregion als eine der am stärksten entwickelten und integrierten unter den transnationalen Großregionen Europas. In seiner Rede vor dem Baltic Development Forum Summit (Oktober 2006, Stockholm) hat Kommissionspräsident Barroso von der Ostseeregion als „Leuchtfieber“ für die Entwicklung der Europäischen Union bezeichnet.² Mit ihrem etablierten vielfältigen Netzwerk der Zusammenarbeit steht die Ostseeregion einmalig in Europa da. Aus eigener Kraft und in enger grenzüberschreitender Zusammenarbeit hat sie wesentliche Beiträge zur Integration der neuen EU-Mitgliedstaaten des Raumes in die Europäische Union geleistet. Allein eine stärkere Einbeziehung der Regionen Nordwest-Russlands steht noch aus, wird aber ohne aktive Unterstützung im Rahmen der strategischen EU-Russland-Partnerschaft nur schwer möglich sein.

Auch von Außenstehenden wird der Ostseeregion attestiert, eine der Zukunftsregionen zu sein, die im Wettbewerb der europäischen Regionen um Arbeitsplätze, Waren- und Dienstleistungsströme und Unternehmensansiedlungen bestehen können. Dies kann nur durch verstärkte gemeinsame Anstrengungen aller Anrainerstaaten und Akteure dauerhaft gelingen.

Mit der EU-Erweiterung im Mai 2004 ist die Ostseeregion vom nördlichen Rand Europas stärker in dessen Zentrum gerückt. Die Ostsee ist damit faktisch zum **europäischen Binnenmeer** geworden, der Ostseeraum zum eigentlichen „Mittelmeer“ der Europäischen Union. Eine Region mit einer anerkannt hohen Wettbewerbsfähigkeit, einem hohen Qualifikationsniveau und einem dichten Besatz von Universitäten und Forschungseinrichtungen, einer weltweit führenden Position in der Nutzung und Anwendung von I&K-Technologien, einer dichten Verflechtung der nationalen Binnenökonomien sowie stetig stark wachsenden Transportvolumina quer über die Ostsee.

Bereits heute zählt der Ostseeraum zu den **Top-Regionen Europas**:

² Internet: www.bdforum.org

- Der vom Weltwirtschaftsforum herausgegebene „Global Competitiveness Report“ führt seit Jahren die nordischen Staaten Finnland, Schweden, Dänemark und Norwegen unter den Top 10 im Ranking der weltweit wettbewerbsfähigsten Länder.³
- Mit Wachstumsraten zwischen 7 und 9 Prozent liegen die baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen erheblich über dem durchschnittlichen Wachstum der EU.
- Schweden, Finnland, Dänemark und Deutschland besetzen die ersten vier Plätze im Innovationsranking der EU-Kommission, dem sog. „European Innovation Scoreboard“.⁴
- Der renommierte „Information Society Index“ listet die nordischen Staaten seit Jahren auf den führenden Plätzen im weltweiten Vergleich der Leistungsfähigkeit im Bereich der Informationsgesellschaft – darunter Dänemark und Schweden auf Platz 1 und 2 noch vor den USA.⁵

Schleswig-Holstein ist integraler Teil der Ostseeregion. Mit dem Engagement zahlreicher schleswig-holsteinischer Akteure in vielen Organisationen und Foren der Ostseekooperation, mit seinen vielfachen politischen Initiativen und seinem erfolgreich aufgebauten Netzwerk von Partnerschaften im Ostseeraum genießt Schleswig-Holstein einen guten Ruf im Ostseeraum, der gleichzeitig den Standort dieses vergleichsweise kleinen Landes in den Blickpunkt des Interesses rückt. Gemeinsam mit Hamburg nimmt Schleswig-Holstein die strategische Funktion einer zentralen Drehscheibe für Handel und Transport des Ostseeraumes ein. Als Land zwischen den Meeren ist Schleswig-Holstein dabei auf eine enge Zusammenarbeit mit seinen Nachbarn im Norden angewiesen.

Was für Schleswig-Holstein selbstverständlich ist, muss für die Ostseeregion als Ganzes erst noch geschaffen werden: Stärker als bisher muss sie sich auf ausgewählte **strategische Handlungsfelder** konzentrieren. Insbesondere für die staatliche Form der Ostseekooperation gilt: Mit der Osterweiterung der Europäischen Union hat sie ihre zuvor vorwiegend außenpolitische Legitimation in weiten Teilen eingebüßt. An ihre Stelle muss eine gestaltende Regionalpolitik innerhalb der erweiterten EU treten. Die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsraums Ostsee ist eine Zukunftsaufgabe, um im stärker werdenden globalen Wettbewerb der Unternehmen, aber auch in der Konkurrenz größerer grenzüberschreitender Wirtschaftsräume in Europa bestehen zu können.

Eine zentrale Aufgabe kommt dabei dem **Ostseerat (CBSS)** zu. Mit ihren „Leitzielen für eine zweite Phase der Ostseekooperation“ hat die Landesregierung vor zwei Jahren Kernthemen für eine erneuerte Ostseekooperation vorgeschlagen, zu denen das Land mit eigenen Maßnahmen aktive Beiträge leistet. Verbindendes Element, das die Interessen der Ostseeanrainer auf einen gemeinsamen Nenner bündeln kann, ist die Ostsee selbst sowie die Chancen und

³ Internet: www.weforum.org/gcr

⁴ Internet: www.trendchart.org

⁵ Internet: www.worldpaper.com/2005/june/1a.html

Notwendigkeiten, dieses Meer zu überqueren. Dazu zählen Bereiche wie Meerespolitik, Schiffssicherheit und mariner Umweltschutz, Transportinfrastrukturen, kulturelle und Jugendbegegnung sowie die Vernetzung wirtschaftlicher Cluster und der Ausbildungs- und Forschungspotenziale im Ostseeraum.⁶

Schleswig-Holstein steht mit diesen Vorschlägen nicht allein. Zuletzt hat das vom ehemaligen dänischen Außenminister Ellemann-Jensen geführte „Baltic Development Forum“ (BDF) bei seinen „BDF Summits“ 2004 in Hamburg und 2005 in Stockholm zahlreiche dieser Vorschläge aufgegriffen.⁷ Auch die Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC) hat sich mehrere dieser Vorschläge Schleswig-Holsteins zu eigen gemacht.⁸

Große Hoffnungen richten sich daher auf den kommenden schwedischen CBSS-Vorsitz ab Juli 2006, da – aus standortpolitischen Gründen nachvollziehbar – in zurückliegenden Jahren Schweden neben Finnland meist die nachhaltigsten Initiativen zur Stärkung und Weiterentwicklung der Ostseekooperation ergriffen hat. Als Dach für zahlreiche weitere Organisationen der Ostseekooperation ist gerade CBSS geeignet, neue Orientierungen zu initiieren und gemeinsam mit anderen Partnern nachhaltig umzusetzen.

Wichtig wird die **aktive Einbeziehung der EU** in die weitere Gestaltung der Ostseezusammenarbeit sein. Mit der Fortführung des Ostseeprogramms INTERREG III B über 2006 hinaus ist ein erster Erfolg gelungen. Die anstehende Neuausrichtung des politischen Konzepts der Nördlichen Dimension sowie die Umsetzung des künftigen „Europäischen Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstruments“ (ENPI) im Rahmen der Zusammenarbeit mit Russland bieten ab 2007 neue Optionen. Die Umsetzung des Konzepts der „Transeuropäischen Verkehrsnetze“ im Ostseeraum – einschließlich der jüngst vorgelegten Vorschläge zu deren Ausweitung auf die Nachbarstaaten der erweiterten EU – stellen eine Herausforderung an die Ostseestaaten dar. Das ambitionierte, von der EU-Kommission gewürdigte Vorhaben von HELCOM, mit einem eigenen „Baltic Sea Action Plan“ einen eigenen regionalen Beitrag zur EU-Meeresumweltstrategie zu leisten, bietet eine wichtige Chance. Stärker noch als in früheren Jahren besteht daher die Notwendigkeit, dass die Ostseeregion eine **eigene Stimme in Brüssel** entwickelt, um die eigenen Interessen wirkungsvoll vertreten zu können.⁹

Eine sichere und saubere Ostsee, eine ökonomisch starke und innovative Ostseeregion, stabile Gesellschaften in sozialer Verantwortung, ein zukunftsähiges und nachhaltiges Netzwerk der Zusammenarbeit in dieser Region – unter dieser Maxime sollte eine gemeinsame **Entwicklungsstrategie für die Ostseeregion** entwickelt werden. In einer viel beachteten Rede

⁶ vgl. Ostseebericht 2004 (Drs. 15/3553), S. 6 ff.

⁷ Internet: www.bdforum.org

⁸ vgl. Kapitel 4.2 dieses Berichts (Internet: www.bspc.net)

⁹ zur EU-Ostseopolitik siehe Kapitel 4.4, zu HELCOM in Kapitel 4.1 dieses Berichts

in Brüssel brachte es der frühere dänische Ministerpräsident Nyrup Rasmussen Ende 2004 auf den Punkt: Die Ostseeregion zur Modellregion machen, die als erste Region in Europa die Ziele der Lissabon-Strategie umsetzt.¹⁰

Wirtschaftlich effizient, sozial gerecht und ökologisch nachhaltig – mit diesem Ziel-Dreieck bietet die 2000 vom Europäischen Rat beschlossene Lissabon-Strategie Perspektiven für ein europäisches Zukunftsmodell im 21. Jahrhundert. Ein Modell, dem die Ostseeregion in vielen Bereichen bereits heute näher ist als andere Teile Europas.

Schleswig-Holstein leistet dazu mit den Schwerpunktthemen und Leitzielen eigene aktive Beiträge, die zugleich einen konkreten Mehrwert für Schleswig-Holstein schaffen:¹¹

- Für eine koordinierte **europäische Meerespolitik** hat Schleswig-Holstein einen wesentlichen Anstoß gegeben und koordiniert in diesem Jahr die „Stimme der Ostseeregion“ zum erwarteten Grünbuch im Rahmen einer Ostseekonferenz in Kiel. Ziel ist die Stärkung des maritimen Sektors, der in Schleswig-Holstein in der Initiative „Zukunft Meer“ und im „Maritime Cluster Schleswig-Holstein“ gebündelt ist.
- Im Bereich **Schiffssicherheit** und **Meeresumweltschutz** engagiert sich Schleswig-Holstein im Rahmen von HELCOM und der Europäischen Meeresumweltschutzstrategie sowie mit eigenen Initiativen gegenüber der Weltschiffahrtsorganisation (IMO). Neben dem Schutz der Ostsee gilt das Engagement auch der Sicherung eines effizienten Seeverkehrswesens auf der Ostsee.
- **Transport, Logistik und Verkehrsinfrastrukturen** sind Kernthemen für die Zukunftssicherung der Ostseeregion. Mit Projekten wie der festen Fehmarnbelt-Querung, der A 20 mit Elbquerung und dem Ausbau des Nord-Ostsee-Kanals stärkt Schleswig-Holstein seine strategische Funktion als Transportdrehscheibe im Ostseeraum.
- Die wirtschaftlichen Stärken der Ostseeregion zu stärken erfordert eine stärkere Vernetzung relevanter **Wirtschaftscluster** sowie den Aufbau einer vernetzten **Bildungs- und Forschungsregion**, über die zugleich neue Märkte erschlossen werden können. Hier bringt Schleswig-Holstein seine Stärken in Bereichen wie Life Sciences, Medizintechnik, e-Health, regenerative Energien sowie die Ostseekooperationen der Hochschulen ein.
- **Kultureller Austausch und Jugendbegegnung** zählen zu den Grundvoraussetzungen einer integrierten Region. Schleswig-Holstein bringt seine führende Stellung im Rahmen von Ars Baltica, seine im Ostseeraum viel beachteten Kulturreignisse sowie zentrale Koordinierungsstellen für den Informations- und Erfahrungsaustausch in der Jugendarbeit der Ostseeregion ein.

¹⁰ Poul Nyrup Rasmussen: „The Baltic Sea Region – It is time to be ambitious“ (im Internet verfügbar unter: http://www.pes.org/download/EN_Baltic_Sea_Region_Speech.pdf)

¹¹ siehe hierzu ausführlicher in Kapitel 3. dieses Berichts

Um diese Potenziale kreativ nutzen und gemeinsam mit Partnern und in Projekten ausbauen zu können, ist eine intensive **Nutzung des eigenen Netzwerks der Ostseezusammenarbeit** erforderlich, das zahlreiche Akteure aus Schleswig-Holstein in den vergangenen Jahren aufgebaut haben. Neben den Regionalpartnerschaften des Landes im Ostseeraum gilt dies vor allem mit Blick auf die erfolgreichen multinationalen INTERREG III B-Projekte. Mit seiner wichtigen Stellung im Rahmen des Programms INTERREG III B (Ostsee) und dessen Nachfolgeprogramms sichert sich Schleswig-Holstein wichtigen Einfluss auf Gestaltung und Nutzung dieses Ostseeprogramms. Unter anderem wird es hier darauf ankommen, strategisch orientierte Projekte im Ostsee- wie im Nordseeraum miteinander zu verknüpfen.¹²

Die strategische Partnerschaft STRING im südwestlichen Ostseeraum, stärkere gemeinsame Präsenz mit Hamburg und eine enge grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit Dänemark sind weitere Bausteine. Die Mitwirkung in Ostsee-Organisationen wie BSSSC, Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC), dem Ostseeverbund der Handelskammern (BCCA), Ars Baltica oder der „Task Force Organised Crime“ des Ostseerates kommt hinzu.

Das Stichwort „Neue Hanse“ ist in den Startjahren der Ostseekooperation in Norddeutschland gern unter Verweis auf den wirtschaftlichen Erfolg und damalige europaweite Bedeutung der Hanse verwandt worden, um diese damals neue Leitidee zu visualisieren. Allerdings ist dieser Rückgriff auf die Geschichte nicht hinreichend differenziert – zu einseitig war die historische Hanse in ihrer Blütezeit von ihren deutschen Mitgliedern dominiert. Dennoch bot sie zu ihrer Zeit etwas Einmaliges: Ein gemeinsames grenzübergreifendes Rechtssystem, eine effektive Organisation und entwickelte Technologien.

Diesen Rahmen bietet heute in der Ostseeregion die EU. Mit Hinweis auf diesen grundlegenden Unterschied, der durch die EU-Erweiterung bewirkt worden ist, hat der frühere dänische Ministerpräsident Nyrup Rasmussen in seiner bereits genannten Rede die Hanse als Referenz für die Ostseekooperation der kommenden Jahre in die Diskussion gebracht.¹³

„**Neue Hanse 21**“ könnte das Label für den Aufbruch der Ostseeregion in das 21. Jahrhundert in Europa sein.

¹² ausführlicher siehe Kapitel 2. dieses Berichts

¹³ Poul Nyrup Rasmussen, a.a.O.

Der hiermit vorgelegte aktuelle Ostseebericht ist gegenüber den Berichten in früheren Jahren gestrafft worden. Im Vordergrund stehen der Handlungsrahmen der schleswig-holsteinischen Ostseepolitik sowie die Leitziele und Schwerpunkte der Ostseepolitik Schleswig-Holstein. Zu deren Einordnung, aber auch zur Unterrichtung derjenigen Abgeordneten, die den Schleswig-Holsteinischen Landtag in der diesjährigen Ostsee-Parlamentarierkonferenz vertreten werden, ist der Überblick über aktuelle Entwicklungen der Ostseekooperation im Berichtszeitraum an das Ende dieses Berichts gestellt worden. Die Zahl der diesem Bericht beigefügten Anlagen ist gegenüber früheren Berichten lediglich aus technischen Gründen reduziert worden, ohne dass aus dieser Tatsache eine inhaltliche Bewertung abgelesen werden kann.

2. *Ostseepolitk Schleswig-Holsteins: Handlungsrahmen und Instrumente*

Ostseekooperation ist die **strategische regionale Leitidee** Schleswig-Holsteins. Aktive Beiträge zur Intensivierung und Erneuerung der Zusammenarbeit im gesamten Ostseeraum sind im Interesse des Landes: Nur eine handlungs- und wettbewerbsfähige Ostseeregion wird im Wettbewerb der Großregionen Europas bestehen können. Zugleich gilt es, Schleswig-Holstein in die Kooperationsnetzwerke des Ostseeraums einzubinden und innerhalb der Ostseeregion zu positionieren, um die Wettbewerbsfähigkeit des Landes zu stärken.

2.1 *Präsenz Schleswig-Holsteins im Ostseeraum*

Erforderlich ist die kontinuierliche Pflege der Präsenz und der politischen Kontakte des Landes im Ostseeraum. Dies wird u.a. durch die aktive Mitwirkung in den wichtigsten Gremien der Ostseekooperation sowie durch Besuchsreisen des Ministerpräsidenten, von Fachministern und Vertretern des Landtages gewährleistet.

Im Berichtszeitraum zählten dazu die **Delegationsreisen** der vormaligen Ministerpräsidentin nach Stockholm und Malmö (September 2004) sowie des Ministerpräsidenten nach Kopenhagen (Januar 2006, Juni 2006). Ebenso die Reisen des Europaministers nach Estland und Lettland (Mai 2006), Helsinki und Stockholm (März 2006), Kopenhagen (Januar 2006) und Malmö (August 2005, Januar 2006) sowie die Besuche des Landwirtschaftsministers in Tallinn und Riga (Mai 2006), der Gesundheitsministerin in Stockholm (Mai 2006), des Innenministers in Kopenhagen (März 2006), die Delegationsreise der Staatssekretärin im Wirtschaftsministerium zur Fachmesse POLEKO nach Polen (November 2005) oder die Teilnahme der Kulturbearbeitung des Ministerpräsidenten an der Feier zum 10-jährigen Jubiläum der Partnerschaft mit Ost-Norwegen (Oslo, September 2005).

Im Bereich der **Ostsee-Organisationen** wirkt Schleswig-Holstein – zum Teil in führender Rolle – an der Arbeit der Konferenz der Subregionen (BSSSC)¹⁴, der Ostseeparlamentarier-Konferenz (BSPC)¹⁵, Ars Baltica¹⁶, HELCOM¹⁷ oder der „Task Force Organised Crime“ (TFOC)¹⁸ mit. Die Industrie- und Handelskammern engagieren sich im Ostseeverbund der Handelskammern (BCCA), die Städte Lübeck und Kiel in der „Union of the Baltic Cities“ (UBC)¹⁹. Im Bereich der Ostsee-Fachministerkonferenzen ist im Berichtszeitraum lediglich die 7. Ostsee-Kulturministerkonferenz in Bergen (Norwegen) im September 2005 zu nennen, in der Schleswig-Holstein durch die Kulturbefragte des Ministerpräsidenten vertreten war. Mit dem Ostseejugendbüro und dem Ostsee-Sekretariat für Jugendangelegenheiten, die beide beim Landesjugendring angesiedelt sind, nimmt Schleswig-Holstein in diesem Bereich eine führende koordinierende Rolle ein.²⁰

Im Rahmen der EU-Gemeinschaftsinitiative INTERREG III B (Ostsee) ist Schleswig-Holstein durch die vom MJAE wahrgenommene Mitgliedschaft im Lenkungsausschuss (Steering Committee) sowie durch die von der Investitionsbank Schleswig-Holstein (IB SH) wahrgenommene Funktion als Verwaltungs- und Finanzbehörde prominent vertreten.²¹ Hinzu kommen zahlreiche strategisch ausgerichtete INTERREG III B-Projekte, an denen diverse Institutionen aus Schleswig-Holstein – zum Teil in führender Rolle – beteiligt sind.²²

Zahlreiche weitere Institutionen und Verbände aus Schleswig-Holstein beteiligen sich mit eigenen Initiativen und Projekten aktiv an der Zusammenarbeit im Ostseeraum.²³

2.2 Allianzen des Nordens

Mit dem „Ostseebericht 2004“ hat die Landesregierung Leitziele formuliert, die ein Leitbild für die Weiterentwicklung der Zusammenarbeit im Ostseeraum nach der Erweiterung der Europäischen Union geben und zugleich als Schwerpunktthemen der Ostseepolitik des Landes nachhaltige Beiträge zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit Schleswig-Holsteins leisten sollen. Die zur Umsetzung dieser Ziele verfügbaren politischen Instrumente hat die Landesregierung zu „Allianzen des Nordens“ gebündelt:

¹⁴ Internet: www.bsssc.com (siehe hierzu Kapitel 4.3 dieses Berichts)

¹⁵ Internet: www.bspc.net (siehe hierzu Kapitel 4.2 dieses Berichts)

¹⁶ Internet: www.ars-baltica.net (siehe auch Kapitel 3.1 dieses Berichts)

¹⁷ Internet: www.helcom.fi (siehe auch Kapitel 3.5 dieses Berichts)

¹⁸ Internet: www.bcca.ws

¹⁹ Internet: www.ubc.net

²⁰ Internet: www.ostseejugendbuero.de bzw. www.balticsea-youth.org (siehe auch Kapitel 3.1)

²¹ Internet: www.bsrinterreg.net (siehe auch Kapitel 2.2 und 4.4 dieses Berichts)

²² siehe hierzu die in Anlage 6 beigelegte Übersicht „INTERREG III B-Projekte mit schleswig-holsteinischer Beteiligung“

²³ einen Überblick dazu bietet die im „Ostseebericht 2004“ enthaltene „Übersicht über Ostseeakteure aus Schleswig-Holstein“, auf deren Wiedergabe in diesem Bericht aus Platzgründen verzichtet wird (siehe: Drs. 15/3553, Anlage 8)

⇒ **Strategische Allianzen und Partnerschaften im Ostseeraum**

Die Zusammenarbeit mit **Hamburg** und in **Norddeutschland** wird weiter ausgebaut und vertieft. Dies dient sowohl der besseren Vertretung gemeinsamer Interessen als auch der Stärkung des Wirtschaftsstandorts Norddeutschland. Gemeinsam müssen die norddeutschen Länder stärker gegenüber der Bundesregierung für eine verstärkte deutsche Beteiligung in der Ostseekooperation auf staatlicher Ebene eintreten.²⁴

Über diesen „Nordverbund“ hinaus kommt der Zusammenarbeit mit den regionalen Nachbarn in der **Südwestlichen Ostseeregion** strategische Bedeutung zu: Aufbauend auf den Erfolg der bislang zwei STRING-Projektphasen (1999-2004) streben die Partner in Norddeutschland, Süd-Dänemark und Süd-Schweden eine strategische Partnerschaft an, die die Stärken der Metropolregion Hamburg und der Öresundregion einbezieht und mit einer festen Fehmarnbelt-Querung zur zentralen Drehscheibe für den gesamten Ostseeraum werden wird.²⁵

Über die in den letzten zehn Jahren aufgebauten Partnerschaften im Ostseeraum müssen verstärkt **Allianzen in strategisch bedeutsamen Feldern** und Projekten gesucht werden, in denen Schleswig-Holstein und einzelne oder mehrere Partnerregionen gemeinsame Interessen teilen. Beispielhaft hierfür stehen die im September 2006 in Kiel stattfindende regionale Ostseekonferenz zur Europäischen Meerespolitik, die gemeinsam mit BSSSC ausgerichtet wird, oder das INTERREG III B-Projekt „Baltic MaSTER“, in dem mit südschwedischen Partnerregionen gemeinsame Interessen im Bereich Schiffssicherheit wahrgenommen werden.²⁶

Darüber hinaus bieten Projektkooperationen den Rahmen, um zusätzliche Partner für die Verfolgung strategischer Interessen zu gewinnen. Hierzu zählen u.a. die INTERREG III B-Projekte „ProBioEnergy“ oder „e-Health for Regions“.²⁷

⇒ **Gemeinsame Interessenvertretung der Ostseeregion in Brüssel**

Mit der EU-Erweiterung ist das Gewicht des Nordens in der EU gewachsen. Diesem Gewicht entsprechend muss die Ostseeregion eine eigene Stimme in Brüssel entwickeln, um die eigenen Interessen wirkungsvoll vertreten zu können. Aktuelle Beispiele sind die „Transeuropäischen Netze“, der Themenkomplex Schiffssicherheit oder die Perspektive einer integrierten Europäischen Meerespolitik. Der Schlüssel für diese Interessensvertretung liegt unverändert bei den nationalen Regierungen bzw. beim Ostseerat (CBSS). Die Landesregierung tritt dafür ein, dass die Mitglieder des Ostseerates zu grundlegenden Fragen für den Ostseeraum eine abgestimmte politische Position auch gegenüber der EU erarbeiten und vertreten.

²⁴ ausführlicher siehe Kapitel 2.4 dieses Berichts

²⁵ ausführlicher siehe Kapitel 2.3 dieses Berichts

²⁶ siehe hierzu Kapitel 3.5 und 3.7 dieses Berichts

²⁷ siehe hierzu Kapitel 3.6 und 3.8 dieses Berichts

Bislang allerdings sind noch keine wesentlichen Fortschritte zu verzeichnen. Auch der in einer Rede des finnischen Außenministers an der Europa-Universität Viadrina (Frankfurt/Oder) Anfang 2005 gemachte Vorschlag, die bislang zwischen den nordischen und den baltischen EU-Mitgliedstaaten geführten „3 plus 3“-Gespräche bei Bedarf auf das Format „3 plus 3 plus 2“ um Deutschland und Polen zu erweitern²⁸, sind über erste Ansätze nicht hinausgekommen. Zu unterschiedlich sind offenkundig noch die Interessen, die die neuen und die alten EU-Mitgliedstaaten des Ostseeraumes in Brüssel vertreten.

Vor diesem Hintergrund kommt der Arbeit des **Hanse-Office**, das sich in Brüssel seit Jahren auch als Anlauf- und Kontaktstelle für ostseopolitische Fragen erfolgreich etabliert hat, eine besondere Bedeutung zu.

- Mit den Verbindungsbüros der regionalen Gebietskörperschaften des gesamten Ostseeraumes unterhält das Hanse-Office mit der sog. „**Informal Group**“ eine Netzwerk der Zusammenarbeit. Dieses wurde zuletzt neu gestaltet, u.a. durch eine – den Verbindungen ihrer jeweiligen Heimatbasis entsprechenden – Anbindung der einzelnen Regionalbüros an bestehende Ostseeorganisationen (z.B. BSSC, UBC, BCCA).
- Zusammen mit einem Dutzend anderer Ostsee-Regionalbüros hat das Hanse-Office im November 2004 eine Konferenz im Hause des Ausschusses der Regionen (AdR) mit ausgerichtet, in der die zukünftige Entwicklung der Ostseeregion im Zentrum der Diskussion stand („**Baltic Sea Region Perspectives 2010**“). Auf Grund des regen Interesses wird eine Folgekonferenz im November 2006 unter Mitwirkung der größeren regionalen Ostseeorganisationen unter dem Titel „Baltic Sea Region Perspectives – Innovation, Mobility, Integration“ stattfinden.

Insgesamt tragen diese Aufgabe und Netzwerke dazu bei, die Rolle des Hanse-Office als Fokus für regionale Ostseeinteressen in Brüssel zu verstärken. Die zuvor über mehrere Jahre vom Hanse-Office wahrgenommene Aufgabe der „**BSSC Brussels Antenna**“ ist Ende 2004 – parallel zur Übernahme des BSSC-Vorsitzes durch die schwedische Region Skane – auf das Brüsseler Verbindungsbüro Südschwedens übergegangen.

Ebenso wie in Brüssel gilt es, die **Wahrnehmung der Ostseeregion in Berlin** zu stärken. Denn ohne aktives Engagement der Bundesregierung würde die Vertretung norddeutscher Interessen im Rahmen der Ostseekooperation erheblich erschwert werden. Mit der erfolgreichen Benennung der ehemaligen Vizepräsidentin des Schleswig-Holsteinischen Landtages, Dr. Gabriele Kötschau, als deutsche Kandidatin für den Posten der Direktorin des CBSS-Sekretariats hat die Bundesregierung 2005 ein Zeichen gesetzt.²⁹ Das Engagement des Bundes im Rahmen der IMO für die Einrichtung neuer Verkehrstrennungsgebiete in der westli-

²⁸ zur Rede des finnischen Außenministers siehe im Internet unter: www.formin.fi/english ➔ Current Affairs ➔ Speeches and Articles (oder: www.euv-frankfurt-o.de/Presseservice/Reden.html)

²⁹ zum CBSS-Sekretariat siehe auch in Kapitel 4.1 dieses Berichts

chen Ostsee ist ebenso wertvoll wie die Bereitschaft des Deutschen Bundestages, die 16. Ostseeparlamentarierkonferenz 2007 in Berlin auszurichten.³⁰ Dringlich ist sowohl aus schleswig-holsteinischer Sicht wie für die Ostseeregion insgesamt eine rasche positive Entscheidung des Bundes für die feste Fehmarnbelt-Querung. Um die Wahrnehmung der Ostseeregion in Berlin zu stärken, haben die Landesvertretungen Hamburg und Schleswig-Holstein im Herbst 2005 die gemeinsame Veranstaltungsreihe „**Ostsee-Lounge**“ begonnen, die in lockerer Folge Themen des Ostseeraums dem Hauptstadt-Publikum präsentiert.

⇒ **Brücken nach Nordwest-Russland schlagen**

Bei allen Anstrengungen, die Ostseeregion zu einer handlungs- und zukunftsfähigen Region innerhalb der Europäischen Union zu machen, darf Russland nicht ausgeklammert werden. Ökonomische Prosperität, gesellschaftliche Sicherheit und ökologische Stabilität in der Ostseeregion erfordern eine aktive Einbeziehung Russlands.

Mit der Annahme der sog. „Road Maps“ zur Umsetzung der vereinbarten „Vier Gemeinsamen Räume“ durch den EU-Russland-Gipfel im Mai 2005 hat die strategische Partnerschaft zwischen der EU und Russland einen neuen Schub erhalten. Zu deren Umsetzung soll auch das politische Konzept der „Nördlichen Dimension“ ab 2007 neu ausgerichtet und zur Finanzierung das neue „Europäische Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrument“ (ENPI) eingesetzt werden.³¹

Die Einbeziehung der ostsee-nahen Regionen Nordwest-Russlands in die Formen und Institutionen der Ostseekooperation ist zuletzt überwiegend ins Stocken geraten. Eine wesentliche Ursache dafür ist, dass die Regierung der Russischen Föderation die Handlungsfreiheiten der russischen Gebiete im Bereich internationaler und grenzüberschreitender Zusammenarbeit stärker beschnitten hat. Umso größere Hoffnungen richten sich darauf, dass das künftige ENPI auch eine aktive Beteiligung russischer Regionen an INTERREG III B-Projekten im Ostseeraum ermöglichen wird.

Auch der Ausbau der Kooperationen der norddeutschen Länder mit Nordwest-Russland entwickelt sich nur schwerfällig. In der Region rund um St. Petersburg geht es vorrangig um die Öffnung von Zugängen zu den Märkten Nordwest-Russlands. Neben ersten Erfolgen haben bisherige Anstrengungen vor allem unterstrichen, dass diese Region für die mittelständische Wirtschaft nur unter erschwerten Bedingungen erschlossen werden kann. Mit der Einrichtung des neuen „Hanse-Office St. Petersburg“, das Hamburg und Schleswig-Holstein im Oktober 2005 gemeinsam eröffnet haben, sollen die Interessen beider Länder in Nordwest-Russland stärker verfolgt werden. In der schleswig-holsteinischen Partnerregion Kaliningrad hingegen

³⁰ vgl. hierzu Kapitel 3.5 bzw. 4.2 dieses Berichts

³¹ ausführlicher siehe Kapitel 4.4 dieses Berichts

haben sich die Neuwahl des Kaliningrader Gouverneurs und der nahezu vollständige Umbau der Gebietsverwaltung zuletzt als hinderlich für die Fortführung und Weiterentwicklung der Beziehungen erwiesen.³²

⇒ ***Transnationale Projekte – EU-Fördermöglichkeiten im Ostseeraum nutzen***

Als mittlerweile unersetzliches Instrument hat sich das EU-Programm INTERREG III B erwiesen. Mit einem Mittelvolumen von 120 Millionen € ist dieses Programm im Ostseeraum das bisher umfassendste Raumentwicklungsprogramm und das größte Finanzinstrument zur Förderung von Ostseeprojekten. Das Land hat von Beginn an Verantwortung bei der Umsetzung dieses Programms übernommen:

- Schleswig-Holstein ist Mitglied im Lenkungsausschuss, der die Projekte beschließt.
- Die Investitionsbank Schleswig-Holstein (IB SH) ist Verwaltungsbehörde und Zahlstelle des Programms. Für das Nachfolgeprogramm ab 2007 zeichnet sich ab, dass die Ostsee-anrainerstaaten erneut die IB mit diesen Funktionen beauftragen werden.

Die Beteiligung an EU-geförderten Projekten im Rahmen von INTERREG III B ist eine notwendige strategische Aufgabe: Hier können Partner für künftige Allianzen oder gemeinsame Initiativen gewonnen werden; hier können Kontakte für nachfolgende wirtschaftliche Interessen geknüpft werden. Zugleich tragen diese Projekte, in die – auch ohne unmittelbare Verbindung zur Ostseopolitik – die unmittelbaren Interessen der beteiligten Partner einfließen, wesentlich zur weiteren Integration der Ostseeregion bei.

Schleswig-Holsteinische Partner sind an 31 der bislang genehmigten 120 Projekte beteiligt. Eine erste Evaluierung belegt, dass durch die transnationale Zusammenarbeit im Ostseeraum die Standortbedingungen in Schleswig-Holstein gestärkt wurden. In Feldern Gesundheitswirtschaft, Life Sciences, Energieeffizienz, Hochschulkooperation, Tourismus, Verkehr und Logistik, Küstenzonenmanagement, Abfallmanagement und Schiffssicherheit wurden Projekte mit schleswig-holsteinsichen Partnern beschlossen, die den Standort Schleswig-Holstein stärken und mit seinen Potenzialen über die Grenzen hinaus sichtbar machen.

Beispielhaft hierfür stehen Projekte wie STRING (Entwicklungsregion Südliche Ostsee), Baltic Sea Virtual Campus (virtuelle Studiengänge), Umweltprojekte wie SEAREG oder BERNET, das Gesundheitsprojekt „e-Health for Regions“, Logistikprojekte wie NeLoC, InLoC und Log-VAS oder Projekte wie „BSR HazControl“ (Kontrolle von Sondermüll-Strömen im Ostseeraum) und „ScanBalt Campus“ (Biotechnologie).³³

³² siehe Kapitel 2.5 dieses Berichts

³³ zur Beteiligung schleswig-holsteinischer Partner an Projekten im Rahmen der EU-Gemeinschaftsinitiative INTERREG III B siehe ausführlicher Anlage 6 dieses Berichts

Neben der im vergangenen Jahr geführten Lobby-Arbeit für die **Fortsetzung von INTERREG III B** über 2006 hinaus ist vor allem die Beteiligung an Projekten im Rahmen neuer EU-Förderprogramme notwendig. Dies gilt u.a. für die „**Transition Facility**“ zum Aufbau von Verwaltungskapazitäten in den neuen Mitgliedstaaten, die TACIS-Programme für die Regionen **Nordwest-Russlands** oder das künftige „**Europäische Nachbarschaftsinstrument**“ (ab 2007). So beteiligen sich das MLUR und das Amt für ländliche Räume (ALR) Kiel an mehreren „Twinning“-Projekten in Polen, Litauen und Estland.³⁴

Frühzeitig hat sich der Ostseeraum gemeinsam für eine Fortführung von INTERREG III B in der neuen EU-Strukturfondsperiode 2007-2013 eingesetzt und dabei auch Vorschläge für die Änderung der Gebietskulisse erfolgreich abgewehrt. Ab 2007 soll das Programm in das neue „Ziel 3: Europäische Territoriale Zusammenarbeit“ überführt werden. Im Ostseeraum haben die Arbeiten für das künftige Ostseeprogramm im Herbst 2005 begonnen. Die Landesregierung ist in dem dafür verantwortlichen „Joint Programming Committee“ aktiv vertreten.

Ein Schwerpunkt wird dabei eine erheblich stärkere Einbeziehung Russlands sein. Parallel wird es darum gehen, den mit dem aktuellen Programm begonnenen Weg in Richtung Regionalentwicklung mit größeren Investitionen in Bereichen wie Verkehr, Logistik und Infrastrukturen fortzusetzen. In Ergänzung zur u.a. von Schleswig-Holstein verfolgten Europäischen Meerpolitik soll der maritime Sektor eine wichtige Stellung im neuen Programm einnehmen. Angestrebt wird zudem eine stärkere Verknüpfung strategischer Projekte in den Kooperationsräumen Ostsee und Nordsee.³⁵

2.3 STRING: strategische Partnerschaft in der südwestlichen Ostseeregion

Zunehmende wirtschaftliche Verflechtungen über nationale Grenzen hinweg sowie die Vollendung der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion haben die Rahmenbedingungen des ökonomischen und politischen Handelns grundlegend verändert. Der internationale Wettbewerb findet auch als Wettbewerb der Regionen um die besten Standortbedingungen statt. Regionen müssen daher eine kritische Masse an Kompetenzen und unverwechselbaren Angeboten entwickeln.

Vor diesem Hintergrund haben Schleswig-Holstein, Hamburg, die dänischen Amtskommunen Vestsjælland und Storstrøm, die Hauptstadtregion Kopenhagen sowie die südschwedische Region Skane 1999 eine enge Zusammenarbeit in der südwestlichen Ostseeregion begonnen. Hier haben sich in den letzten Jahren viel versprechende Entwicklungen insbesondere in ökonomischen Zukunftsbranchen wie z.B. Medizintechnologie, Gesundheitswirtschaft oder

³⁴ „Twinning“ bedeutet Verwaltungspartnerschaften zwischen alten und neuen Mitgliedstaaten. Zu den Projekten siehe ausführlicher in Anlage 1 (unter MLUR).

³⁵ zum Programm INTERREG III B siehe auch Kapitel 4.4 dieses Berichts

maritimer Wirtschaft gezeigt. Potenziale in den Bereichen Neue Medien, Informations- und Wissensgesellschaft, Logistik, regenerative Energien und Ernährungswirtschaft gewinnen an Bedeutung. Zudem ist der südwestliche Ostseeraum gekennzeichnet durch ein dichtes Netz an Universitäten, Hochschulen und Forschungsinstituten.

Im Interesse einer effizienten Kooperation haben die Partner von Beginn an eine **gemeinsame Managementstruktur** etabliert. Sie besteht aus dem „Politischen Forum“ (politische Vertreter der Regionalregierungen, Amtskommunen), einem Lenkungsausschuss (Ebene der hohen Beamten) und einem Gemeinsamen Sekretariat (Mitarbeiter der Partner). Damit bietet die STRING-Partnerschaft auch den geeigneten und entwickelten Rahmen für die angestrebte **engere Zusammenarbeit Schleswig-Holsteins mit der Öresundregion**.

STRING I (1999-2001), STRING II (2002-2004):

Aufbauend auf den Ergebnissen der ersten Projektphase STRING I³⁶ – dem im Juni 2001 gemeinsam beschlossenen Entwicklungskonzept „Auf dem Weg zu einer neuen Geographie“ – wurden bis Mai 2004 ausgewählte strategische Projekte in einer zweiten Projektphase STRING II³⁷ umgesetzt:

- Förderung des E-Business in kleinen und mittelständischen Unternehmen („SME Business@STRING project“)
- Internet-basierte Fort- und Weiterbildung
- Förderung des jungen Design („STRING design“)
- Transregionales Tourismusmarketing („HOST project“)
- Strategien zur nachhaltigen Küstenentwicklung („Integrated Coastal Zone Management Project“)
- Förderung des kulturellen Erbes der Wikinger („Viking Network“)
- Kooperation der regionalen Fernsehstationen („TV magazine TRIANGEL“)

Das federführend von der Fachhochschule Lübeck in Zusammenarbeit mit der Universität Lund und der TH Hamburg entwickelte Projekt „**Baltic Sea Virtual Campus**“ wurde als assoziiertes Projekt geführt.³⁸

Darüber hinaus wurde eine Reihe von Foren eingerichtet, die zur Weiterentwicklung der strategischen Ausrichtung und zur Vernetzung der Akteure in diesen Bereichen beitragen sollten: In den Foren Wirtschaft, Metropolregionen, Verkehr und Transport, Raumplanung und mittelgroße Städte sowie Kultur wurden Analysen über die Potenziale erstellt und die Voraussetzungen für eine engere Vernetzung der Akteure geschaffen.

³⁶ „South Western Baltic Sea TransRegional Area – Inventing New Geography“ (1999-2001), mit 0,72 Millionen € aus Mitteln der EU-Gemeinschaftsinitiative INTERREG II C gefördert

³⁷ „South Western Baltic Sea TransRegional Area – Implementing New Geography“ (2002-2004), mit 1,05 Millionen € aus Mitteln der EU-Gemeinschaftsinitiative INTERREG III B gefördert

³⁸ ausführlicher siehe Ostseebericht 2004 (Drs. 15/3553, S. 51 ff.)

STRING III (2004-2007):

Im Rahmen der Abschlusskonferenz von STRING II im April 2004 würdigten die politischen Vertreter der Partnerregionen den erreichten Stand der Zusammenarbeit und beschlossen die Fortführung und Vertiefung der Zusammenarbeit für die dritte Phase 2004 - 2007. Die Resolution der politischen Konferenz im September 2005 (Sorø/Dänemark) legt die Grundlagen für die dritte Kooperationsphase bis 2007 fest. Sie betont zudem, dass die feste Fehmarnbelt-Querung eine wichtige Voraussetzung für eine stärkere Integration der Region und eine Stärkung der Drehscheibenfunktion der Region für den gesamten Ostseeraum darstellt.

Projekte entwickeln sich z.Zt. in den Bereichen Life Science/Gesundheit/Medizintechnologie, Maritime Sicherheit, Umwelt, Energie, Verkehr, Küstenmanagement und Kultur. Darunter u.a.:

- „**Environmental Atlas**“: Internet-basierte Kommunikations-Plattform zum Austausch und zur Darstellung von Daten über Abfallströme, Produktionsstätten und Entsorgungsunternehmen. Hauptverantwortlich ist das Landesamt für Natur und Umwelt (LANU).
- „**Think Tank**“: Analyse und Synthese von Vorhaben und Projekten im Bereich Health Care / Life Sciences, Innovationsbasis zur Entwicklung von Projektideen und zur Zusammenführung potentieller Projektpartner.
- „**RegTraNet**“: Ein aus dem STRING II „Transportforum“ hervorgegangenes Forum zur Förderung eines kohärenten und tragfähigen Verkehrssystems auf der Hauptachse der STRING-Region unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen, Umwelt- und sozialen Entwicklung dieser Region. Partner sind Ostholstein, Storstrøm, das „Femern Bælt Forum/-Fehmarnbelt-Forum“ in Storstrøm und Ostholstein sowie die Städte Fehmarn und Rødby.
- „**Hanse-Logistician**“: Entwicklung eines modularen Systems zur beruflichen Aus- und Weiterbildung im Bereich Logistik mit besonderem Fokus auf Häfen und Hinterland. Federführend ist hier das Fortbildungszentrum Hafen Hamburg e.V. zusammen mit der TU Harburg und weiteren Fortbildungsinstituten der Hansestadt.

Das Netzwerk für Design und Business im Ostseeraum **Baltic Design Transfer (BDT)** ist ein Produkt des Designforums STRING II. Es will kreative Menschen aus Designhochschulen, wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Gebieten des Ostseeraums zusammenbringen, um Material zu sammeln für IdeaBooks in denen sich Szenarien für den Endverbraucher darstellen lassen. Es wird angestrebt, Kontakte rund um die Ostsee herzustellen, um ein weitreichendes Design- und Innovationsnetzwerk zu etablieren.³⁹

Durch die Einrichtung eines **erweiterten Wirtschaftsforums** sollen die Voraussetzungen für eine stärkere ökonomische Attraktivität der Gesamtregion geschaffen werden. Hierbei kommt der geplanten Präsentation des Wirtschaftsstandortes „südwestliche Ostseeregion“ in Brüssel und in den Hauptstädten Stockholm, Berlin und Kopenhagen besondere Bedeutung zu.

³⁹ Internet: www.balticdesigntransfer.org

2.4 Norddeutsche Zusammenarbeit im Ostseeraum

Die in den vergangenen Jahren erfolgreich aufgebaute ostseopolitische Zusammenarbeit zwischen den drei norddeutschen Ländern Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein konnte weiter vertieft und ausgebaut werden. Dies gilt vor allem mit Blick auf die regelmäßige Abstimmung gegenüber den Gremien der Ostseekooperation (CBSS, BSSSC) sowie die enge Zusammenarbeit mit dem Auswärtigen Amt.

Neben dem politischen Ziel, die Sichtbarkeit der drei Länder im Rahmen der Ostseekooperation zu stärken, stehen hierfür auch **standortpolitische Beweggründe**. In verschiedenen Wirtschaftsbereichen bieten die drei Länder Potenziale, die – ob bilateral oder trilateral – gemeinsam besser positioniert werden können. Unabhängig von internen Konkurrenzsituationen teilen die drei Länder das gemeinsame Interesse, sich als Transportdrehscheibe zwischen den Märkten Westeuropas und dem Nordosten Europas erfolgreich zu behaupten. Gleichzeitig bilden sich zusehends wirtschaftliche Cluster heraus, die als gemeinsame Kompetenzprofile zu einer attraktiven überregionalen Positionierung genutzt werden können. Beispiele hierfür sind Gesundheitswirtschaft, Informations- und Mikrosystemtechnik, maritime Wirtschaft, regenerative Energien, neue Medien, Luftfahrtindustrie oder der Logistiksektor.

Die enge Zusammenarbeit der drei norddeutschen Länder kommt ebenfalls im Programm **INTERREG III B (Ostsee)** zum Ausdruck: Die Ausarbeitung des Programms und die Schaffung der Verwaltungsstrukturen erfolgten in enger Abstimmung zwischen den drei Ländern sowie mit dem Bund. In mehreren INTERREG III B-Projekten arbeiten Institutionen aus den drei Ländern eng zusammen (z.B. „Baltic Sea Virtual Campus“, „Baltic Gateway“, „B-SME“ oder „Baltic Haz Control“).⁴⁰

Über die enge Drei-Länder-Zusammenarbeit hinaus bestehen auch Foren und Vereinbarungen zur bilateralen Zusammenarbeit, v.a. zwischen **Schleswig-Holstein und Hamburg**. Am 24.11.2005 trat der zwischen Schleswig-Holstein und Hamburg vereinbarte Staatsvertrag „über die Zusammenarbeit in Europa-, Ostsee- und internationalen Angelegenheiten“ in Kraft. Mit verstärkten wechselseitigen Beteiligungen an Delegationsreisen und durch die Unterhaltung gemeinsamer Vertretungen soll die gemeinsame Sichtbarkeit im Ostseeraum gestärkt werden.⁴¹ In einem ersten Schritt wurde Ende Oktober 2005 das „Hanse-Office in St. Petersburg“ als gemeinsame Vertretung in Nordwest-Russland eröffnet. Geprüft werden soll, ob und in welcher geeigneten Form in einzelnen Staaten bzw. Regionen des Ostseeraums weitere gemeinsame Büros eingerichtet werden können – z.B. ein gemeinsames „Hanse-Office Danzig“ durch Umwandlung des Schleswig-Holstein-Büros in Gdańsk.

⁴⁰ siehe auch die in Anlage 6 beigelegte „Übersicht über INTERREG III B-Projekte mit schleswig-holsteinischer Beteiligung“

⁴¹ GVOBl., S.536 f.

Gestärkt wird die bilaterale Zusammenarbeit im ostseopolitischen Kontext auch durch die raumwirksame Kooperation im Rahmen der „Metropolregion Hamburg“ sowie des gemeinsam mit Hamburg durchgeführten STRING-Partnerschaft. Gemeinsam können diese beiden Foren dazu beitragen, die Entwicklungschancen Schleswig-Holsteins und Hamburgs enger miteinander sowie mit den Potenzialen der südwestlichen Ostseeregion zu verknüpfen.

2.5 Partnerschaften Schleswig-Holsteins im Ostseeraum

Seit 1992 hat das Land kontinuierlich ein beispielhaftes Netzwerk von Partnerschaften und partnerschaftlichen Beziehungen mit ausgewählten Regionen im Ostseeraum aufgebaut. Ziel war und ist die Vernetzung Schleswig-Holsteins in der Ostseeregion. Der Umfang der Partnerschaftsaktivitäten muss sich dabei häufig an den Kompetenzen der jeweiligen Partnerregion orientieren, die gegenüber denen eines Bundeslandes deutlicher begrenzt sind. Auch unter dem Eindruck der EU-Erweiterung und den aus dem EU-Beitritt im jeweiligen Land resultierenden vorrangigen Aufgaben haben sich Art und Umfang der einzelnen bestehenden Partnerschaften deutlich unterschiedlich entwickelt.

Ergänzt wird dieses Netzwerk durch die seit 1995 kontinuierlich aufgebauten **Schleswig-Holstein-Büros** in ausgewählten Ländern und Partnerregionen im Ostseeraum. Sie leisten wertvolle Arbeit zur Unterstützung der Partnerschaften des Landes, die mittlerweile unverzichtbar geworden ist. Als Informations- und Vermittlungsstelle vor Ort unterstützen sie die praktische Projektarbeit; als „Botschafter des Landes“ leisten sie mit ihren Kontakten zugleich wertvolle Unterstützung bei der Anbahnung neuer Projekte.

Die jeweils auf drei Jahre befristete Regelung für die Unterhaltung der Büros in Malmö, Riga, Tallinn, Vilnius, Gdańsk/Danzig, und Kaliningrad läuft Ende 2006 aus. Für eine erneute Verlängerung der Regelung für weitere drei Jahre wird die Zustimmung des Landtages angestrebt. Ende Oktober 2005 ist als weitere Einrichtung das gemeinsam mit Hamburg unterhaltene „Hanse-Office St. Petersburg“ hinzugekommen.

2.5.1 Dänemark:

Enge nachbarschaftliche Beziehungen und partnerschaftliche Zusammenarbeit sind seit der „Bonn-Kopenhagener Erklärung“ (1955) neben der Förderung und Pflege der Minderheiten beiderseits der deutsch-dänischen Grenze einer der Grundpfeiler des Ausgleichs zwischen Deutschland und Dänemark. In den vergangenen Jahrzehnten hat sich vor allem in der unmittelbaren Grenzregion ein vielfältiges Netzwerk grenzüberschreitender Zusammenarbeit auf kommunaler und regionaler Ebene, von Verbänden und Institutionen entwickelt.

Als wesentliche Felder der Zusammenarbeit haben sich in den letzten Jahren entwickelt:

- die Projektförderung aus der **EU-Gemeinschaftsinitiative INTERREG** (seit 1990) in den Förderregionen „Schleswig - Sønderjylland“, „Region K.E.R.N. - Fyn“ sowie „Ostholstein/Lübeck - Storstrøm“,
- die Arbeit im „**Regionalrat Sønderjylland - Schleswig**“, der 1997 als gemeinsame institutionelle Kooperation von den Kreisen Nordfriesland, Schleswig-Flensburg und der Stadt Flensburg auf deutscher Seite sowie Sønderjyllands Amt auf dänischer Seite ins Leben gerufen wurde,⁴²
- sowie die 2001 zwischen Schleswig-Holstein und Sønderjyllands Amt getroffene **Vereinbarung über die regionale Zusammenarbeit**.

Hierzu hat die Landesregierung zuletzt zwei Berichte vorgelegt, in denen aktuelle Entwicklungen und Schwerpunkte der Zusammenarbeit dargestellt werden. An dieser Stelle wird auf die beiden vorgelegten Berichte verwiesen.⁴³

Spätestens seit Sommer 2004 stehen alle diese Formen grenzüberschreitender Zusammenarbeit unter dem Eindruck der grundlegenden **Strukturreform in Dänemark**, in deren Folge zum 1. Januar 2007 lediglich noch fünf Großregionen an die Stelle der bislang 14 Amtskommunen sowie 97 größere Kommunen an die Stelle der bislang knapp 300 Kommunen in Dänemark treten werden. Dabei findet eine weitreichende Übertragung von Kompetenzen, die bislang von den Amtskommunen wahrgenommen wurden, auf die künftigen Großkommunen sowie neue dezentrale staatliche Behörden statt. Seit der Wahl der Übergangsparlamente auf regionaler und kommunaler Ebene in Dänemark im November 2005 stehen alle dänischen Partner vor der grundlegenden Herausforderung, die notwendigen Umstrukturierungsarbeiten bis Ende 2006 abgeschlossen haben zu müssen.⁴⁴

Dementsprechend sind die bestehenden Formen grenzüberschreitender Zusammenarbeit derzeit ebenfalls im Umbruch: Die bisherigen **INTERREG-Regionen** werden mit Blick auf die Anfang 2007 anlaufende neue EU-Strukturfondsperiode im Dialog mit den dänischen Partnern angepasst. Der Regionalrat hat im März 2006 beschlossen, sich Mitte November in neuer Zusammensetzung als **Regionalversammlung Sønderjylland – Schleswig** neu zu konstituieren. Wie zwischen dem Ministerpräsidenten und dem Regionsborgmester der neuen Region Syddanmark vereinbart, soll die bislang mit der Amtskommune Sønderjylland bestehende Partnerschaft soll in eine neue **Vereinbarung mit der Region Syddanmark** überführt werden.⁴⁵ Diese Arbeiten sind zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht abgeschlossen.

⁴² Internet: www.region.dk

⁴³ siehe Berichte „Grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit Dänemark“ (Drs. 15/ 2731) und „Weiterentwicklung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Dänemark“ (Drs. 16/253)

⁴⁴ siehe hierzu ausführlicher Drs. 16/253

⁴⁵ Internet: www.sja.dk (Sønderjyllands Amt) bzw. www.regionsyddanmark.dk (Region Syddanmark)

Wirtschaftliche Entwicklung, grenzüberschreitender Arbeitsmarkt, Hochschulkooperation und Ausbildung, Gesundheits- und Krankenhauswesen, Umwelt oder Verkehr zählen unverändert zu den **Schwerpunktthemen**, die das Land in Zusammenarbeit mit seinen dänischen Nachbarn weiter verfolgen will. Vor dem Hintergrund der Strukturreform wird jedoch in vielen Bereichen die Suche nach neuen Partnern erforderlich sein. Insbesondere im Bereich Wirtschaft sind dabei neue Anstöße erfolgt durch die vom Regionalrat initiierte „grenzüberschreitende Entwicklungsstrategie“ sowie die von der „Bitten und Mads Clausen Stiftung“ vorgelegte grenzüberschreitende Cluster-Analyse. Auf Initiative des Ministerpräsidenten sollen darüber hinaus 2006 „Leuchtturmprojekte“ erarbeitet werden, die in der Grenzregion Wachstumseffekte auslösen, Arbeitsplätze sichern und schaffen und in ihrer Wirkung über die deutsch-dänische Grenze hinausstrahlen.⁴⁶

Neu entwickelt sich zurzeit das Interesse an einer engeren Zusammenarbeit mit der **Öresundregion**, das mittlerweile auch vom Metropolregion-Partner Hamburg geteilt wird. Im Großraum Kopenhagen/Malmö ist in den vergangenen zehn Jahren eine grenzüberschreitende Entwicklungsregion entstanden, die mit vielfältigen Netzwerken und starker staatlicher Unterstützung eine hohe Attraktivität mit starker ökonomischer Entwicklung entfaltet hat. Heute hat sich diese Region in vielen Feldern von Wirtschaft, Forschung und Ausbildung als **das skandinavische Zentrum** – noch vor Stockholm – etabliert.⁴⁷

Die unmittelbare räumliche Nähe zu Schleswig-Holstein und Hamburg sowie die bislang bestehenden partnerschaftlichen Beziehungen – zur Region Skane sowie im Rahmen von STRING – machen die Öresundregion zu einem interessanten Partner. Ergänzt um die bestehenden Beziehungen zu den künftigen Großregionen Syddanmark und Sjælland zeichnet sich die Zukunftsperspektive eines erweiterten „Kräfteparallelogramms“ in der Südwestlichen Ostseeregion ab. Weitere Schritte auf diesem Weg werden derzeit jedoch noch von der laufenden Strukturreform in Dänemark aufgehalten.

2.5.2 **Schweden:**

Die seit 1995 bestehende Partnerschaft zwischen Schleswig-Holstein und dem Zusammenschluss der sechs südschwedischen Regionen (läns) im Verband **SydSam**⁴⁸ wurde im Juni 2001 durch eine überarbeitete „Gemeinsame Erklärung über die regionale Zusammenarbeit“ erneuert. Sie sieht ausdrücklich auch eine verstärkte Kooperation Schleswig-Holsteins mit nur einer der Partnerregionen vor. Insgesamt sind die südschwedischen Partnerregionen mittlerweile zu wertvollen Partnern Schleswig-Holsteins in multilateralen Ostseuprojekten sowie in

⁴⁶ zum Themenbereich Wirtschaft siehe auch Kapitel 3.6 dieses Berichts, zum Themenbereich Hochschule Kapitel 3.2

⁴⁷ Internet: www.oresundregion.org

⁴⁸ Samverkan i Sydsverige, Internet: www.sydsam.se

politischen Gremien und Initiativen geworden. Ausschließlich bilaterale Vorhaben stehen derzeit weniger im Blickpunkt als in den Anfangsjahren der Partnerschaft.

Die schleswig-holsteinische Initiative für eine koordinierte **Europäische Meerespolitik** bildet mittlerweile einen der Schwerpunkte der Zusammenarbeit zwischen Schleswig-Holstein und Südschweden. Gemeinsam werden politische Initiativen zu diesem Thema im Rahmen von BSSSC getragen.⁴⁹ Zum Thema Schiffssicherheit im Ostseeraum sind die Partner mehrfach gemeinsam aufgetreten und haben eigene Vorschläge eingebracht. Seit Juli 2005 läuft das von Südschweden geleitete und von Schleswig-Holstein mitgestaltete INTERREG III B-Projekt „Baltic MaSTER“ zur Stärkung der maritimen Sicherheit in der südlichen Ostsee.⁵⁰ Eine enge Zusammenarbeit mit Südschweden besteht auch in den INTERREG-III B Projekten „Baltic Gateway“ (Entwicklung der Transportinfrastrukturen im Ostseeraum)⁵¹ und „e-Health for regions“⁵². Seit 1999 arbeiten südschwedische und süddänische Regionen, Hamburg, Schleswig-Holstein sowie die Hauptstadtregion Kopenhagen in der strategischen Partnerschaft **STRING** zur Entwicklung der Südwestlichen Ostseeregion zusammen.⁵³

Im Hochschulbereich nimmt der multilaterale Hochschulverbund „**Baltic Sea Virtual Campus**“ unter Leitung der Fachhochschule Lübeck und der Universität Lund einen bedeutenden Platz ein.⁵⁴ Neu hinzugekommen ist die ostseepolitische Zusammenarbeit vor allem mit der Region Skåne im Rahmen der „Konferenz der Subregionen des Ostseeraumes“ (BSSSC).⁵⁵ Die Zusammenarbeit wird seit 1995 vom „Schleswig-Holstein-Büro“ in Malmö unterstützt und ergänzt durch den Vorsitz IHK Südschweden in der Baltic Sea Chambers of Commerce Association (BCCA), den zuvor die IHK Kiel zehn Jahre lang inne hatte.⁵⁶

2.5.3 Norwegen:

Bereits 1995/96 wurden Partnerschaftsvereinbarungen mit Oslo und Akershus unterzeichnet. Diese wurden im Mai 1998 erweitert zur Kooperation mit **Eastern Norway County Network**, dem regionalen Zusammenschluss der „Fylkeskommuner“ (Counties) von Akershus, Buskerud, Hedmark, Oppland, Østfold, Vestfold, Telemark und der Stadt Oslo mit zusammen rund 2,2 Millionen Einwohnern.⁵⁷ Die Region um den Oslo-Fjord stellt damit rund die Hälfte der norwegischen Bevölkerung und bildet das wirtschaftliche Zentrum Norwegens. Handlungsfelder der Partnerschaft sind Wirtschaft, Technologie, Kultur, Jugend, Hochschule und Bildung sowie administrative Zusammenarbeit.

⁴⁹ siehe hierzu Kapitel 4.3 dieses Berichts

⁵⁰ Internet: www.balticmaster.org (siehe auch im Abschnitt 3.5 dieses Berichts)

⁵¹ Internet: www.balticgateway.se

⁵² Internet: www.ehealthforregions.net (siehe auch im Abschnitt 3.8 dieses Berichts)

⁵³ ausführlicher siehe Kapitel 2.5 dieses Berichts, Internet: www.balticstring.net

⁵⁴ Internet: www.bsdc.org (siehe auch im Abschnitt 3.2 dieses Berichts)

⁵⁵ ausführlicher siehe Kapitel 4.3 dieses Berichts; Internet: www.bssc.com

⁵⁶ Zusammenschluss der Handelskammern des Ostseeraumes, Internet: www.bcca.ws

⁵⁷ Internet: www.ostsam.no

Zahlreiche Veranstaltungen im Jahr 2005 anlässlich des **zehnjährigen Bestehens** der Partnerschaft haben die Vielfältigkeit der Partnerschaft demonstriert. Eine viel beachtete Ausstellung mit Werken von Günther Grass in Oslo hat ebenso dazu beigetragen wie eine Ausstellung norwegischer zeitgenössischer Kunst in Kiel. Die Herbstversammlung der Deutsch-Norwegischen Handelskammer in Kiel Ende 2005 stand unter dem Thema Maritime Wirtschaft und hat große Resonanz gefunden. Auch das Thema Erneuerbare Energien ist stärker auf die Agenda gerückt, sowohl in bilateralen Kooperationen zwischen den Partnern als auch in multilateralen INTERREG III B Projekten wie z.B. „ProBioEnergy“, an dem die norwegische Partnerregion Buskerud beteiligt ist. Die gegenseitige Teilnahme an Messen und Veranstaltungen hat zu einer weiteren Intensivierung der Kontakte beigetragen und wird auch künftig verstärkt wahrgenommen werden.

Die norwegische Regierung ist bestrebt, die Rolle der *fylker* im Bereich regionaler Entwicklung zu erneuern und zu stärken. Auch die Regionen selber sind gefragt, Beiträge zu diesem Prozess zu leisten. Schleswig-Holstein ist hierbei für die Partnerregionen wichtiger Ansprechpartner, um eigene Vorschläge und Interessen zu formulieren. Im Mai 2006 richtete die K.E.R.N.-Region ein gemeinsames Seminar zu diesem Thema in Kiel aus.

Mit der 14. BSSSC-Jahreskonferenz im September 2006 in Kiel gehen **Vorsitz und Sekretariat der BSSSC** auf den Eastern Norway County Network über. Damit wird diese Führungs-aufgabe nach der polnischen Wojewodschaft Pommern und der südschwedischen Region Skane zum dritten Mal von einer Partnerregion Schleswig-Holsteins übernommen, das in der Gründungsphase 1994-1997 einst selbst diese Aufgabe wahrgenommen hatte.

2.5.4 Finnland:

Die Partnerschaft mit den drei **westfinnischen Regionalverbänden** – Ostrobothnia, Central Ostrobothnia und South Ostrobothnia – besteht seit August 1998. Sie ist Nachfolger der 1994 begründeten Partnerschaft mit der ehemaligen finnischen Provinz Vaasa. Sowohl in bilateralen Projekten zwischen Einrichtungen der Partnerregionen als auch im Rahmen von multilateralen INTERREG III B Projekten (z.B. „e-Health for Regions“) konnte die Zusammenarbeit beständig intensiviert werden.

Insbesondere im kulturellen Bereich konnten zahlreiche Veranstaltungen und Projekte öffentliche Aufmerksamkeit gewinnen und den Bekanntheitsgrad der Partnerschaft steigern, vor allem im **Jubiläumsjahr 2004**, das mit einem bi-national besetzten Konzert der Folkmusik im Landeshaus vor zahlreichen Gästen aus Politik und Wirtschaft seinen Abschluss fand. Weiterer Schwerpunkt der Kooperation ist seit jeher der Bereich Entwicklung ländlicher Räume und reicht von der engen Zusammenarbeit zwischen den Landfrauen der Partnerregionen

über die Kooperation von Berufsschulen bis hin zu wirtschaftlichen Verbindungen bei der Herstellung und Vermarktung von Holzprodukten. Daneben sind die Themen Maritime Wirtschaft und Erneuerbare Energien noch stärker auf die Agenda gerückt.

Für Schleswig-Holstein besitzen Finnland und die finnischen Partnerregionen eine wichtige Rolle als „Kontaktbrücke“ zu Regionen Nordwest-Russlands. Mit der Initiative für eine Neuausrichtung der **Nördlichen Dimension der EU** ab 2007 hat Finnland das Interesse der EU auf die regionale Kooperation mit Russland gelenkt. Die Umsetzung der Strategie wird von den Partnern gemeinsam und nicht zuletzt in der BSSSC-Arbeitsgruppe „Northern Dimension“ beobachtet. Ein politisches Ziel ist, dass die Umsetzung des künftigen „Europäischen Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstruments“ über die unmittelbare grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit Russland hinaus auch für transnationale Kooperation geöffnet wird.⁵⁸

2.5.5 Polen:

Diese seit 1992 bestehende Partnerschaft mit der **Wojewodschaft Pomorskie (Pommern)** ist die älteste unter allen Regionalpartnerschaften Schleswig-Holsteins im Ostseeraum. Diese ursprünglich mit der damaligen Wojewodschaft Gdańsk (Danzig) eingegangene Partnerschaft wurde 1999 durch eine erneuerte Vereinbarung an die mit der Regionalreform in Polen neu geschaffenen Strukturen angepasst und 2001 durch eine Vereinbarung über die parlamentarische Zusammenarbeit zwischen dem Schleswig-Holsteinischen Landtag und dem Regionalparlament (Sejmik) der Wojewodschaft Pomorskie (Pommern) ergänzt.⁵⁹

Stand bis zur EU-Erweiterung die Unterstützung bei der Vorbereitung auf die mit der EU-Mitgliedschaft Polens einhergehenden Chancen und Verpflichtungen auf regionaler Ebene im Brennpunkt der Partnerschaft, so sind die Verwaltungskapazitäten der Partnerregion seitdem stark durch die Programmierung und Projektdurchführung im Rahmen der EU-Strukturfonds ausgelastet. Parallel hat sich die Partnerregion stark in der Euregio „Baltica“ mit Partnern aus Südschweden, Kaliningrad, Litauen und Bornholm (Dänemark) sowie in einer Reihe von strategischen INTERREG III B-Projekten engagiert, die ihre Partner überwiegend in den unmittelbaren Nachbarn Nordpolens gesucht haben.

Die Unterstützungen der vergangenen Jahre haben sich für die Partnerregion Pomorskie ausgezahlt: Über den für vier Jahre geführten Vorsitz in der BSSSC hat sich Pomorskie ein eigenes Netzwerk im Ostseeraum aufgebaut und sich auf die Mitwirkung im Ausschuss der Regionen vorbereitet. Über die in vergangenen Jahren durch das Hanse-Office geleistete Unterstützung hat die Wojewodschaft das Know how aufbauen können, um nunmehr mit einem eigenen Verbindungsbüro in Brüssel seine Interessen wahrnehmen zu können.

⁵⁸ zu Nördlicher Dimension und Europäischer Nachbarschaftspolitik siehe ausführlicher in Kapitel 4.4

⁵⁹ Wojewodschaft Pomorskie im Internet unter: www.woj-pomorskie.pl

In einigen **strategischen Projekten** arbeiten schleswig-holsteinische und polnische Partner zusammen, darunter im maritimen INTERREG III C-Projekt „Intermare C“⁶⁰, im INTERREG III B-Projekt „Baltic Gateway“⁶¹ zur Entwicklung der Verkehre im südlichen Ostseeraum, im Umweltprojekt „BERNET-Catch“⁶² oder im logistischen Projekt „LogVAS“.⁶³ Positiv entwickelt hat sich der jährliche Lehreraustausch, den die Landeszentrale für politische Bildung durchführt: 2005 reisten 30 junge Lehrerinnen und Lehrer aus Pommern zu Lehrgängen und Hospitationen nach Schleswig-Holstein; ein Gegenbesuch ist für 2006 geplant. Ergänzt wird die Partnerschaft durch Kooperationen auf regionaler und kommunaler Ebene. Aktuelles Beispiel ist die Zusammenarbeit des Kreises Pinneberg mit der „Dreistadt“ Gdańsk - Sopot - Gdynia.

2.5.6 Russische Föderation:

Die seit Anfang der 90er Jahre bestehenden Verbindungen mit dem **Gebiet (Oblast) Kaliningrad** wurden 1999 durch die Unterzeichnung eines „Memorandums über die regionale Zusammenarbeit“ auf eine formale Grundlage gestellt. Bereits in den Jahren zuvor waren die Beziehungen durch zahlreiche Partnerschaften und Initiativen auf kommunaler Ebene sowie von Seiten privater Verbände und Organisationen auf- und ausgebaut worden. Ergänzt wird die Partnerschaft durch die im Jahr 2000 vereinbarte regionale Parlamentspartnerschaft des Schleswig-Holsteinischen Landtages und der Kaliningrader Gebietsduma (Parlament).

Das Jahr 2005 stand im Zeichen der Feierlichkeiten anlässlich des **750-jährigen Jubiläums der Stadt Königsberg/Kaliningrad**. Als Beitrag unterstützte das Land eine Reihe von Veranstaltungen, die im Rahmen von Theateraufführungen, Konzerten, Fachvorträgen und Ringvorlesungen die Beziehungen zwischen Kaliningrad und Schleswig-Holstein den Menschen nahebrachten. Die Stadt Kiel beteiligte sich gemeinsam mit anderen deutschen Partnerstädten an der Umgestaltung eines innerstädtischen Parks zum Kinderspielplatz.

Weitere Schwerpunkte der Zusammenarbeit sind die Bereiche Hochschule (CAU Kiel – Russische Staatliche Immanuel Kant Universität), Landwirtschaft (Praktikantenprogramm des Landwirtschaftsministeriums sowie Zusammenarbeit der Agrarfakultäten der Kieler und der Kaliningrader Universität) und die Zusammenarbeit der Landespolizei mit der Kaliningrader Miliz und dem Juristischen Institut Kaliningrad.

Mit einer umfangreichen Förderung des Bundeslandwirtschaftsministeriums (BMELV) führt die Agrarfakultät der Universität Kiel seit Anfang 2004 ein mehrjähriges umfangreiches Projekt „Praxisnahe Förderung der Aus- und Weiterbildung“ durch, das auf eine umweltverträgliche Ertragssteigerung der wichtigsten Ackerbaukulturen im Gebiet Kaliningrad, verbesserte Ag-

⁶⁰ Internet: www.intermarec.net

⁶¹ Internet: www.balticgateway.se

⁶² Internet: www.bernet.org

⁶³ Internet: www.logvas.com

rarausbildung vor Ort und den Aufbau eines Beratungsringes in Kaliningrad zielt. Mit Unterstützung des Landtages setzt der Verein „JuWiNoKa“ (Lübeck) ein Projekt „Präventive Jugendarbeit“ in Kaliningrad um, das aus Mitteln der Robert-Bosch-Stiftung gefördert wird.

Das „**Hanse-Büro / Schleswig-Holstein-Informationsbüro**“ in Kaliningrad leistet wertvolle und vielfach unverzichtbare Unterstützung zu diesen Formen praktischer Zusammenarbeit.

Die Entwicklung wirtschaftlicher Beziehungen zur Stadt **St. Petersburg und Nordwest-Russland** erfordert einen langen Atem. Neben den Aktivitäten der Seehafen Kiel GmbH und der Lübecker Hafengesellschaft, dem von den schleswig-holsteinischen Industrie- und Handelskammern betreuten Firmengemeinschaftsbüro gibt es vielfältige einzelbetriebliche Aktivitäten. Darüber hinaus entwickelt sich die 2003 unterzeichnete Hochschulpartnerschaft zwischen der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel und der Staatlichen Universität St. Petersburg ermutigend.⁶⁴

Aus Delegationsreisen in die Metropolregion St. Petersburg allein erwachsen keine tragfähigen Kontakte. Daher haben Hamburg und Schleswig-Holstein im Oktober 2005 gemeinsam das neue **Hanse-Office St. Petersburg** eröffnet. Gestützt auf kurze Wege vor Ort und die Kenntnisse einer Ortskraft sollen hier Kooperationskontakte aktiv unterstützt werden.

2.5.6 Baltische Staaten:

Mit Partnern auf verschiedenen Ebenen in den drei Baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen unterhält Schleswig-Holstein seit mehreren Jahren eine Zusammenarbeit. Die partnerschaftlichen Beziehungen stützen sich dabei – in Ermangelung adäquater regionaler Kooperationspartner – vorwiegend nicht auf formelle Abkommen.

Ausnahmen sind die Anfang 2006 aktualisierten „Gemeinsamen Erklärungen über die Zusammenarbeit im Agrarbereich“ mit Estland und Lettland sowie die bilateralen Protokollvereinbarungen im Bereich der polizeilichen Zusammenarbeit, die das Innenministerium mit allen drei baltischen Staaten getroffen hat. Die Unterzeichnung aktualisierter Protokollvereinbarungen soll im Rahmen einer Reise des Innenministers in alle drei baltischen Staaten im zweiten Halbjahr 2006 erfolgen.

Unabhängig hiervon entwickelt sich die Zusammenarbeit auf Grund der Initiative einzelner Institutionen, Organisationen und Verbände überwiegend selbstständig. Weiterhin genutzt werden für die bilaterale Zusammenarbeit **EU-Programme**, die den Verwaltungsaufbau in den neuen EU-Mitgliedstaaten unterstützen. So startete das Amt für ländliche Räume (ALR) Kiel im März 2006 zusammen mit spanischen Behörden ein 12-monatiges Twinning-Projekt mit

⁶⁴ siehe hierzu Kapitel 3.2 dieses Berichts

der litauischen Fischereiverwaltung zur Stärkung der Fischereiaufsicht im Sinne der EU Vorschriften. Das ALR Kiel stellt dabei als deutscher Juniorpartner einen Projektleiter und einige Kurzzeitexperten. Zum Thema Kraftstoffqualitäten wurde im Herbst 2004 zwischen Estland und Deutschland das Twinning-Projekt „Development of Estonian Fuel Quality Management System“ begonnen, das 2006 abgeschlossen sein wird; das MLUR stellte in diesem Projekt für mehrere Wochen eine Kurzzeitexpertin, die hinsichtlich der Umsetzung europäischer Gesetzgebungen und Regelungen unterstützend mitwirkte.

Mit Blick auf die bilateralen wirtschaftlichen Beziehungen nach Vollendung des EU-Beitritts kommt der Zusammenführung der drei bislang individuellen Delegationsbüros der Deutschen Wirtschaft zur **Deutsch-Baltischen Außenhandelskammer** im März 2004 mit Sitz in allen drei baltischen Hauptstädten besondere Bedeutung zu. Unter ihrem Dach sind auch die drei Schleswig-Holstein-Büros in Tallinn, Riga und Vilnius untergebracht.⁶⁵

Unter anderem mit Unterstützung der Schleswig-Holstein-Büros vor Ort konnten Partner aus den drei baltischen Staaten für bedeutsame INTERREG III B-Projekte gewonnen werden. Dazu zählen u.a. Projekte wie „Baltic Haz Control“, BERNET, BEEN, NeLoC, InLoC oder „Baltic Gateway“.⁶⁶

3. Leitziele und Schwerpunkte der Ostseepolitik Schleswig-Holsteins

Im Ostseebericht 2004 hat die Landesregierung als Leitbild für die Zusammenarbeit im Ostseeraum nach der EU-Erweiterung formuliert: „Wirtschaftliche Prosperität, gesellschaftliche Sicherheit und ökologische Stabilität werden in einer erweiterten Europäischen Union nur durch gemeinsame Beiträge entwicklungsfähiger Regionen auf Dauer zu gewinnen und zu bewahren sein. Auf diese Ziele sollten sich – auch und gerade nach der EU-Erweiterung – die Foren und Netzwerke der Ostseekooperation verstärkt ausrichten.“⁶⁷ Die hieraus abgeleiteten Leitziele gelten unverändert fort:⁶⁸

- ⇒ **Kulturelle Begegnung und Zusammenarbeit im Ostseeraum ausbauen, Jugendbegegnung stärken**
- ⇒ **Die Hochschulkooperation zur „Wissensregion Ostsee“ ausbauen**
- ⇒ **Die Ostseeregion zur „Region ziviler Sicherheit“ machen**

⁶⁵ Internet: www.ahk-balt.org

⁶⁶ siehe hierzu die in Anlage 6 beigelegte „Übersicht über INTERREG III B-Projekte mit schleswig-holsteinischer Beteiligung“

⁶⁷ Ostseebericht 2004 (Drs. 15/3533), S. 6

⁶⁸ vgl. Ostseebericht 2004 (Drs. 15/3533), S. 6 ff.

- ⇒ **Die Ostseeregion als Modellregion nachhaltiger Entwicklung profilieren**
- ⇒ **Die Ostsee zu einem der weltweit sichersten Seeverkehrsgebiete machen**
- ⇒ **Wirtschaftliche Chancen im Ostseeraum gezielt nutzen**
- ⇒ **Zukunft Meer: die maritime Wirtschaft ausbauen – Schleswig-Holstein zur europäischen Modellregion machen**
- ⇒ **Gesundheitswirtschaft und -dienstleistungen im Ostseeraum stärken**
- ⇒ **Schleswig-Holstein als Transportdrehscheibe im Ostseeraum**

Diese Leitziele stellen zum einen Anforderungen an die multilaterale Zusammenarbeit im Ostseeraum und ihre zahlreichen Foren und Netzwerke dar. Zum anderen binden sie die Ostseepolitik des Landes, die mit ihren Schwerpunkten aktive Beiträge zur Intensivierung der Ostseekooperation und gleichzeitig zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit Schleswig-Holsteins im Ostseeraum leistet. Dabei bleibt die Ostseeregion das vorrangige regionale Bezugsfeld des internationalen Engagements der Landesregierung.

Ziel ist, die Ostseeregion in einem sich wandelnden Europa zu einer Modellregion zu machen, die sich aus eigener Kraft zu einer der führenden europäischen Region entwickeln kann. Im Berichtszeitraum standen folgende Entwicklungen zu den Schwerpunktthemen schleswig-holsteinischer Ostseepolitik im Vordergrund:

3.1 Kulturelle Begegnung und Zusammenarbeit im Ostseeraum ausbauen, Jugendbegegnung stärken

Kulturelle Zusammenarbeit und Austausch sind ebenso sichtbare wie identitätsstiftende Handlungsfelder innerhalb der Ostseekooperation. Sie haben geholfen, ein vielschichtiges Netzwerk multi- und bilateraler Zusammenarbeitsformen zu entwickeln. Damit verbessern sie die Voraussetzungen für eine aussichtsreiche Position in einem Wettbewerb der Regionen innerhalb der Europäischen Union. Schleswig-Holstein zählt seit Beginn der Ostseekooperation zu den aktiven Initiatoren in diesem Feld.

Schleswig-Holstein profiliert sich in dem Netzwerk als attraktive Veranstaltungsort mit exponierten kulturellen Standorten. Diese kulturellen Potenziale für die kulturtouristische Nachfrage zu erschließen, ist sowohl von regionaler Bedeutung wie von überregionalem Interesse. Neben der Landesregierung sind die touristischen Partner und auch die kulturellen Institutionen aktiv, um das **kulturtouristische Marketing** zu verbessern.

Auf Grundlage der 2003 beschlossenen „kulturtouristischen Leitlinien“ sind die Anstrengungen in 2005/2006 intensiviert worden, touristisch zu erschließende Kampagnen umzusetzen. Mit Hilfe der Tourismusagentur Schleswig-Holstein (TASH) und des Landeskulturverbandes (LKV)

ist die erste Marketingoffensive im letzten Jahr eingeleitet worden. An ihr waren 42 kulturelle Einrichtungen, Museen, Theater, Archive und Galerien beteiligt. Das letzjährige Thema lautete „Kultur auf Kindernasenhöhe“, die diesjährige Kampagne steht unter dem Motto „Maritimes Erleben“. Obwohl Schleswig-Holstein kein typisches Kultur-Reiseland ist, soll über eine Öffnung der kulturellen Einrichtungen für touristische Vermarktung, durch Einbeziehung des kulturellen Erbes des Landes sowie durch die Entwicklung touristischer Alleinstellungsmerkmale vermehrt zusätzliche Attraktivität für den Urlaubstourismus in Schleswig-Holstein geschaffen werden.

Eines der erfolgreichsten Netzwerke kultureller Zusammenarbeit hat Schleswig-Holstein auf den Weg gebracht: **Ars Baltica**⁶⁹, die von zehn Partnerländern getragene Kulturinitiative der Ostseeregion, konnte bereits 2004 ihr 15-jähriges Bestehen feiern. Seit Beginn zielt die Initiative darauf, die Attraktivität der kulturellen Kooperationen zu steigern und das Profil von Ars Baltica sowohl im Lande wie auch im Ostseeraum zu erhöhen. Das Label „Ars Baltica“ wird verstärkt auch für hochwertige Kulturprojekte mit schleswig-holsteinischer Beteiligung eingesetzt. Die „Nordischen Filmtage Lübeck“, das Monodrama-Festival „Thespis“, das neue Folkfestival „folkBaltica“ oder das Archäologie-Film-Kunst-Festival „Cinarchea“ und Konzertaktivitäten der Musikhochschule Lübeck in Zusammenarbeit mit Partnerhochschulen im Ostseeraum konnten mit dem Ars-Baltica-Label ausgezeichnet werden, womit auch ein wichtiger Beitrag zur Stärkung des kulturtouristischen Potenzials in Schleswig-Holstein erzielt wurde:

- „**folkBaltica**“ – das innovative Festival der Ostsee-Folkmusik – hatte im Jahre 2005 in Flensburg Premiere und wird in einer breiten Trägerschaft realisiert; ebenso ist die Finanzierung unter Beteiligung von Landesregierung und Stadt Flensburg, Sponsoren und Spendern breit aufgestellt. Der diesjährige Länderschwerpunkt ist Schweden gewidmet. Im Jahre 2005 reihte sich das Festival in die Feierlichkeiten des 100-jährigen Bestehens Norwegens und des 10-jährigen Jubiläums der schleswig-holsteinisch-norwegischen Partnerschaft ein.⁷⁰
- Mit 800 Branchen- und Pressevertretern sowie 18.000 Besucherinnen und Besucher erfuhrn die **47. Nordischen Filmtagen Lübeck** im Jahre 2005 breite Resonanz. „Alles für Norwegen“ lautete die Retrospektive zum 100. Geburtstag des skandinavischen Partnerlandes, die historisches Filmmaterial von den Anfängen bis in die Gegenwart zeigte.⁷¹
- **JazzBaltica**, 1991 als Pilotprojekt von „Ars Baltica“ gestartet, hat sich weiter zu einem international renommierten Festival im Landeskulturzentrum Salzau entwickelt, mit konstant hohen Besucherzahlen von ca. 4.000 Gästen. Seit 2002 ist das „Schleswig-Holstein Musik Festival“ (SHMF) Veranstalter von JazzBaltica.

⁶⁹ Internet: www.ars-baltica.net

⁷⁰ Internet: www.folkbaltica.de

⁷¹ Internet: www.filmtage.luebeck.de

Die Zusammenarbeit mit den **Partnerregionen im Ostseeraum** ist in den letzten Jahren ausgebaut und vertieft worden. Darin spiegelt sich das gemeinsame Interesse am kulturellen Erbe und an der kulturellen Identität auf regionaler Ebene wieder. Hervorzuheben sind:

- Die mit den **westfinnischen Partnerregionen** eingerichtete Kulturarbeitsgruppe begleitet Projekte, die im jährlichen Wechsel jeweils eine Kunstsparte in den Mittelpunkt rücken. Im Jahr 2005 lag der Schwerpunkt auf dem filmischen Austausch. Jeweils zwei Filmemacher aus beiden Partnerregionen realisierten einen Episodenfilm über Menschen und Alltagsleben in beiden Partnerregionen. In 2006 steht der Schwerpunkt „Kunsthandwerk“ im Mittelpunkt der kulturellen Partnerschaft.
- Die **grenzüberschreitende kulturelle Zusammenarbeit mit Dänemark** – insbesondere mit der Partnerregion Sønderjylland – ist geprägt durch die intensive grenzüberschreitende kulturelle Kooperation der regionalen Partner. Sie umfasst Kooperationen zwischen den Kulturschaffenden und den Institutionen beider Regionen in den Sparten Bildende Kunst, Film, Musik, Museen und Theater. Durch herausragende multinationale Projekte wie das Festival „folkBaltica“ oder das „Deutsch-Dänische Kindertheaterfestival“ positioniert sich die deutsch-dänische Grenzregion als Gastgeber kultureller Ostseuprojekte.
- Der regelmäßige Informationsaustausch mit der **Partnerregion Eastern Norway County Network** fördert die kulturelle Zusammenarbeit mit Norwegen. Im Jahr 2005 stand diese Zusammenarbeit im Zeichen des zehnjährigen Bestehens dieser Partnerschaft: Das Günter-Grass-Haus Lübeck präsentierte Werke des Nobelpreisträgers in Oslo, ehemalige schleswig-holsteinische Stipendiaten des Künstlerhauses Ekely bei Oslo stellten parallel dazu im Vestfossen Kunslaboratorium aus. Im Herbst 2005 eröffnete der Ministerpräsident eine regionale Werkschau Bildender Künstler aus der Partnerregion in Kiel.

Jugendbegegnung ist seit Jahren eines der fundamentalen Elemente der Ostseekooperation. Sie stiftet gemeinsame Identität und macht die Ostseeregion anfassbar und lebendig. Zugleich schafft sie über Begegnungen und Projekte wichtige Voraussetzungen für zunehmende wirtschaftliche Verflechtungen, die auf interkulturelle Verständigung angewiesen sind. Durch hier angesiedelte Einrichtungen, Veranstaltungen und die Arbeit des Landesjugendringes nimmt Schleswig-Holstein in diesem Bereich seit Jahren eine führende Rolle ein:

- Das seit 1990 beim Landesjugendring Schleswig-Holstein angegliederte **Ostseejugendbüro** unterstützt die Zusammenarbeit zwischen Jugendverbänden und -gruppen in der Ostseeregion durch Information, Beratung und Kontaktvermittlung. Finanziert wird es aus Mitteln des schleswig-holsteinischen Jugendministeriums.⁷²
- Im **Jugendserver Schleswig-Holstein** können seit 2004 unter der Rubrik „Internationales“ Informationen zu Jugendbegegnungen, Freiwilligendiensten, Jobs, Praktika, Work-

⁷² Internet: www.ostseejugendbuero.de

- camps, Au Pair-Aufenthalten, Sprachkursen, Schulaustausch und Austauschstudium sowie über „Günstig reisen und übernachten“ Orientierungshilfen abgerufen werden.⁷³
- Das seit März 1999 ebenfalls beim Landesjugendring Schleswig-Holstein ansiedelte **Ostseesekretariat für Jugendangelegenheiten** (Baltic Sea Secretariat for Youth Affairs) ist im Auftrag der nationalen Jugendministerien als Informations- und Koordinationsstelle zwischen den unterschiedlichen Strukturen der Jugendpolitik, öffentlichen und freien Trägern der Jugendarbeit sowie verschiedenen Projekten der Ostseeregion tätig. Seine international anerkannte ostseeweite Arbeit stärkt zugleich die Koordinierungsrolle Schleswig-Holsteins in diesem Bereich.⁷⁴
 - Die vom Landesjugendring jährlich ausgerichtete **Ostsee-Jugendkonferenz** dient neben der Vermittlung persönlicher Kontakte auch als Forum, in dem inhaltliche Grundlagen für internationale Jugendarbeit und -begegnungen im Ostseeraum geschaffen werden.

Ende 2004 hat der Landesjugendring Schleswig-Holstein mit Unterstützung des Landtages eine „**Ostsee-Jugendstiftung**“ gegründet. Ziel ist die Förderung des völkerverbindenden Gedanken der europäischen Einigung bei Jugendlichen in der Ostseeregion sowie die Vorbereitung von Jugendlichen auf erhöhte Mobilitätserfordernisse in Europa u.a. durch Aneignung interkultureller Kompetenz. Durch Zustiftungen aus Wirtschaft und Politik soll die Stiftung in den kommenden Jahren wachsen.

3.2 Die Hochschulkooperation zur „Wissensregion Ostsee“ ausbauen

Die Verfügbarkeit von Wissen und seine laufende Aktualisierung ist ein wesentlicher Standortfaktor im globalen Wettbewerb. Gleichzeitig verlangt die aufkommende Wissensgesellschaft von Hochschulen wie Bildungsstrukturen im Wettbewerb um Studierende und Expertise von morgen zunehmend Fähigkeiten zu europäischer wie internationaler Kooperation.

Ihr dichtes Netz von Universitäten, Ausbildungs- und Forschungseinrichtungen bietet der Ostseeregion die Chance, sich europaweit als „Wissensregion“ zu profilieren. Der im Auftrag des „Baltic Development Forum“ von der Harvard Business School und der Stockholm School of Economics erstellte „State of the Region Report 2005“ attestiert dem Ostseeraum international führende Voraussetzungen in den Bereichen Forschung, Bildung und Humankapital.⁷⁵ Unverändert listet der renommierte „Information Society Index“ die nordischen Staaten seit Jahren auf den führenden Plätzen im weltweiten Vergleich im Bereich der Informationsgesellschaft – darunter Dänemark und Schweden auf Platz 1 und 2 noch vor den USA.⁷⁶

⁷³ Internet: www.jugendserver-sh.de

⁷⁴ Internet: www.balticsea-youth.org

⁷⁵ Internet: www.bdforum.org/download.asp?id=572

⁷⁶ Quelle: www.worldpaper.com/2005/june/1a.html

Um die ostseeweite Integration in diesem Bereich voranzutreiben, schlägt der bereits genannte „State of the Region Report 2005“ die Bildung einer „**Forschungs- und Bildungsregion Ostsee**“ vor. Damit könne dem Problem begegnet werden, dass die meisten Ostsee-Staaten innerhalb ihrer jeweiligen Grenzen individuell kaum in der Lage sein dürften, global führende Hochschulen und Forschungszentren aufzubauen.⁷⁷ Damit wird zugleich der von Schleswig-Holstein vorgebrachte Vorschlag für eine „Wissensregion Ostsee“ aufgegriffen.

Den Rahmen dafür setzt im Hochschulbereich der europaweite „**Bologna-Prozess**“, dessen Ziel die Schaffung eines europäischen Hochschulraums bis 2010 ist. Dieser wirkt gleichzeitig als Motor der Hochschulkooperation im Ostseeraum. Als verbindliche Schwerpunkte hatte die Bologna-Konferenz 2003 in Berlin u.a. den Aufbau und die Vernetzung eines Systems der Qualitätssicherung (Akkreditierung/Evaluierung der Studienangebote), die Umstellung auf Bachelor-/Master-Abschlüsse (BA/MA) sowie die europaweite Anerkennung von Studienabschritten und -abschlüssen durch Einrichtung des Kreditpunkte-Systems ECTS⁷⁸ verbindlich für mittlerweile 45 Mitgliedsländer festgelegt. Die Bologna-Folgekonferenz in Bergen (Norwegen) im Mai 2005, an der die Bildungsministerin als Vizepräsidentin der Kultusministerkonferenz (KMK) teilnahm, sprach sich für eine engere Verbindung zwischen dem Europäischen Hochschulraum und dem Europäischen Forschungsraum aus.⁷⁹

Über die direkte Mitwirkung im Bologna-Prozess hinaus tragen schleswig-holsteinische Hochschulen mit eigenen Beiträgen zur Stärkung der Hochschulkooperation im Ostseeraum bei. Aus der in Anlage 1 ausführlicher dargestellten Vielzahl von Kooperationsaktivitäten sind beispielhaft herauszustellen:

- Der **Hochschulverbund „Baltic Sea Virtual Campus“** ist aus dem mittlerweile abgeschlossenen, gleichnamigen INTERREG III B-Projekt hervorgegangen. In diesem arbeiten 13 Partner aus dem gesamten Ostseebereich zusammen, um gemeinsam Online-Studiengänge und -Weiterbildung zu entwickeln und anzubieten. Der interdisziplinäre Ansatz verknüpft Wirtschaft, Management, Kommunikation, Geografie und Geschichte zu einem ganzheitlichen Kooperationsverständnis. Nach erfolgreichem Abschluss der Pilotphase 2005 wurden die beiden Master-Studiengänge „Transregional Management“ und „Industrial Engineering“ gestartet. In der Sitzung des „Board of Rectors“ in Vilnius vereinbarten die Verbundhochschulen im April 2005 mit der „oncampus GmbH“ (die E-Learning-Gesellschaft der FH Lübeck) und mit „Lund Education AB“ vertraglich, dass diese die erforderlichen E-Learning-Dienste für einen nachhaltigen Betrieb erbringen.
– Aufbauend auf den Erfahrungen des Baltic Sea Virtual Campus haben die Universität

⁷⁷ „State of the Region Report 2005“, S. 48 ff. (Internet: www.bdforum.org/download.asp?id=572)

⁷⁸ European Credit and Accumulation Transfer System

⁷⁹ Internet: www.bologna-bergen2005.no (bzw. www.bologna-berlin2003.de)
(EHEA: European Higher Education Area, ERA: European Research Area)

Lund und die Fachhochschule Lübeck ein strategisches Kooperationsabkommen unterzeichnet, um die jeweiligen E-Learning-Erfahrungen zu bündeln, deren weitere Entwicklung zu koordinieren und daraus einen neuen didaktischen Ansatz – das „Lübeck-Lund-Modell“ – zu erarbeiten.

- Die Christian-Albrechts-Universität zu Kiel (CAU) entwickelt seit 1999 zwei maßgebliche Initiativen kontinuierlich fort: Die gemeinsam von den Medizinischen Fakultäten der Universitäten in Kopenhagen, Lund und Kiel getragene „**Baltic Summer School**“ bietet die langfristige Basis für die medizinische Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses. Veranstaltungsort 2006 des fachlich anspruchsvollen Studienkurses ist Kiel. Die seit 1999 durchgeführte „**Kiel Summer School (KiSS)**“ bietet u.a. für junge Nachwuchskräfte aus Mittel- und Osteuropa wirtschaftswissenschaftliche Lehrveranstaltungen in englischer Sprache in Verbindung mit Deutsch-Kursen und Ringvorlesungen zur deutschen Geschichte, Politik und Kultur an.
- Darüber hinaus baut die CAU Kiel ihre Zusammenarbeit mit den russischen Staatlichen Universitäten St. Petersburg und Kaliningrad wird ausgebaut:
Der im September 2003 unterzeichnete Hochschulpartnerschaftsvertrag mit der Staatlichen Universität **St. Petersburg** wird mit Gastprofessuren und mehreren Projekten, die u.a. aus Mitteln des DAAD finanziert werden, umgesetzt. Das unter Federführung der Universitäten Bremen, Kiel und St. Petersburg gemeinsam konzipierte Forschungs- und Studienprojekt POMOR im Bereich Polar- und Meereswissenschaften wird seit dem Wintersemester 2002/2003 erfolgreich in St. Petersburg durchgeführt. Beteiligt sind das Alfred-Wegener-Institut für Polar- und Meeresforschung (Bremerhaven), IfM-GEOMAR (Kiel) und das Institut für Ostseeforschung (Rostock).
Im Rahmen der Partnerschaft mit der Staatlichen Universität **Kaliningrad** – im Juli 2005 umbenannt in „Russische Staatliche Immanuel Kant Universität“ – stand neben Gaststipendien in Kiel und wechselseitigen Forschungs- und Lehraufenthalte zuletzt die gemeinsame Ringvorlesung „Kaliningrad/Königsberg – Ort in Europa“ im Juni 2005 in Kaliningrad als Beitrag zum 750-jährigen Jubiläum im Vordergrund.
- Die Universität Flensburg (UF) bietet zur Zeit drei **deutsch-dänische Studiengänge** gemeinsam mit der Syddansk Universitet (SDU) an. In den Studiengängen „International Management“, „Organisational Management“ und „Kultur- und Sprachmittler“ waren im Wintersemester 2005/2006 insgesamt rund 780 Studierende immatrikuliert. Der Studiengang „Energie- und Umweltmanagement“ (260 Studierende) wird z.Zt. nur als kooperativer Studiengang mit der FH Flensburg angeboten, soll aber mit der Umstellung auf ein BA/MA-Modell wieder gemeinsam mit der SDU betrieben werden. Neben weiteren ge-

meinsamen Projekten wird zum Wintersemester 2006/2007 der neue INTERREG-geförderte kooperative Studiengang „European Studies“ seinen Betrieb aufnehmen.⁸⁰

3.3 Die Ostseeregion zu einer „Region ziviler Sicherheit“ machen

Stabilität des „Wirtschaftsraum Ostsee“, Investitionssicherheit und Außenhandelsbedingungen erfordern eine enge Zusammenarbeit im Ostseeraum bei der Bekämpfung der Organisierten Kriminalität sowie im Bereich ziviler und polizeilicher Sicherheit. Dies gilt mit Blick sowohl auf Russland wie auf die neuen und alten EU-Mitgliedstaaten, zumal bei Informations- und Kommunikationstechnologien oder Euro-Falschgeld in jüngerer Zeit neue Kriminalitätsfelder entstanden sind. Ziel ist, die Ostseeregion aus eigener Kraft zu einer „Region ziviler Sicherheit“ zu machen.

Schleswig-Holstein leistet hierzu seit Jahren seinen Beitrag durch sein Konzept der **Sicherheitspartnerschaft im Ostseeraum**. Sie beruht auf bilateralen Protokollerklärungen über die polizeiliche Zusammenarbeit zur Bekämpfung insbesondere der länderübergreifenden Organisierten Kriminalität, die das Innenministerium mit den baltischen Staaten, Polen, der Oblast St. Petersburg und der Oblast Kaliningrad abgegeben hat, sowie auf engen Kontakten mit den skandinavischen Staaten. Diese Sicherheitspartnerschaft wurde erneut durch bilaterale Maßnahmen zur Vereinfachung und weiteren Verbesserung der polizeilichen Zusammenarbeit gefestigt:

- Im Rahmen eines für das zweite Halbjahr 2006 geplanten **Besuchs des Innenministers bei den Innenministern und den Polizeien der baltischen Staaten** sollen die Protokollvereinbarungen aktualisiert und vereinheitlicht werden. Weitere Schwerpunkte der Gespräche sollen die Bekämpfung der organisierten Kriminalität und des Frauenhandels sowie der Einsatz neuester Technologien in der Kriminalitätsbekämpfung sein. Im Rahmen eines Arbeitsbesuchs des Leiters der Polizeiabteilung bei den Chefs der Miliz Kaliningrad und der Transportpolizei Kaliningrad (voraussichtlich im Juli 2006) soll die ebenfalls überarbeitete Protokollvereinbarung im Bereich der polizeilichen Zusammenarbeit zwischen der Landespolizei und der Polizei im Oblast Kaliningrad unterzeichnet werden.
- Der Leiter des Landeskriminalamts Schleswig-Holstein ist Mitglied des Operative Committee (OPC) der **Task Force on Organized Crime** und nahm an dessen Sitzungen im Februar 2005 (Helsinki) und September 2005 (Stockholm) teil. Hier wurden konkrete Maßnahmen und Kontrollaktivitäten zur Bekämpfung der Organisierten Kriminalität in den Ostseeanrainerstaaten vereinbart.

⁸⁰ ausführlicher siehe Anlage 1 – zuletzt auch dargestellt im Bericht „Weiterentwicklung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Dänemark“ (Drs. 16/253)

- Das Landeskriminalamt Schleswig-Holstein (LKA) hat die Geschäftsführung der **Arbeitsgruppe „Rauschgifthandel Nord-Ost“ (AG NO)** seit deren Gründung. Teilnehmer sind neben den norddeutschen Bundesländern und dem Bund die nordischen und baltischen Staaten sowie Polen, Russland und die Niederlande. Bei ihrem Jahrestreffen unter Vorsitz des LKA beschloss die AG NO im September 2005 eine verstärkte operative Ausrichtung zur Kontrolle des illegalen Drogenverkehrs zwischen Norddeutschland und dem skandinavischen Raum. Eine erste länderübergreifende Kontrollmaßnahme erfolgte im Februar 2006 unter Beteiligung von Dienststellen in Dänemark und Schweden. Die Federführung liegt beim Hauptzollamt Hamburg.
- Vertreter des LKA Schleswig-Holstein nahmen im September 2005 an der vom Europäischen Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF) finanzierten internationalen **Falschgeldtagung „Euro-North East“** in Vilnius teil. Ziel dieser internationalen Fachtagung war der Erfahrungs- und Informationsaustausch zur Intensivierung der Bekämpfung der Euro-Falschgeldkriminalität mit Schwerpunkt Nordosteuropa.
- Die grenzübergreifende polizeiliche Zusammenarbeit in der dänisch-deutschen Grenzregion konnte im Rahmen der bestehenden **Projektorganisation „Schengen-Nord“** noch weiter intensiviert werden. Es wurden einsatztaktische Kooperationsformen (z.B. im Bereich Fahndung/Geiselnahmen) entwickelt und Übungen und Hospitationsprogramme durchgeführt. Seit Mitte 2004 arbeiten in der „Bürogemeinschaft/Fælleskontor Padborg“ Landespolizei Schleswig-Holstein, die Bundespolizei sowie der deutsche und der dänische Zoll zusammen, während die dänische Polizei über einen Verbindungsbeamten engen Kontakt zu dieser Einrichtung hält. Über den Informationsaustausch hinaus bearbeitet diese Bürogemeinschaft u.a. Ersuchen von Polizei- und Zolldienststellen, wirkt mit bei der Einsatzkoordinierung und erstellt grenzübergreifende Kriminalitätslagebilder.
- Das Amt für Katastrophenschutz (AfK) nimmt als Beobachter an der gemeinsam mit Dänemark und Schweden durchgeführten **Katastrophenschutzübung „EU DANEX 2006“** teil, die in der letzten September-Woche in der Öresundregion stattfinden wird. Ziel dieser EU geförderten Übung ist die Erprobung länderübergreifender Hilfen im Katastrophenfall. Die Übungsbeobachtung durch das AfK dient der Kontaktpflege zu den skandinavischen Ländern sowie der Beobachtung der Abläufe der internationalen Katastrophenhilfe nach entsprechenden EU-Vereinbarungen.

Wie bereits in den vergangen Jahren wurde die **Beratungs-, Ausbildungs- und Ausstattungshilfe**, insbesondere mit den baltischen Staaten und der Oblast Kaliningrad, konsequent fortgeführt. Im Rahmen der Beratungs- und Ausbildungshilfe fanden zahlreiche Austauschprojekte der Polizeidirektion für Aus- und Fortbildung und der Verwaltungsfachhochschule mit

Dozentinnen und Dozenten sowie Studierenden aus Lettland, Estland, Litauen und Kaliningrad statt. Im Rahmen der Ausstattungshilfe wurde 2004 vorerst letztmalig ein Hilfstransport nach Kaliningrad durchgeführt.

3.4 Die Ostseeregion als Modellregion nachhaltiger Entwicklung profilieren

Die Ostseeregion verfügt über außergewöhnliche natürliche Ressourcen und Naturschönheiten, die beispielsweise hervorragende Voraussetzungen für den Tourismus liefern. Unter den Ostseeanrainerstaaten sind verschiedene Ansätze für eine zukunftsweisende Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik entwickelt und umgesetzt worden, die teilweise als modellhaft für Europa gelten. Mit der Ost-Erweiterung der EU sind die meisten der Anrainerländer in das anspruchsvolle Umweltregime der EU eingebunden. Schließlich hat der Ostseerat als erste Region der Welt im Jahre 1998 die **Baltic 21**, ein Programm für eine nachhaltige Entwicklung im Ostseeraum, verabschiedet.

All diese Aktivposten prädestinieren die Ostseeregion, eine Modellregion nachhaltiger Entwicklung zu werden. Vor dem Hintergrund der Lissabon-Strategie, die Europa zum dynamischsten, wissensbasierten Wachstumsraum machen will, in Verbindung mit der Göteborg-Strategie, die dies mit den Zielen der Nachhaltigkeit verknüpft, ist dies von großer Bedeutung. So bietet beispielsweise der in der Ostseeregion angesammelte Wissens- und Erfahrungsvorsprung im Bereich der Erneuerbaren Energien und der Umwelttechnik inzwischen auch erhebliche wirtschaftliche Potenziale.

Die Landesregierung misst vor diesem Hintergrund den Bereichen **Nachhaltigkeit und Umwelt** innerhalb ihres Engagements im Ostseeraum eine hohe Bedeutung bei. Mit eigenen Anstrengungen und Initiativen will Schleswig-Holstein auch künftig einer der Vorreiter dieser Entwicklung sein. Dazu zählt die aktive Rolle Schleswig-Holsteins in Kooperationen wie Baltic 21, der Helsinki-Kommission (HELCOM) und der Europäischen Meerespolitik, einschließlich der EU-Meereesumweltstrategie. Das politische Engagement und Kompetenzen in Bereichen wie Umwelt, Wirtschaft und nachhaltiger Landwirtschaft sichern zugleich Zugangschancen für Schleswig-Holsteins Wirtschaft auf den Märkten vor allem der neuen EU-Mitgliedstaaten, in denen entsprechende Entwicklungen erst noch anstehen.

Im Prozess **Baltic 21** engagiert sich das MLUR weiterhin auch dadurch, dass es den Vertreter der BSSSC im Lenkungsausschuss der Baltic 21 stellt. Nachdem die vergangenen Jahre vom Anschub des Umsetzungsprozesses geprägt waren, tritt nun die Aufgabe in den Vordergrund, die Baltic 21-Arbeit zu verstetigen und konkrete Umsetzungsergebnisse zu vereinbaren („Leuchtturmprojekte“). Als ein neues Schwerpunktthema des Nachhaltigkeitsprozesses entwi-

ckelt sich der **demografische Wandel**, der neue Antworten beispielsweise in den Bereichen der Infrastruktur, des Flächenmanagements und der umweltgerechten Transportdienstleistungen erfordert. Mit Beteiligung und intensiver Unterstützung Schleswig-Holsteins wurde das Baltic 21-**Leuchtturmprojekt A.S.A.P.** („Efficient administrative structures as a prerequisite for successful social and economic development of rural areas in demographic transition“) gestartet, das aus dem Programm INTERREG III B (Ostsee) gefördert wird.

Weiterhin bestehen erhebliche Herausforderungen im Bereich der Schiffssicherheit genauso wie für die Verringerung der Nährstoffeinträge in die Ostsee. Daher müssen durch enge Kooperation mit den neuen Beitrittsländern und den übrigen Ostseeanrainerstaaten gemeinsam alle Anstrengungen unternommen werden, um das Problem der zu hohen Nährstoffeinträge in die Ostsee zu lösen. Schleswig-Holstein hat dies beispielsweise durch sein Engagement in dem INTERREG III B-Projekt **BERNET-Catch** getan. Weitere schädliche Umwelteinflüsse sind z.B. Klimaveränderungen und die Einschleppung fremder Arten. Vorhandene Umwelt-einwirkungen schädigen die natürlichen marinen Ressourcen und verursachen einen Verlust der Biodiversität und damit eine Beeinträchtigung der marinen Wirtschaftskraft.⁸¹

3.5 Die Ostsee zu einem der weltweit sichersten Seeverkehrsgebiete machen

Als schon heute eines der meistbefahrenen Seeverkehrsgebiete der Welt verzeichnet die Ostsee stetig steigende Transportraten. Wirtschaftswachstum, intensivere Außenhandelsbeziehungen, aber auch die steigende Nachfrage nach russischem Öl werden trotz der geplanten Infrastrukturmaßnahmen auf Schiene und Straße die Seeverkehre weiter ansteigen lassen. Allein die Ölexporte, die Russland als mittlerweile weltweit größter Ölproduzent vorwiegend per Schiff über die Ostsee abwickelt, werden demnach bis 2020 auf 185 Millionen Tonnen (gegenüber 109 Millionen Tonnen in 2003) anwachsen. Bereits heute werden etwa 150 bis 200 Tanker pro Tag in den 20 großen Ölterminals in der östlichen Ostsee beladen.⁸²

Zunehmend dichtere Verkehre bergen ein hohes Gefährdungspotenzial für das empfindliche Ökosystem Ostsee und für die Sicherheit in navigatorisch schwierigen Fahrwassern (z.B. Kadetrinne, dänische Meerengen, finnischer Meerbusen). Dies gilt nicht allein für Öltransporte zur See, sondern auch für andere Gefährdungspotenziale wie z.B. Fährverkehre, die die viel befahrenen Schiffahrtswege der Ostsee kreuzen.

Gleichzeitig ist jedoch die „nasse Autobahn Ostsee“ unverändert der effizienteste und umwelt-freundlichste unter allen Massen-Verkehrsträgern. Um die Abwicklung der weiter ansteigen-

⁸¹ zu den genannten INTERREG III B-Projekten vgl. die in Anlage 6 beigelegte Übersicht „INTERREG III B-Projekte mit schleswig-holsteinischer Beteiligung“

⁸² Quelle: Deutscher Nautischer Verein sowie „Baltic Maritime Outlook 2006“, S. 46 ff. (Internet: www.sjofartsverket.se/templates/SFVXNewsPage_5417.aspx)

den Handelsvolumina bewältigen und die strategische Funktion der Ostsee als europäische Transportdrehscheibe dauerhaft sichern zu können, sind vermehrte Anstrengungen zur Stärkung der Schiffssicherheit im Ostseeraum erforderlich. Ziel ist, die Ostsee zu einem der weltweit sichersten Seeverkehrsgebiete zu machen.

International, EU-weit bzw. unmittelbar in der Ostseeregion arbeiten hieran seit Jahren die **Internationale Schifffahrtsorganisation (IMO)**⁸³, die **Europäische Union** oder die „**Helsinki-Kommission“ (HELCOM)**⁸⁴. Wichtige Regelungen sind u.a. die MARPOL-Konvention der IMO (1973), die EU-Richtlinie über Hafenstaat-Kontrollen, die Regelungen von EU und IMO zur stufenweisen Ausmusterung von Einhüllen-Tankern bis 2010 oder die Ausweisung der Ostsee als „besonders empfindliches Seegebiet“ (PSSA), die die IMO Anfang Dezember 2005 beschlossen hat.

Richtschnur für das Engagement Schleswig-Holsteins, aber auch der meisten Ostseeanrainerstaaten sind immer noch die Vorschläge und Maßnahmen zur Vermeidung schwerer Unfälle auf See und zur Verringerung negativer Umweltauswirkungen auf die Ostsee und ihre Küstengebiete („Kieler Vorschläge – Maritime Safety Proposals BALTIC 2004“). Vorgelegt wurden diese von der internationalen Ostsee-Schiffssicherheitskonferenz „Maritime Safety Baltic 2004“, die die Landesregierung Anfang Mai 2004 unter Beteiligung der IMO und der Europäischen Agentur für Maritime Sicherheit (EMSA) in Kiel ausgerichtet hatte.⁸⁵

Anfang Dezember 2005 wurde ein von Deutschland – unter aktiver Beteiligung Schleswig-Holsteins – gemeinsam mit den Ostseeanrainerstaaten Dänemark, Schweden, Estland, Finnland, Lettland, Litauen, und Polen initierter Vorschlag für ein **neues Wegeführungssystem in der westlichen Ostsee** zwischen der Kadetrinne und der Insel Bornholm von der IMO angenommen. Die neue Regelung, die in den neuen Verkehrstrennsgebieten „North of Rügen“ (im Zufahrtsbereich der Kadetrinne) und Bornholmsgatt (westlich Bornholm) großen, tiefgehenden Schiffen die Fahrt nur auf vorgegebenen Routen in Einbahnrichtung erlaubt, tritt am 1.Juli 2006 in Kraft.

Ebenfalls Anfang Dezember 2005 hat die IMO die Ausweisung der Ostsee als sog. „**Besonders Empfindliches Meeresgebiet“ (Particularly Sensitive Sea Area - PSSA)** endgültig beschlossen. Diese Unterschutzstellung erlaubt abgestimmte Regelungen, die in die ansonsten verbrieftes Seeverkehrsfreiheit in internationalen Gewässern eingreifen. Das „PSSA Ostsee“ umfasst die gesamte Ostsee mit Ausnahme der russischen Hoheitsgewässer. Über die bereits beschlossenen Wegeführungsmaßnahmen in der westlichen Ostsee hinaus sollte als

⁸³ Internet: www.imo.org

⁸⁴ Internet: www.helcom.fi

⁸⁵ Internet: www.schiffssicherheit.schleswig-holstein.de
(siehe auch: Ostseebericht 2004, Drs. 15/3553, S. 63 ff.)

weitere Schutzmaßnahme u.a. eine international verbindliche Lotsenpflicht in schwierig zu befahrenden Gewässern der Ostsee zählen.

Ein wichtiger Baustein zur Erhöhung der Schiffssicherheit in der Ostsee ist die Ausweisung von **Notliegeplätzen** im Rahmen der Maritimen Notfallvorsorge. Eine entsprechende Bund-Küstenländer-Vereinbarung ist mit Gesetz vom 12. Februar 2005 in Landesrecht umgesetzt worden.⁸⁶ Sie regelt das Verfahren der Zuweisung von Notliegeplätzen durch das **deutsche Havariekommando** in Cuxhaven, das als gemeinsame Einrichtung des Bundes und der Küstenländer mit einheitlicher Leitung und gemeinsamer Kommandostruktur im Januar 2003 seinen Betrieb aufgenommen hat. Das Havariekommando hat im Falle einer bereits eingetretenen komplexen Schadenslage oder auf Ersuchen des betroffenen Küstenlandes bzw. des zuständigen Wasser- und Schifffahrtsamts die Einsatzleitung unter Einberufung des Havariestabes zu übernehmen. Das Havariekommando kann aber auch bereits im Falle einer unmittelbar bevorstehenden komplexen Schadenslage die Einsatzleitung von sich aus übernehmen.

Seit Juli 2005 beteiligt sich Schleswig-Holstein an dem multilateralen **INTERREG III B-Projekt Baltic MaSTER** („Maritime Safety – Transport and Environment in the South Baltic Sea Region“). Das Projekt zielt darauf ab, im Bereich maritimer Sicherheit lokale und regionale Akteure stärker als bisher in die politischen Entscheidungsprozesse einzubeziehen. Im Mittelpunkt stehen Maßnahmen zur Verbesserung sowohl der Notfallvorsorge als auch der Vermeidung von Schiffsunfällen.⁸⁷

Schleswig-Holstein ist darüber hinaus in weiteren internationalen Gremien zu wesentlichen Fragen der Schiffssicherheit und des Meeressumweltschutzes aktiv vertreten:

- Im Rahmen des **HELCOM-Übereinkommens** zum Schutz der Meeresumwelt der Ostsee ist das MLUR u.a. in der „Nature Conservation and Coastal Zone Management Group“ (HELCOM-HABITAT) vertreten. Hier werden fachliche Grundlagen, Richtlinien oder Empfehlungen zum Küstenzonenmanagement sowie zum Schutz mariner und küstennaher Regionen, Biotope, Habitate oder Arten erarbeitet. Das Landesamt für Natur und Umwelt (LANU) arbeitet in der „Monitoring and Assessment Group“ (HELCOM MONAS) mit.⁸⁸
- An der Entwicklung der **Europäischen Meeresschutzstrategie** war das MLUR als offiziell benannter Ländervertreter in den entscheidenden Arbeitsgruppen seit Oktober 2003 beteiligt. Der Entwurf einer EU-Richtlinie zur Meeressumweltstrategie wurde im Oktober 2005 vorgelegt. Sie zielt auf eine Umsetzung des Meeressumweltschutzes in allen europäischen Gewässern nach einheitlichen Kriterien. Damit soll auch die Wettbewerbsneutralität und der nachhaltige Schutz mariner Ressourcen sichergestellt werden.

⁸⁶ GVOBl. S. 135

⁸⁷ Internet: www.balticmaster.org

⁸⁸ vgl. im Internet: www.helcom.fi

- Die von der EU in diesem Rahmen eingesetzten Arbeitsgruppe „**European Marine Monitoring and Assessment**“ (**EMMA**) trat erstmals im Februar 2004 in Kopenhagen zusammen und setzt ihre Arbeit auch nach Vorlage des genannten Richtlinienentwurfs fort. Sie soll künftig an der Umsetzung und Weiterentwicklung der EU-Meeresschutzstrategie mitwirken und dabei Monitoring- und Bewertungsgrundlagen erarbeiten und harmonisieren. Das MLUR ist als Vertreter der norddeutschen Küstenländer beteiligt.
- Die im November 2003 von der EU eingerichtete Arbeitsgruppe „**Strategic Goals and Objectives**“ (**SGO**) soll strategische und konzeptionelle Fragen für die Entwicklung und Umsetzung der EU-Meeresschutzstrategie erarbeiten. Das MLUR wirkt hier ebenfalls als Vertreter der norddeutschen Küstenländer aktiv mit.

Die bei Einführung des ISPS-Codes⁸⁹ zur maritimen Terrorbekämpfung eingerichteten **Hafensicherheitsbehörden** arbeiten vernetzt zusammen. Zur internationalen Vereinheitlichung und Vereinfachung der Abläufe ist beabsichtigt, bilaterale Abkommen mit den Ostseeanrainerstaaten abzuschließen. Mit einem abgestimmten Sicherheitsregime wird verhindert, dass das im ISPS-Code für Schiffe und Hafenanlagen festgelegte Sicherheitsniveau herabgesetzt wird. Dänemark hat die Vereinbarung im September 2005 gezeichnet. Polen und Schweden prüfen derzeit den übersandten Text der Vereinbarung. Die baltischen Staaten sowie Norwegen und Finnland sind ebenfalls eingeladen, die Vereinbarung zu zeichnen.

3.6 Wirtschaftliche Chancen im Ostseeraum gezielt nutzen

Die wirtschaftliche Stabilität der hoch industrialisierten nordischen Staaten und überdurchschnittliche BIP-Wachstumsraten zwischen 7 und 9 Prozent in den baltischen Staaten machen die Ostseeregion zu einer der dynamischsten Wachstumsregionen in Europa. Der hohe Verflechtungsgrad der Binnenökonomien, eine anerkannt hohe Wettbewerbsfähigkeit, ein hohes Qualifikationsniveau oder die weltweit führende Position in der Nutzung und Anwendung von I&K-Technologien zählen zu den Stärken der Ostseeregion.

Eine nachholende Entwicklung sorgt für wirtschaftliche Dynamik in den neuen EU-Mitgliedstaaten. Die Förderung aus den EU-Strukturfonds unterstützt diesen Prozess. Notwendige Investitionen in Infrastrukturen, Produktionsanlagen und Versorgungseinrichtungen dort sind auch eine Chance für Unternehmen hier. Die anhaltende politische und ökonomische Stabilität in Russland eröffnet zusätzliche Chancen.

Gleichzeitig geht es um die **Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Ostseeregion** insgesamt. Ökonomische Prosperität des Ostseeraums ist von großer Bedeutung für Schleswig-Holstein als Teil dieser Region als auch als Transportdrehscheibe zwischen den Märkten

⁸⁹ International Ship & Port Facility Security Code

West- und Nordosteuropas. Über die Stärkung der Infrastrukturen hinaus verweist der im Auftrag des „Baltic Development Forum“ von der Harvard Business School und der Stockholm School of Economics erstellte „State of the Region Report 2005“ auf die Notwendigkeit, verstärkt gemeinsame Wirtschaftscluster im Ostseeraum herauszubilden, die im internationalen Wettbewerb bestehen können.⁹⁰

Für Schleswig-Holstein gilt es, die Chancen der Ostseeregion für die schleswig-holsteinische Wirtschaft und zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Landes zu nutzen. Hamburg, Norddeutschland und die Südwestlichen Ostseeregion sind in vielen Feldern natürliche Partner. Die in Schleswig-Holstein herausgebildeten **Wirtschaftscluster** und Kompetenzzentren sind in Kooperation mit überregionalen oder benachbarten Strukturen im Ostseeraum zu bringen. Dies gilt z.B. für die Bereiche Gesundheitswirtschaft, maritime Wirtschaft, regenerative Energien, Life Sciences/e-Health oder die Informations- und Mikrosystemtechnik.

Der **Außenhandel mit den industriell hoch entwickelten Ostseeanrainern** hat sich bei den meisten Ländern im erfreulichen Trend des gesamten Außenhandels des Landes entwickelt. Der Gesamtexport des Landes Schleswig-Holstein lag im Jahre 2005 bei 16,323 Milliarden € (+ 12,0 % gegenüber 2004), der Export in den Ostseeraum bei 2,645 Milliarden € (+ 11,8 %). Die Gesamt-Importe beliefen sich 2005 auf 18,063 Milliarden € (+ 7,3 %), die Importe aus dem Ostseeraum auf 4,71 Milliarden € (+ 3,4 %).⁹¹

Der Export in die nordischen Staaten hat an Fahrt gewonnen: Norwegen 223 Millionen € (+ 22,3 %), Schweden 429 Millionen € (+ 18,8 %), Dänemark 986 Millionen € (+ 12,4 %), Finnland 141 Millionen € (+ 6,4 %). Der Export nach Polen nahm ebenfalls erfreulich zu auf 446 Millionen € (+ 22,1 %), während in Richtung Russland ein Rückgang zu verzeichnen war (343 Millionen €, - 9,1 %).

Auf der Importseite gab es vor dem Hintergrund allgemeiner Steigerungen der schleswig-holsteinischen Werte sowohl beachtliche Steigerungen der Bezüge aus Schweden (1.387 Millionen €, + 22,0 %) und Polen (288 Millionen €, + 30 %) als auch erhebliche Rückgänge wie bei Dänemark (1.801 Millionen €, - 17,6 %), Stagnation bei Norwegen (178 Millionen €, + 1,7 %), Die Werte für Russland gingen erfreulich aufwärts (238 Millionen €, + 9,7 %). Die Importe aus Finnland stiegen besonders stark an (725 Millionen €, + 32,7 %). Die Einfuhren, die zum Teil in andere Wirtschaftsgebiete weiter gehen, stehen für eine handelsvermittelnde Rolle Schleswig-Holsteins.

⁹⁰ vgl. „State of the Region Report 2005“, S. 42 ff. (Internet: www.bdforum.org/download.asp?id=572)
⁹¹ Quelle: Statistische Berichte des Statistikamtes Nord (vorläufige Zahlen für das Jahr 2005!!)

Neben den traditionell guten wirtschaftlichen Beziehungen Schleswig-Holsteins in die nordischen Staaten entwickeln sich die **wirtschaftlichen Beziehungen zu den östlichen Ostseeanrainern** zunehmend positiv. Nach der Öffnung der Grenzen in den 90er Jahren und dem Beitritt der baltischen Länder und Polens 2004 zur EU ist für viele, insbesondere kleine und mittlere Unternehmen in Schleswig-Holstein die wirtschaftliche Kooperation mit den Ländern um die gesamte Ostsee heute fast selbstverständlich geworden.

Vor diesem Hintergrund sind bilaterale flankierende Maßnahmen und Delegationsreisen im Ostseeraum heute in geringerem Maße erforderlich als noch im vergangenen Jahrzehnt. Gleichzeitig hat die Außenwirtschaft auch angesichts der anhaltend schwachen Inlandsnachfrage eine bislang nicht bekannte Bedeutung für Wachstum und die Beschäftigung erreicht. Vor diesem Hintergrund wurde die **Außenwirtschaftsoffensive** des Landes (November 2005) im Zusammenwirken mit der Selbstverwaltungsebene der Wirtschaft und mit der Wirtschaftsförderung und Technologietransfer Schleswig-Holstein GmbH (WTS) gestartet. Diese setzt ihre Schwerpunkte auf die Pflege guter Wirtschaftsbeziehungen mit den entwickelten Industriestaaten, auf große Wachstumsmärkte sowie auf Zukunftsmärkte. Die Außenwirtschaftsoffensive zielt auf viele Erfolg versprechende Märkte in der Welt. Ihre Maßnahmen stehen aber auch für die Unterstützung von Unternehmensbeziehungen im Ostseeraum zur Verfügung.⁹²

Unter den länderbezogenen Aktivitäten sind beispielhaft zu nennen:

- das Firmengemeinschaftsbüro im Haus der Deutschen Wirtschaft in St. Petersburg, betreut durch die schleswig-holsteinischen Industrie- und Handelskammern,
- die Kooperation der WTS mit einem Beratungsunternehmen in Moskau zur Unterstützung schleswig-holsteinischer Firmen bei Sondierungen vor allem im Moskauer Raum,
- die Delegationsreise zur polnischen Fachmesse POLEKO im November 2005 unter Leitung der Staatssekretärin im Wirtschaftsministerium, mit der die Präsentation der im Netzwerk ECO-Net zusammengeschlossenen Unternehmen der Umwelttechnik unterstützt wurde, oder
- die gemeinsam mit Schleswig-Holstein arrangierte Präsentation Lettlands im Mai 2005 in Hamburg, in deren Rahmen auf Staatssekretärsebene politische Gespräche mit dem lettischen Wirtschaftsminister sowie Gespräche von Unternehmer zu Unternehmer geführt wurden.

Im Bereich der **Technologiepolitik** haben Schleswig-Holstein und Hamburg mit der Gründung der **Norgenta – Norddeutsche Life Science Agentur GmbH** im April 2004 einen Meilenstein für die Zusammenarbeit der beiden Länder in den Lebenswissenschaften gesetzt. Als länderübergreifende Dienstleistungsgesellschaft soll Norgenta die Branchen Medizintechnik, Biotechnologie und Pharmazie zu einem norddeutschen Life Science-Cluster entwickeln und

⁹² vgl. Bericht „Außenwirtschaft in Schleswig-Holstein“ (Drs. 16/639)

die Kompetenzen von Unternehmen, Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Krankenhäusern vernetzen. Um auch die Ansiedlung von nationalen und internationalen Unternehmen zu unterstützen ist ein langfristiges Ziel der Norgenta, Schleswig-Holstein und Hamburg regional, national und international zu einem führenden Standort der Life Sciences auszubauen und zu vermarkten.⁹³

Zu dieser Profilierung als Life-Science-Standort trägt auch Norgentas Mitgliedschaft in der **ScanBalt BioRegion**⁹⁴ bei. Als „Netzwerk der Netzwerke“ will sie die vorhandenen Kapazitäten der Biotechnologie in Wissenschaft und Wirtschaft bündeln und die Ostseeregion mit ihren mehr als 60 Universitäten und über 870 Life-Science-Unternehmen innerhalb der EU als starken LifeScience-Standort positionieren. Mitglieder in diesem Netzwerk sind Norgenta und der „Förderkreis Life Sciences e.V. Bay to Bio“ mit seinen rund 90 Mitgliedern. Im Rahmen des INTERREG III B-Projekts „ScanBalt Campus“, an dem neben Norgenta auch die TU TECH Harburg beteiligt ist, sollen branchenübergreifend Informationsplattform, gemeinsame Lehrpläne und Informationszentren geschaffen werden. In einer ersten Informationsveranstaltung des Wissenschafts- und Wirtschaftsministeriums im Februar 2006 in Kiel konnten weitere Interessenten aus Schleswig-Holstein gewonnen werden.⁹⁵

Im Bereich **Energie** stehen vor allem multilaterale Projekte, die aus den INTERREG III B-Programmen im Ostsee- wie im Nordseeraum gefördert werden, im Vordergrund der aktuellen Arbeit:

- **ProBioEnergy** entwickelt Maßnahmen zur Beratung, Information und Unterstützung von Projekten zur energetischen Biomassenutzung. Beteilt sind aus Schleswig-Holstein die Innovationsstiftung und das MWV. Mit diesem Projekt können die bisherigen Beratungs- und Informationstätigkeiten der Energieagentur/ Investitionsbank SH zur energetischen Biomassenutzung ausgebaut werden.⁹⁶
- **BEEN** zielt auf bessere Energienutzungen in älteren Gebäuden. Beteilt ist das MWV.⁹⁷
- **POWER** soll die Offshore-Windenergienutzung in der Nordsee in den Bereichen Planung, Fertigung und Erstellung, Qualifizierung und Öffentlichkeitsarbeit stärken. Aus Schleswig-Holstein ist u.a. die Wirtschaftsförderung Nordfriesland im Rahmen einer Subpartnerschaft beteiligt.⁹⁸

⁹³ Internet: www.norgenta.de (siehe auch: Wirtschaftsbericht 2006, Drs. 16/779, S. 21 f.)

⁹⁴ Internet: www.scanbalt.org

⁹⁵ zum Projekt „ScanBalt Campus“ siehe auch die in Anlage 6 beigelegte Übersicht „INTERREG III B-Projekte mit schleswig-holsteinischer Beteiligung“ (Internet: www.scanbalt.org/sw228.asp)

⁹⁶ „Promotion of Bio-Energy by Marketing, Implementation and Trading in the North Sea Region“ (Internet: www.probioenergy.iweb.se) – siehe auch die in Anlage 6 beigelegte Übersicht „INTERREG III B-Projekte mit schleswig-holsteinischer Beteiligung“

⁹⁷ „Baltic Energy Efficiency Network for the Building Stock“ (Internet: www.been-online.net) – dto.

⁹⁸ „Pushing Offshore Wind Energy Regions“ (Internet: www.offshore-power.net) – dto.

In den Blickpunkt rückt die Unterstützung der **deutsch-dänischen Wirtschaftsbeziehungen**, die traditionell von zentraler Bedeutung für Schleswig-Holstein sind. Begünstigt durch das Projekt der festen Fehmarnbelt-Querung rückt Schleswig-Holstein zusehends in eine günstige Lage zwischen der dänischen Großregion Syddanmark, der Öresundregion (Großraum Kopenhagen/Malmö) und der Metropolregion Hamburg.⁹⁹

Wesentlichen Anschub geben das strategisch angelegte Projekt „grenzüberschreitende Wirtschaftsentwicklungsstrategie“, die der Regionalrat Schleswig-Sønderjylland initiiert hat, sowie der Besuch des Ministerpräsidenten und des Europaministers bei der dänischen Regierung im Januar 2006. Eine von der „Bitten und Mads Clausen Stiftung“ (Eignerin des dänischen Danfoss-Konzerns) in Auftrag gegebene Studie verweist auf wesentliche Kompetenzfelder der Grenzregion in Bereichen wie Alu Cluster, Maritime Wirtschaft, I&K-Technologie, Mechatronic, Transport und Logistik, Ernährungswirtschaft, Windenergie und Tourismus.

Diese Initiativen wurden vom Wirtschaftsministerium in einem gemeinsam mit der IHK Flensburg im Februar 2006 ausgerichteten deutsch-dänischen Wirtschaftsforum aufgegriffen. Vereinbart wurde, zur Stärkung der operationellen grenzüberschreitenden Kooperation ein Regionalmanagement auf deutscher Seite einzusetzen. Auf Initiative des Ministerpräsidenten sollen darüber hinaus 2006 „Leuchtturmprojekte“ erarbeitet werden, die in der Grenzregion Wachstumseffekte auslösen, Arbeitsplätze sichern und schaffen und in ihrer Wirkung über die deutsch-dänische Grenze hinausstrahlen.

3.7 Zukunft Meer: die maritime Wirtschaft ausbauen – Schleswig-Holstein zur europäischen Modellregion machen

Maritime Kompetenzen gehören zu den herausgehobenen Entwicklungspotenzialen des Landes Schleswig-Holstein. Vor diesem Hintergrund hat die Landesregierung im Jahr 2004 die Initiative „Zukunft Meer“ gestartet. Ziel war und ist die Entwicklung Schleswig-Holsteins zu einer maritimen Modellregion, in der die politischen Rahmenbedingungen dazu beitragen, die maritimen Stärken des Landes branchen- und politikfeldübergreifend weiterzuentwickeln.

Wirtschaft, Forschung, Meeresumwelt und Schiffssicherheit benötigen starke und verlässliche Rahmenbedingungen auf europäischer und internationaler Ebene. Die Landesregierung hat sich daher seit Anfang 2004 für eine **integrative Europäische Meerespolitik** eingesetzt. Ziel ist die europapolitische Flankierung der Landesinitiative Zukunft Meer.

⁹⁹ siehe auch Bericht „Weiterentwicklung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Dänemark“ (Drs. 16/253)

Diese Initiative war erfolgreich: Die amtierende Europäische Kommission hat im November 2004 ihr Mitglied Joe Borg zum Kommissar für Fischerei und Maritime Angelegenheiten ernannt und eine eigene Generaldirektion eingerichtet. Als weiteren Schritt haben Kommissionspräsident Barroso und Kommissar Borg im März 2005 in ihrer Mitteilung „Der Weg zu einer künftigen Meerespolitik der Europäischen Union: Eine europäische Vision für die Ozeane und Meere“ die Vorlage eines **Grünbuchs Europäische Meerespolitik** als ersten Politikentwurf für dieses Feld angekündigt und damit eine zentrale Forderungen der Landesregierung aufgegriffen.

Das Grünbuch wird die ersten Vorstellungen der EU-Kommission zu diesem neuen Politikfeld darstellen und öffentlich zur Diskussion stellen. Die EU-Kommission beabsichtigt, im Rahmen des Konsultationsprozesses zum Grünbuch Regionalkonferenzen in den fünf Meeresräumen der Europäischen Union zu initiieren. Die Landesregierung wird auf Initiative des Europaministers Gastgeber der **Regionalkonferenz für den Ostseeraum** sein. Mitveranstalter werden die Konferenz der Subregionen des Ostseeraums (BSSSC) und der Senat der Freien und Hansestadt Hamburg sein.

Ziel der Konferenz ist es, eine spezifische politische Bewertung des Grünbuchs und Vorschläge für eine zukünftige Europäische Meerespolitik aus Sicht der besonderen politischen, wirtschaftlichen, naturräumlichen und sonstigen Bedingungen des Ostseeraums zu entwickeln. Die Initiative für eine gemeinsame Positionierung des Ostseeraums zum Grünbuch wird zur weiteren Profilierung Schleswig-Holsteins im Bereich Europäischer Meerespolitik und damit auch zu einer Stärkung des maritimen Standortes Schleswig-Holstein beitragen.

Diese Initiative zielt darüber hinaus auf eine Stärkung der Zusammenarbeit im Ostseeraum in allen maritimen Handlungsfeldern, um so einen wirksamen Beitrag zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und der nachhaltigen Entwicklung des Ostseeraumes zu leisten. Von diesem Prozess erwartet die Landesregierung positive Auswirkungen auf die wirtschaftliche, soziale und ökologische Entwicklung Schleswig-Holsteins.

Die **Landesinitiative „Zukunft Meer“** ist mittlerweile neu ausgerichtet worden auf innovations- und technologieorientierte Projekte. Schwerpunkt-Bereiche sind Meerestechnik, Blaue Biotechnologie, Leit- und Sicherheitstechnologien, Offshore-Technologien, Bildung und Qualifizierung. Zur Umsetzung wurden eine Projektgruppe, die u.a. Kooperationen im Ostseeraum und andere internationale Projekte anbahnen soll, sowie ein Lenkungsausschuss eingesetzt, der die Landesinitiative und die Arbeit des Maritimen Clusters Schleswig-Holstein koordinieren soll. Als maritimer Koordinator vertritt der Direktor des Leibniz-Instituts für Meereswissenschaften (IfM-GEOMAR) die Landesinitiative als nationaler und internationaler Botschafter und agiert an der Schnittstelle zwischen maritimer Wissenschaft und Wirtschaft.

Im Juni 2005 wurden im Auftrag der WTS defense zwei viel beachtete **Potenzialanalysen zur Maritimen Wirtschaft** vorgelegt.¹⁰⁰ In 2006 soll diese Studie ergänzt werden um eine Untersuchung hinsichtlich des Angebots an Forschungs- und Entwicklungsdienstleistungen schleswig-holsteinischer Einrichtungen, des technologischen Bedarfs der Unternehmen und möglicher technologischer Perspektiven für die maritime Industrie.

Das **Maritime Cluster Schleswig-Holstein** wird vom Wirtschaftsministerium gefördert, ist angesiedelt bei der Technologieregion K.E.R.N. und hat seine Arbeit im Juni 2004 aufgenommen. Aufgabe ist die Einbindung von Wirtschaft, Wissenschaft und Politik in die Stärkung des maritimen Standorts Schleswig-Holstein: Gemeinsam werden Handlungsschwerpunkte identifiziert und langfristige Strategien entwickelt. Partner im Maritimen Cluster sind u.a. die Industrie- und Handelskammern zu Kiel und Flensburg, die Investitionsbank Schleswig-Holstein, die Firma Raytheon Marine GmbH, die SCHIFF GmbH, die Gesellschaft für Maritime Technik (GMT) und der German Hydrographic Consultancy Pool (GHyCoP).¹⁰¹

3.8 Gesundheitswirtschaft und -dienstleistungen im Ostseeraum stärken

Eine engere Zusammenarbeit im Bereich der Gesundheitsversorgung ist eine Herausforderung, die sich im Ostseeraum auf mehreren Ebenen stellt:

- Vor allem im östlichen Ostseeraum steht die Bekämpfung rasch verbreitbarer Krankheiten wie HIV oder TBC im Vordergrund der Bemühungen, die auf bessere Prävention sowie auf Verbesserung der Grundversorgung setzen. Hier engagieren sich vor allem nationale staatliche Institutionen im Rahmen der „Northern Dimension Partnership on Health and Social Wellbeing“ (NDPHS).¹⁰²
- Unter anderem unterstützt durch Projekte im Rahmen des EU-Programms INTERREG III B entwickelt sich der Ostseeraum auch zu einer gemeinsamen Gesundheitsregion, die über Erfahrungsaustausch und Etablierung neuer Technologien die Gesundheitsversorgung in all ihren Teilregionen verbessert.
- Nicht zuletzt ist die Ostseeregion aber auch ein gemeinsamer Gesundheitsmarkt, dessen Einzugsbereich helfen kann, größere, kostenintensive und technologisch anspruchsvolle Behandlungseinrichtungen auszulasten bzw. zu etablieren.

Ziel der 2001 gegründeten **Gesundheitsinitiative Schleswig-Holstein** ist es, das Profil des Gesundheitsstandortes Schleswig-Holstein mit einer engeren Verzahnung von Gesundheitsversorgung und Gesundheitswirtschaft zu stärken. Die Zukunftssicherheit und Modernisierung der gesundheitlichen Versorgung wird dabei in den Mittelpunkt gestellt. Zwei der Leitprojekte

¹⁰⁰ „Potenzialanalyse für die maritime Wirtschaft in Schleswig-Holstein und Deutschland“ sowie „World Marine Markets“ (im Internet abrufbar unter: www.wtsh.de/wtsh/de/innovationsberatung/innovationsberatung_aktuelles_maritime_potenzialanalyse.php)

¹⁰¹ Internet:www.maritime-cluster.de

¹⁰² siehe hierzu Kapitel 4.4 dieses Berichts

der Gesundheitsinitiative haben das Ziel, die Zusammenarbeit in der Ostseeregion auf dem Feld der Gesundheit zu intensivieren: Die geplante Errichtung eines Protonentherapiezentrums in Kiel sowie das INTERREG III B-Projekt „e-Health for Regions“.

Mit dem Amt Viborg auf dänischer und der Region Skåne auf schwedischer Seite besteht eine direkte Kooperationsbeziehung im Rahmen des Projekts „Integrated regional health care structures: e-health in the Baltic Sea Region“ (kurz: „**e-Health for Regions**“). Das Projekt bildet einen Ausgangspunkt, um den Ostseeraum zu einer europäischen Modellregion für transnationale Kooperationen im e-Health-Bereich zu entwickeln. Im Rahmen dieses Projekts werden Erfahrungen und „best practice“-Lösungen ausgetauscht, transregionale Strategien entwickelt sowie neue Technologien erprobt und telematische Lösungen umgesetzt. Das Projekt umfasst insgesamt 17 Partner aus sieben Ostsee-Anrainerstaaten. Das Finanzvolumen des Projekts beläuft sich auf 3,27 Mio. €. Die EU fördert das Projekt für die Laufzeit 2004-2007 im Rahmen von INTERREG III B (Ostsee).

Im August 2005 haben die Mitglieder der Gesundheitsinitiative Schleswig-Holstein die Einrichtung eines **Zentrums für Protonentherapie**, eines neuen Ansatzes zur Krebsbehandlung, mit Sitz in Kiel als Leitprojekt ausgewählt. Das aus wirtschaftlichen Gründen notwendige Einzugsgebiet soll in Kooperation mit dem skandinavischen Raum sichergestellt werden. Vertreter aus Dänemark und Schweden haben bereits konkretes Interesse zur Nutzung eines solchen Zentrums in Schleswig-Holstein für ihre Patientinnen und Patienten geäußert. Dies ist auch Bestandteil einer im Januar 2006 getroffenen Rahmenkooperationsvereinbarung zwischen UKSH und dem Rikshospitalet in Oslo (Norwegen). Gleichzeitig bestehen seit langem gute wissenschaftliche Kontakte zwischen den Universitäten in Kiel, Lund, Uppsala und Kopenhagen. Die begonnenen Gespräche werden fortgesetzt und vertieft.

3.9 Schleswig-Holstein als starke Transportdrehscheibe im Ostseeraum

Der wachsende Binnenhandel in der Ostseeregion sowie die anhaltende Zunahme von Handelsströmen von und nach Nord- und Nordosteuropa macht die Ostsee zu einer der bedeutsamsten Transportregionen Europas. Bereits heute werden 50 % des Außenhandels zwischen den Ostsee-Anrainerstaaten per Schiff abgewickelt. Hinzu kommen die Transportströme, die von bzw. aus Staaten außerhalb der Ostseeregion das Skagerrak und den Nord-Ostsee-Kanal passieren. Für 2010 wird ein Seetransportvolumen von 700 Millionen Tonnen auf der Ostsee erwartet. Jüngsten Prognosen zufolge wird das gesamte Seetransportaufkommen auf der Ostsee bis 2020 um 64 % steigen.¹⁰³

¹⁰³ Quellen: Deutscher Nautischer Verein, sowie „Baltic Maritime Outlook 2006“, S. 46 ff. (Internet: www.sjofartsverket.se/templates/SFVXNewsPage_5417.aspx)

Als **Transportdrehscheibe**, die den notwendigen Güterumschlag von Land auf See (und umgekehrt) nutzt, hat Schleswig-Holstein – gemeinsam mit Hamburg – eine strategische Bedeutung für die Handelsbeziehungen zwischen den Märkten West- und Nordosteuropas. Mit einem Umschlagplus von 40 % konnte sich der Lübecker Hafen innerhalb der vergangenen zehn Jahre erfolgreich als größter deutscher Ostseehafen positionieren. Die Ostseestaaten tragen heute rund 50 % zum Transitumschlag des Hamburger Hafens bei.¹⁰⁴ Mit 88 Millionen Tonnen Ladung hatte der Nord-Ostsee-Kanal 2005 mehr 9 Prozent mehr Ladungsaufkommen als im Vorjahr.

Durch den raschen Ausbau von Infrastrukturen und deren enge Verknüpfung mit den Transportwegen im Ostseeraum sind diese Funktionen zu stärken und die daraus resultierenden Standortvorteile gezielt zu nutzen. Zusätzliche Chancen erwachsen für Schleswig-Holstein im Logistik-Sektor, der über den Ausbau der Handelstransporte zusätzliches regionales Profil gewinnen kann.

Schlüsselprojekte sind die feste Fehmarnbelt-Querung, Ausbau und Beschleunigung überregional bedeutsamer Schienenverbindungen, die Ostsee-Autobahn (A 20) einschließlich Elbquerung westlich von Hamburg sowie der leistungsfähige Ausbau der Nord-Süd-Achsen A 7 und A 21. Parallel gilt es, die Leistungsfähigkeit der Seeverkehrsverbindungen („nasse Autobahn Ostsee“, Nord-Ostsee-Kanal) und der Hafen-Hinterland-Anbindungen an die Anforderungen wachsender Transportströme anzupassen.

⇒ **Vogelfluglinie, feste Fehmarnbelt-Querung:**

Der Ausbau der Vogelfluglinie Hamburg - Lübeck - Kopenhagen/Malmö und die Beschleunigung der Verbindung über den Fehmarnbelt stehen in engem Zusammenhang mit dem Projekt einer festen Fehmarnbelt-Querung:

- Grundlage der Planungen sind von Dänemark und Deutschland in Auftrag gegebene umfangreiche Machbarkeitsuntersuchungen, ein positives Votum der Landesregierung gegenüber der Bundesregierung im Dezember 1999 sowie ein 2002 abgeschlossenes Markterkundungsverfahren, in dem die private Wirtschaft ein Interesse an Planung, Bau, Finanzierung und Betrieb geäußert hat. Als Ergebnis einer Bewertung unterschiedlicher Finanzierungsmodelle stellte sich 2003 das Staatsgarantiemodell als günstigste Lösung dar (private Kreditfinanzierung, Refinanzierung über Nutzerentgelte). Im April 2004 wurden – neben der Querung selbst – auch die landseitigen Eisenbahnbindungen in Dänemark und Schleswig-Holstein in die Liste der 30 vorrangigen Projekte der „Transeuropäischen Verkehrsnetze“ (TEN-V) aufgenommen. Danach besteht die Möglichkeit einer EU-Förderung bis zu 20 % der Investitionskosten.

¹⁰⁴ Hypovereinsbank: „Regionale Wirtschaftsprofile: Schleswig-Holstein“ (September 2005)

- Der Ministerpräsident hat bei seinen Gesprächen mit Spitzenvertretern der dänischen Regierung in Kopenhagen Einvernehmen darüber festgestellt, dass das Projekt für beide Seiten höchste Priorität hat. In anschließenden Gesprächen mit dem Bundesfinanzminister und dem Bundesverkehrsminister setzte sich der Ministerpräsident für eine rasche Entscheidung für die Realisierung des Projekts ein. Im April 2006 haben sich die Verkehrsminister Deutschlands, Dänemarks und Schleswig-Holsteins auf einen Zeitplan für die Schritte verständigt, die bis Ende 2006 zu einer Entscheidung über die feste Fehmarnbelt-Querung führen sollen.

Der zentrale offene Punkt einer Einigung ist noch das Finanzierungsmodell. Eine positive Entscheidung des Bundes noch in diesem Jahr vorausgesetzt, könnte die feste Fehmarnbelt-Querung – als Jahrhundertprojekt von transeuropäischer Bedeutung bereits seit 1992 vorgeplant – bis Ende 2017 realisiert werden.

⇒ **Schieneninfrastruktur:**

Um das zu erwartende Verkehrsaufkommen von und nach Skandinavien bewältigen zu können, sind für den Bereich der schleswig-holsteinischen Schieneninfrastruktur folgende Maßnahmen von vorrangiger Bedeutung:

- Elektrifizierung der Strecke Hamburg - Lübeck-Travemünde:** Für den Abschnitt zwischen Hamburg und Lübeck sind die Planfeststellungsverfahren abgeschlossen. Für den Folgeabschnitt bis Travemünde und den zweigleisigen Ausbau zwischen Lübeck-Kücknitz und Bad Schwartau soll in Kürze das Planfeststellungsverfahren eingeleitet werden. Das Projekt soll im 2. Quartal 2006 beginnen und bis 2009 umgesetzt werden.
- Die Beseitigung des Schienenengpasses Pinneberg - Elmshorn** soll in den kommenden Jahren durch den dreigleisigen Ausbau dieser Strecke und die Modernisierung des Bahnhofs Elmshorn erreicht werden.
- Die Grundinstandsetzung der **Eisenbahnhochbrücke Rendsburg** soll bis 2010 erfolgen.

Diese Projekte sind jeweils im Vordringlichen oder Weiteren Bedarf des 2003 beschlossenen Bundesverkehrswegeplans enthalten. Zum Ausbau der Schienenstrecke im Korridor Hamburg - Öresund im Zuge der angestrebten festen Fehmarnbeltquerung haben der deutsche, dänische und schleswig-holsteinische Verkehrsminister im Juni 2005 eine Erklärung über gemeinsame Schritte abgegeben.

⇒ **Straßenverkehr:**

Im Straßenverkehr erfordert die wirtschaftliche Expansion der nordosteuropäischen Regionen vor allem in Schleswig-Holstein, aber auch in Mecklenburg-Vorpommern die Herstellung der bislang fehlenden Ost-West-Verbindungen:

- Die **Ostsee-Autobahn A 20** ist ein prioritäres Projekt der Landesregierung von europäischer Bedeutung. Als Teil der „Transeuropäischen Netze Verkehr“ soll sie der Abwicklung

überregionaler Verkehrsströme von und nach Nord- und Nordosteuropa dienen. Seit Dezember 2005 ist die Ostseeautobahn A 20 mittlerweile zwischen der A 1 bei Lübeck und der A 11 nahe der polnischen Grenze durchgängig befahrbar.

- Die westliche Fortführung der Ostseeautobahn als **Nord-West-Umfahrung Hamburg (einschließlich Elbquerung)** soll die Anbindung Schleswig-Holsteins wie Skandinaviens an Zentral- und Westeuropa verbessern und ist in einzelnen Abschnitten planerisch weit fortgeschritten. Der erste Streckenabschnitt zwischen der A 1 und Geschendorf (B 206) ist bereits im Bau. Ziel ist, die A 20 im Jahr 2010 mit der A 21 (Hamburg – Stolpe/Kiel) zu verknüpfen. Zwischen Bad Segeberg und der A 26 in Niedersachsen wird länderübergreifend geplant. Auf der Grundlage der 2005 erfolgten förmlichen Linienbestimmung durch den Bund sollen die Planfeststellungsverfahren bis 2010 abgeschlossen werden.
- Als wichtige Nord-Süd-Verbindung (Jütlandachse) zwischen den skandinavischen Ländern und Mitteleuropa muss die **Autobahn A 7 (Hamburg – Flensburg)** als leistungsfähige und attraktive Verkehrsverbindung den wachsenden Verkehrsmengen angepasst werden. Für den angestrebten Ausbau des 5. und 6. Fahrstreifens wurde eine Realisierungsstudie zur wirtschaftlichen Machbarkeit des sogenannten „A-Modells“ (Betreibermodell) durchgeführt.¹⁰⁵

Im Ergebnis schlägt die Studie vor, den Ausbau vom Autobahndreieck Bordesholm bis zur Anschlussstelle Schnelsen-Nord als Betreibermodell und den weiteren Ausbau Richtung Süden auf dem Hamburger Stadtgebiet konventionell durchzuführen. Die Realisierung soll in mehreren Abschnitten erfolgen. Das BMVBS wird erst in 2007 über die A 7 in Schleswig-Holstein als A-Modell abschließend entscheiden. Teilabschnitte dürfen aber jetzt schon konventionell geplant und gegebenenfalls gebaut werden. Ziel ist ein Baubeginn in 2008 für den ersten Abschnitt in Schleswig-Holstein.

- Neben der A 7 hat der vierstreifige **Ausbau der B 404 zur Autobahn A 21** als zweite leistungsfähige Nord-Süd-Achse ebenfalls besondere Priorität. In weiten Teilen ist der Ausbau zwischen der A 1 (Hamburg – Oldenburg) und Stolpe bereits erfolgt. In weiteren Abschnitten soll der Ausbau 2007 beginnen. Für die letzten Streckenabschnitte bis Kiel ist mit den Entwurfsarbeiten begonnen worden. Der Bau in den einzelnen Abschnitten beginnt abhängig von den weiteren Planungsabläufen und der Bereitstellung der erforderlichen Finanzmittel durch den Bund.

⇒ **Ostseetransithäfen Lübeck und Kiel:**

Besondere Bedeutung im rasch wachsenden Seeverkehrsmarkt Ostsee haben die beiden großen Transithäfen Lübeck und Kiel mit zusammen über 30 Partnerhäfen in Skandinavien, dem Baltikum und in Russland. Sie weisen einen hohen Qualitätsstandard in der Hafeninfra-

¹⁰⁵ In diesem Modell würden Ausbau, Erhalt und Betrieb aller Fahrstreifen von einem privaten Konzessionsnehmer übernommen und finanziert werden, der als Gegenleistung das Gebührenaufkommen aus der kilometerbezogenen Autobahnmaut für schwere LKW erhielt.

struktur, der Hafensuprastruktur und auf den Hinterlandanbindungen auf. Diese werden gezielt zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit dieser Häfen im Ostseeraum ausgebaut.

Auf Ebene der Hafenbetreiber werden vielfältige geschäftliche bzw. strategische Partnerschaften mit den Korrespondenzhäfen in dem engen Netz der Fährlinien mit allen Anrainerstaaten gepflegt. Eine besondere Erwähnung verdienen beispielsweise die Repräsentanzen des Kielner Seehafens in St. Petersburg, in Tallinn und Riga. Die Lübecker Hafengesellschaft hat im Zusammenhang mit dem EU-Beitritt Polens mit dem Hafen Stettin (Szczecin) eine gemeinsame Umschlagstochter, die „Cross Baltic Terminaloperators“, gegründet.

Zwischen Lübeck und Hamburg verfestigt sich zunehmend eine Kooperation der Hafenwirtschaften, wodurch Lübeck zum Einfallstor Hamburgs in den wachsenden Wirtschaftsmarkt „Ostseeraum“ wird. Die Elektrifizierung der Bahnstrecke zwischen beiden Städten wird dieser Entwicklung weiteren Auftrieb geben. In Kiel gibt es ebenfalls Überlegungen, für Überseecontainer eine Sammel- und Verteilerfunktion für den östlichen Ostseeraum aufzubauen.

⇒ **Nord-Ostsee-Kanal:**

Der Nord-Ostsee-Kanal (NOK) als die meist befahrene künstliche Wasserstraße der Welt ist von strategischer Bedeutung für die Transportverkehre des gesamten Ostseeraumes. Der Kanal stößt jedoch in seinem östlichen Teil an seine Kapazitätsgrenzen. Die über die Überseehäfen Hamburg und Bremen abgewickelten Containerverkehre werden mit kleineren Feederschiffen von/in den Ostseeraum befördert, die ihrerseits wegen des wachsenden Containeraufkommens immer größer werden. In seinem bislang nicht ausgebauten Ostteil von Königsförde bis Holtenau erweist sich der NOK zusehends als zu eng und zu kurvig für diesen Verkehr. Größere Schiffe können nicht mehr aufgenommen werden, bereits jetzt kommt es zunehmend zu Wartezeiten und Schwierigkeiten im Begegnungsverkehr.

Mit der Erteilung des Planungsauftrags für die Anpassung der Oststrecke des Kanals hat der Bund im Jahr 2005 einen ersten wichtigen Schritt zur Realisierung dieses Ziels eingeleitet. Nach derzeitiger Vorstellung der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes soll die technische Planung der NOK-Anpassungsmaßnahme bis 2008 erfolgen. Danach würde das Planfeststellungsverfahren anlaufen, nach dessen Abschluss im Jahr 2009 Baubeginn sein könnte. Fertigstellung wäre dann im Jahr 2014/15.

Der Nord-Ostsee-Kanal ist als Transeuropäisches Verkehrsprojekt der EU eingestuft, allerdings nur in Verbindung mit Projekten zu den „Baltic Sea Motorways“. Hieraus könnte eine Kofinanzierung von 10-20 % resultieren, die der Bund heranziehen sollte.

Die Landesregierung wird sich in Anbetracht des hohen verkehrspolitischen Stellenwerts des Kanals auch in Zukunft für eine zügige Einleitung und Umsetzung der Anpassungsmaßnahmen und der Schleusensanierung an den Verkehrsbedarf der Zukunft einsetzen. Es kommt nun zunächst darauf an, dass die erforderlichen Ressourcen für die Planung bereitgestellt werden und die Planung so schnell wie möglich erfolgt.

4. Aktuelle Entwicklungen der Ostseekooperation

Die Vollendung der EU-Erweiterung im Mai 2004 war ein prägendes Element der Zusammenarbeit im Ostseeraum, deren Auswirkungen unverändert anhalten. Standen in vergangenen Jahren eigene Bemühungen der Ostseeanrainerstaaten im Vordergrund, die Beitrittsfähigkeit der neuen EU-Mitgliedstaaten der Region zu unterstützen, so steht derzeit das Ziel im Vordergrund, die Strukturen und Gremien der Ostseezusammenarbeit an die durch die EU-Erweiterung veränderten Rahmenbedingungen anzupassen.

Parallel dazu findet mit dem Auslaufen der aktuellen EU-Strukturfondsperiode eine Neuaustrichtung der im Ostseeraum wirksamen EU-Politiken statt:

- An die Stelle der bisherigen EU-Gemeinschaftsinitiative **INTERREG III B (Ostsee)** tritt ab 2007 das neue Programm „Ziel 3: Europäische Territoriale Zusammenarbeit“.
- Im Rahmen der „Europäischen Nachbarschaftspolitik“ (ENP) soll ab 2007 das neue **Europäische Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrument (ENPI)** treten, das die bisherigen EU-Programme TACIS und MEDA ablöst. Für den Ostseeraum besonders bedeutsam wird die Umsetzung des ENPI im Rahmen der EU-Russland-Partnerschaft: Die hier bereitzustellenden Mittel sollen die Umsetzung der vom EU-Russland-Gipfel im Mai 2005 festgelegten „Vier Gemeinsamen Räume“ unterstützen und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit den benachbarten Regionen Nordwest-Russlands fördern.
- Das seit 2000 im Ostseeraum wirksame EU-Konzept der **Nördlichen Dimension** soll ab 2007 ebenfalls auf die Umsetzung der „Vier Gemeinsamen Räume“ neu ausgerichtet werden. Dieses von allen EU-Mitgliedstaaten getragene Konzept soll als eine Art „regionales Fenster“ die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit benachbarten Regionen Nordwest-Russlands und deren Einbeziehung in bestehende ostseeweite Kooperationsnetzwerke unterstützen. Die Unterzeichnung entsprechender Grundsatzdokumente ist für Herbst 2006 im Rahmen der finnischen EU-Ratspräsidentschaft geplant.

Unverändert kommt der Entwicklung des **Gebiets Kaliningrad** besondere Bedeutung zu, das mit der EU-Erweiterung zu einer russischen Exklave innerhalb der EU geworden ist. In den vergangenen Monaten ist jedoch zusehends deutlich geworden, dass die russische Regierung

dieses Thema lediglich als Gegenstand der Partnerschaftsbeziehungen zur EU ansieht, nicht jedoch als Aufgabenstellung z.B. des Ostseerates (CBSS).

Aktuell steht die Ostseekooperation vor der Herausforderung, sich als eine der wenigen eigenständig entwickelten Großregionen innerhalb einer erweiterten EU gemeinsam als ***trans-national organisierte, leistungsfähige Zukunftsregion in Europa*** zu präsentieren. Dem entspricht z.B. das Bemühen des „Baltic Development Forum“ (BDF) mit seinen Initiativen für eine „Baltic Sea Initiative 2010“ unter Einschluss einer gemeinsamen Positionierung als Wirtschaftsstandort („Branding the Baltic Sea Region“) die Agenda zu bestimmen. Auch zahlreiche INTERREG III B-Projekte – getragen v.a. von substaatlichen Institutionen – zielen auf die Stärkung der endogenen Potenziale des Ostseeraumes. Vor allem die staatliche Zusammenarbeit im Ostseeraum steht aber noch vor der Aufgabe, diesen Paradigmenwechsel von der regionalen Außenpolitik zur „gestaltenden Regionalpolitik“ auch real zu vollziehen.

Eine der wichtigsten Aufgaben ist, die Kapazitäten der Ostseeregion als „Transportachse“ zwischen dem Nordosten Europas und den Märkten West- und Mitteleuropas zu stärken. Anlass dafür bietet die im November 2005 von einer Gruppe hochrangiger Experten unter Vorsitz der ehemaligen EU-Verkehrskommissarin Loyola de Palacio vorgelegte Bericht über die Ausweitung der transeuropäischen Hauptverkehrsachsen auf die Nachbarstaaten der erweiterten EU.¹⁰⁶ Der Berichtszeitraum wurde vor allem von folgenden Ereignissen geprägt:

4.1 Ostseerat der Außenminister (CBSS), staatliche Ostseekooperation → www.cbss.org

Geprägt war die Arbeit des Ostseerates im Berichtszeitraum einerseits von der mittlerweile abgeschlossenen Überprüfung von Gremien und Strukturen in Folge der EU-Erweiterung. So wurde z.B. die Arbeit der „Task Force on Communicable Diseases Control“ (TF CDC) Ende 2004 beendet und in die im Aufbau befindliche „Northern Dimension Partnership in Public Health and Social Well Being“ (NDSP)¹⁰⁷ überführt. Planmäßig beendet wurde 2005 nach zwölf Jahren erfolgreicher Arbeit das CBSS-Projekt der Euro-Fakultäten an den Universitäten Tartu, Riga und Vilnius. Deren Arbeit wird in dem von den drei Universitäten gemeinsam betriebenen Projekt „EuroBaltic Centres of Excellence“ fortgeführt.¹⁰⁸

Zum anderen sucht der Ostseerat noch erkennbar nach seiner veränderten eigenen Rolle nach der EU-Erweiterung. Mit Blick auf die im Ostseeraum wirkenden EU-Politiken stellt sich das Problem, dass acht der elf Mitgliedstaaten des Ostseerates in anderer Formation auch am

¹⁰⁶ Internet: http://europa.eu.int/comm/ten/transport/external_dimension/hlg/index_en.htm

¹⁰⁷ Internet: <http://www.ndphs.org>

¹⁰⁸ Abschlussbericht „EuroFaculty Report 1993-2005“ im Internet verfügbar unter:
<http://ec.ut.ee/EuroFaculty/>
für „EuroBaltic Center of Excellence“ siehe: <http://www.eurobaltic.lv/index.html>

Tisch des EU-Ministerrates der EU-25 sitzen, während das Ostseerat-Mitglied Russland entschieden darauf besteht, seine Interessen im Kontext von EU-Politiken ausschließlich im Rahmen der EU-Russland-Partnerschaft unmittelbar mit der EU zu erörtern.

Vor diesem Hintergrund hat u.a. **HELCOM** einen neuen Weg beschritten: Mit dem „Baltic Sea Action Plan“ zielt diese auf Grundlage eines eigenen Vertrages 1980 etablierte Organisation darauf, einen eigenen regionalen Beitrag zur Meeressumweltstrategie der EU zu leisten, der von der EU-Kommission explizit gewürdigt wird.¹⁰⁹ CBSS selbst engagiert sich – entgegen früheren Gewohnheiten – unmittelbar in einem INTERREG III B-Projekt: „**Baltic Euroregional Network**“ (**BEN**) zielt auf eine Stärkung von Euroregionen und anderen Formen grenzüberschreitender Zusammenarbeit auf regionaler und lokaler Ebene im östlichen Ostseeraum.¹¹⁰ Mit dieser Projektbeteiligung, in der das CBSS-Sekretariat funktionale Aufgaben wahrnimmt, hat die **Zusammenarbeit mit dem Nordischen Ministerrat**, der die Projektführerschaft hat, eine neue Qualität erreicht.

Das **13. CBSS-Ministertreffen** (Juni 2005, Szczecin/Polen) stand ebenfalls erkennbar im Zeichen des Umbruchs und setzte keine neuen Akzente. Die in der Abschlusserklärung formulierte Bereitschaft, eine tragende Rolle bei der regionalen Umsetzung der strategischen EU-Russland-Partnerschaft einnehmen zu wollen, ist bislang nicht umgesetzt worden. Hingegen konnte auf Initiative der norddeutschen Länder ein Passus in die Abschlusserklärung eingebbracht werden, der die Notwendigkeit sicherer und leistungsfähiger Transportsysteme zur Wahrung der europaweiten Bedeutung der Transportregion Ostsee unterstreicht.¹¹¹ Für die norddeutschen Länder hat Staatsrat Stuth (Hamburg) am Ministertreffen teilgenommen. Die Ergebnisse des **6. Ostsee-Gipfeltreffens der Regierungschefs** (7.-8. Juni 2006, Reykjavik) lagen zum Redaktionsschluss dieses Berichts noch nicht vor.¹¹²

Der erkennbare Mangel an politischen Initiativen wird u.a. dadurch erklärlich, dass der **polnische CBSS-Vorsitz**¹¹³ (2004/2005) unmittelbar nach dem EU-Beitritt Polens einen geringeren Stellenwert auf der Agenda der polnischen Regierung einnahm als z.B. die Ausfüllung der Rolle als EU-Mitgliedstaat oder die Wahrnehmung polnischer Interessen an intensiveren Beziehungen der EU zur Ukraine. Mit dem aktuellen **isländischen Vorsitz**¹¹⁴ (2005/2006) übernahm diese Aufgabe erstmals ein kleines Land, das zwar eng in die nordische Zusammenarbeit eingebunden, aber mit dem Ostseeraums unmittelbar wenig verbunden ist.

¹⁰⁹ Internet: http://www.helcom.fi/press_office/en_GB/ConferenceVersion02
(siehe auch: <http://europa.eu.int/comm/environment/water/marine.htm>)

¹¹⁰ Internet: <http://www.benproject.org>

¹¹¹ Dokumente im Internet unter: <http://www.cbss.org/documents/cbsspresidencies/13polish/szczecin>

¹¹² Informationen im Internet unter: <http://www.cbss.org/summits/reykjavik2006>

¹¹³ Internet: <http://www.cbss.org/documents/cbsspresidencies/13polish>

¹¹⁴ Internet: <http://www.cbss.org/documents/cbsspresidencies/14icelandic>

Umso größere Erwartungen gelten daher dem kommenden Vorsitz **Schwedens** (bis Juni 2007), zumal parallel Finnland im 2. Halbjahr 2006 die EU-Ratspräsidentschaft führen wird. Bereits beim CBSS-Ministertreffen in Szczecin (Juni 2005) hatte die damalige schwedische Außenministerin eine stärkere Rolle des Ostseerates in enger praktischer und politischer Zusammenarbeit mit der EU in Aussicht gestellt.

Bei der Umsetzung des 2. Aktionsplans der „**Nördlichen Dimension (ND)**“¹¹⁵ hat CBSS selbst keine herausgehobene Rolle eingenommen. Eher engagieren sich einzelne Ostseestaaten und Gremien des Ostseerates wie die Energiekooperation BASREC oder die „Task Force on Organised Crime“ (TFOC).¹¹⁶ Noch 2003 hatte CBSS eigene Vorschlägen zur Erstellung des 2. ND-Aktionsplans vorgelegt.¹¹⁷ Bei den Vorarbeiten auf die Neuausrichtung der ND ab 2007 aber hält er sich erkennbar zurück. Dies obwohl in der von der Europäischen Kommission Ende 2005 neu erstellten Übersicht „Northern Dimension Information System“ zahlreiche Projekte der Ostseestaaten, aber auch der norddeutschen Länder die Leistungsfähigkeit des Ostseeraums zur Umsetzung des Konzepts der ND abbilden.¹¹⁸

Darüber hinaus war die Arbeit des Ostseerates von Kontinuität geprägt sowie von Initiativen, die vorwiegend von einzelnen Mitgliedstaaten ausgingen:

- Das Projekt der **Eurofakultät Kaliningrad (EF-K)** wird fortgeführt, im Wesentlichen getragen von Dänemark, Deutschland und Schweden und unterstützt von Norwegen und Polen.¹¹⁹ Erwogen wird, das Konzept auf die Universität in Pskov auszuweiten.
- Die Reihe des im Jahr 2001 vom damaligen deutschen Ostseeratsvorsitz initiierten Dialogs mit den Nicht-Regierungsorganisationen des Ostseeraums wurde mit dem **5. Baltic Sea NGO Forum** (12./13. Mai 2005, Gdynia/Polen) fortgesetzt.¹²⁰
- Die vor allem auf Initiative Schwedens und Deutschlands verfolgte Ausweisung der Ostsee als **PSSA** („besonders empfindliches Seegebiet“) wurde im November 2005 endgültig von der Internationalen Schifffahrtsorganisation (IMO) genehmigt.
- Gemeinsam mit Polen hat Schweden die Führung im INTERREG-Projekt „EuroBaltic“, das auf die Stärkung der **zivilen Sicherheit im Ostseeraum** zielt.¹²¹
- Die **Task Force on Organized Crime**, in der das Landeskriminalamt Schleswig-Holstein seit 1999 aktiv mitwirkt, steht seit Ende 2004 unter finnischem Vorsitz und koordiniert die

¹¹⁵ siehe hierzu ausführlicher: Kapitel 3.4 des Berichts; 2. ND-Aktionsplan im Internet verfügbar unter: http://europa.eu.int/comm/external_relations/north_dim/ndap/ap2.htm

¹¹⁶ vgl. „2004 Annual Progress Report on the Implementation of the Northern Dimension Action Plan“ (europa.eu.int/comm/external_relations/north_dim/doc/rep2004_annual_action_plan_report.pdf)

¹¹⁷ „Contributions towards a ND AP 2004-2006“ Internet: www.cbss.st/documents/euand_baltic_region/eund/contributionsfinal.pdf

¹¹⁸ Internet: http://europa.eu.int/comm/external_relations/north_dim/nis/index.htm

¹¹⁹ Informationen im Internet unter: <http://www.eurofaculty.albertina.ru>

¹²⁰ Abschlusserklärung des NGO-Forums 2005 (Gdynia) im Internet: <http://www.cbss-ngo-pl.org> (oder: <http://www.cbss.org/documents/cbsspresidencies/13polish/ngoforum>)

¹²¹ Internet: <http://eurobaltic.srv.se>

Zusammenarbeit in den Bereichen Drogenhandel, Schmuggel, Menschenhandel, Umweltkriminalität sowie Terrorismusabwehr.¹²²

Das zur Unterstützung des Ostseerates und als zentraler Informationspunkt 1998 in Stockholm eingerichtete **CBSS-Sekretariat** steht seit September 2005 unter der Leitung der ehemaligen Vizepräsidentin des Schleswig-Holsteinischen Landtages, Dr. Gabriele Kötschau. Sie wurde beim CBSS-Ministertreffen im Juni 2005 für drei Jahre zur neuen Direktorin des Sekretariats berufen.¹²³ Unter seinem Dach bzw. in Bürogemeinschaft arbeiten eigenverantwortlich auch das Sekretariat von Baltic 21, die „Childrens‘ Unit“ zur Unterstützung der CBSS-Arbeitsgruppe „bedrohte Kinder“ („WGCC – Working Group for Cooperation on Children at Risk“) sowie das Sekretariat der „Northern Dimension on Public Health and Social Wellbeing“ (NDPHS).¹²⁴ Das bislang ebenfalls unter diesem Dach eingerichtete Sekretariat der Ostsee-Energiekooperation BASREC hingegen, das über drei Jahre vom Nordischen Ministerrat finanziert wurde, ist zu Jahresbeginn 2006 geschlossen worden; die Sekretariatsaufgaben werden seitdem vom jeweiligen BASREC-Vorsitzland wahrgenommen.¹²⁵

Im Berichtszeitraum fanden mehrere **Ostsee-Fachministerkonferenzen** statt:

- Das Treffen der für **Kinder- und Familienfragen** zuständigen Minister im Mai 2005 in Oslo (Norwegen) verlängerte das Mandat der CBSS-Arbeitsgruppe „children at risk“ (WGCC) und sprach sich für eine bessere Zusammenarbeit zum Schutz unbegleiteter Kinder und zur Bekämpfung des Kinderhandels aus.¹²⁶
- Im September 2005 verabschiedete die 6. Konferenz der **Raumordnungsminister** in Gdansk (Polen) ein „Policy Document: Connecting Potentials“, das Empfehlungen zur Anpassung des erstmals 1994 beschlossenen und 2001 modifizierten Raumordnungskonzepts VASAB an die veränderten Rahmenbedingungen im Ostseeraum enthält.¹²⁷
- Das 7. Treffen der **Kulturminister** (September 2005, Bergen/Norwegen) bekräftigte die Fortsetzung der kulturellen Zusammenarbeit und würdigte „Ars Baltica“ für seine Arbeit. Schwerpunkt war die regionale Zusammenarbeit zur Sicherung des kulturellen Erbes.¹²⁸
- Im Oktober 2005 berieten die **Energieminister** in ihrer 4. BASREC-Konferenz in Reykjavík (Island) Maßnahmen zur Integration der Strom- und Gasversorgung sowie zur Verringerung der Emission von CO₂ und anderen Treibhausgasen im Ostseeraum. Zugleich beschlossen sie, die BASREC-Kooperation bis 2008 fortzusetzen.¹²⁹

¹²² Internet: <http://www.balticseataskforce.fi>

¹²³ Internet: <http://www.cbss.org/structure/secretariat>

¹²⁴ siehe im Internet unter: <http://www.baltic21.org>, <http://www.childcentre.info> sowie <http://www.ndphs.org>

¹²⁵ BASREC im Internet unter: <http://www.basrec.org> (oder unter: www.basrec-extra.net)

¹²⁶ Internet: <http://www.cbss.org/documents/cbsspresidencies/13polish/childrenministerial>

¹²⁷ „Visions and Strategies around the Baltic Sea“ (Internet: <http://www.vasab.org.pl>)

¹²⁸ Internet: <http://www.cbss.org/documents/cbsspresidencies/14icelandic/culture/>

¹²⁹ Internet: <http://www.basrec.org/conferences/dbaFile7722.html>

- Ein informelles Treffen der **Umweltminister**, das auf Einladung der schwedischen Regierung im November 2005 in Stockholm stattfand, sprach sich für verstärkte gemeinsame Anstrengungen beim Meeresschutz aus. Der von HELCOM angestrebte „Baltic Sea Action Plan“ soll zum Pilotprojekt der EU-Meeresumweltschutzstrategie werden.¹³⁰

Die wirtschaftsnahen Ostsee-Organisationen treten verstärkt für eine engere Zusammenarbeit zur Stärkung des Wirtschaftsraums Ostsee ein. Das vom ehemaligen dänischen Außenminister Ellemann-Jensen geleitete **Baltic Development Forum (BDF)** startete bei seinem „BDF Summit 2004“ in Hamburg eine „Baltic Sea Initiative 2010“, die auf die Stärkung von Innovation sowie der globalen Wettbewerbsfähigkeit der Ostseeregion zielt. Beim „BDF Summit 2005“ in Stockholm legte das BDF bereits einen zweiten „State of the Region Report“ vor, in dem Stärken und Schwächen des Wirtschaftsraums Ostsee analysiert werden.¹³¹

Die Ostseekooperation der Handelskammern (**Baltic Sea Chambers of Commerce Association / BCCA**) verfolgt weiter ihr Ende 2003 vorgelegtes Konzept „T3 – Triple Trade in Ten Years“ und konzentriert sich auf den Aufbau von Infrastrukturen und den Abbau bestehender Handelsbarrieren.¹³² Hierzu sowie zur Verbesserung der Grenzübergangssituation an den Grenzen zu Russland hat der vom Ostseegipfel 1996 eingesetzte **Business Advisory Council (BAC)** zum Ostseerats-Ministertreffen im Juni 2005 ein Memorandum vorgelegt.¹³³ Kein Gegenstand der Ostseekooperation ist das russisch-deutsche Projekt „**Ostseepipeline**“ (Nordeuropäische Gas-Pipeline), das bei den Ostseeanrainerstaaten Polen, Litauen, Lettland und Estland für Verstimmung gesorgt hat.

Mit dem 2004 eingerichteten „**Baltic Sea Portal**“ hält der Ostseerat eine zentrale Informationsplattform im Internet für verschiedenste Organisationen der Ostseekooperation vor.¹³⁴ Das 2001 in enger Zusammenarbeit u.a. mit den Kammern eingerichtete Internet-Portal „**Baltic Market**“ wird seit 2004 vom Bundeswirtschaftsministerium unterhalten und bietet praktische Informationen und Hilfestellungen insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) für die wirtschaftliche Zusammenarbeit im Ostseeraum.¹³⁵

4.2 Ostsee-Parlamentarierkonferenz (BSPC)

➔ www.bspc.net

Die Ostseeparlamentarierkonferenz hat sich im Jahr 2005 auf die Weiterentwicklung der **parlamentarischen Dimension im Ostseeraum** konzentriert, die in enger Abstimmung mit dem

¹³⁰ Internet: <http://www.cbss.org/documents/cbsspresidencies/14icelandic/dbaFile9207.pdf>

¹³¹ weitere Informationen im Internet unter: <http://www.bdforum.org>

¹³² weitere Informationen im Internet unter: <http://www.bcca.ws>

¹³³ weitere Informationen im Internet unter: <http://www.chamber.se/bac>

¹³⁴ Internet: <http://www.balticsea.net>

¹³⁵ Internet: <http://www.balticmarket.org>

Ostseerat (CBSS) erfolgt. Bislang fand der politische Dialog zwischen dem Ostseerat und der Ostseeparlamentarierkonferenz im Wesentlichen auf den Jahreskonferenzen statt. Dies ist mit der auf der 14. Ostseeparlamentarierkonferenz in Vilnius 2005 geänderten Geschäftsordnung der BSPC in Zukunft anders geregelt:

- Der Ständige Ausschuss der BSPC tritt zweimal im Jahr in erweiterter Form zusammen (Extended Standing Committee), in dem jedes teilnehmende Parlament mit je 1 Mitglied vertreten ist. Dieses neue Gremium soll die Redaktion der Schlussresolution der jeweils folgenden Jahreskonferenz erarbeiten und die Umsetzung der letzten Konferenz-Resolution koordinieren. Diese Neufassung der Geschäftsordnung erhöht den Wirkungsgrad der BSPC in zweifacher Hinsicht: durch eine breit angelegte Partizipation in den eigenen Reihen und durch einen engen Schulterschluss mit dem Ostseerat.
- Darüber hinaus legt der Ständige Ausschuss der BSPC (Standing Committee) in enger Absprache mit dem Ostseerat ein jährliches Arbeitsprogramm vor. Der Ständige Ausschuss konzentriert sich dabei auf parlamentarische Kernkompetenzen und vertieft die jeweiligen Themen in Arbeitsgruppen bzw. nutzt die in den Parlamenten vorhandenen Arbeitsstrukturen in Gestalt der Ausschüsse.

Diese neue Geschäftsgrundlage füllt der aktuelle isländische BSPC-Vorsitz durch sein Arbeitsprogramm 2005/2006 aus. Hierin hat der Ständige Ausschuss die Themen Integrierte Europäische Meerespolitik, Demokratie, Nördliche Dimension, Europäische Nachbarschaftspolitik und Kaliningrad, Stärkung der Bürgergesellschaft sowie Infrastrukturvorhaben in den Bereichen Energie und Verkehr aufgenommen.

Bei der 15. Ostseeparlamentarierkonferenz im September 2006 stehen die Themenschwerpunkte Integrierte Europäische Meerespolitik und Nördliche Dimension im Vordergrund.

Integrierte Europäische Meerespolitik: Meeresumweltverschmutzung, sinkende Fischbestände oder die Gewährleistung der Sicherheit auf den Meeren und in Häfen sind von einzelnen Mitgliedstaaten allein nicht zu bewältigen. Folglich werden die Ostseeparlamentarier frühzeitig auf den politischen Rahmen für eine Integrierte Europäische Meerespolitik Einfluss nehmen und die Interessen der Meeresregion Ostsee auf EU-Ebene zur Geltung bringen.

Dabei wird es u.a. darauf ankommen, die Strategie der Europäischen Kommission zum Schutz und zur Erhaltung der Meeresumwelt als „Umweltsäule“ mit dem Grünbuch zur EU-Meerespolitik zu verknüpfen. Die BSPC spricht sich dafür aus, Meeresschutz und Meeresnutzung zu koppeln und eine kohärente Politik für die Meeresregion Ostsee zu entwickeln.

Eine im Januar 2006 eingesetzte **BSPC-Arbeitsgruppe „Eutrophierung“** soll hierzu einen Beitrag leisten. Dabei geht es u.a. um Abwasserbehandlung, den Einfluss der Landwirtschaft

auf die Überdüngung der Ostsee, die Zusammenarbeit mit Belarus und Ukraine sowie um Finanzierungsprogramme und Abgrenzungskriterien für prioritäre Projekte. Die AG wird der 15. BSPC (September 2006, Reykjavik) einen Zwischenbericht vorlegen und der 16. BSPC (August 2007, Berlin) ihre Ergebnisse in Form eines Resolutionsentwurfs vorstellen.

In den vergangenen Jahren hat sich die BSPC intensiv mit dem Themenfeld Maritime Politik befasst. Angefangen bei der Schiffssicherheit über die Arbeitsgruppe Eutrophierung bis hin zum Thema Integrierte Europäische Meerespolitik leistet die BSPC einen beachteten Beitrag zu der Entwicklung einer regionalen Meeresstrategie für den Ostseeraum.

Nördliche Dimension: Der erweiterte Ständige Ausschuss (Extended Standing Committee) hat erstmals Anfang 2006 den Vorschlag der Europäischen Union zur Weiterentwicklung der Politik der Nördlichen Dimension (ND) nach 2007 zu diskutieren.¹³⁶ Er plädiert für eine Beteiligung der Parlamente an dem Prozess zur Weiterentwicklung der ND und versteht sich als Diskussionsforum für die Begleitung dieses Prozesses. Er fordert eine Fortsetzung der ND-Partnerschaftsinstrumente für Umwelt bzw. Gesundheit und schlägt vor, diese Instrumente auf andere Bereiche wie z.B. Transport/Infrastrukturen zu übertragen. Besonderes Augenmerk sollte auf die Arktische und die Barentsregion gelegt werden. Vor diesem Hintergrund hat die BSPC an die EU appelliert, ausreichend Experten und finanzielle Unterstützung für eine erfolgreiche Weiterentwicklung der Nördlichen Dimension zur Verfügung zu stellen.

4.3 Konferenz der Subregionen (BSSSC)

➔ www.bssc.com

Unter dem Vorsitz der südschwedischen Region Skane hat sich die „Konferenz der Subregionen des Ostseeraumes“ (BSSSC) deutlich zu einer politischen Organisation weiterentwickelt, die auf Themen der EU-internen Ostseepolitik sowie auf Anforderungen an die im Ostseeraum wirksamen EU-Politiken fokussiert. Dabei stützt sie sich zusehends mehr auf Beiträge, die die in der BSSSC aktiven Regionen eigenständig entwickeln und einbringen.

Zu den aktuellen Schwerpunktthemen zählen die Weiterentwicklung der **Nördlichen Dimension** sowie die Fortführung der **EU-Strukturfonds** ab 2007 im Ostseeraum: Hierzu brachte die BSSSC im Oktober 2005 eigene Positionspapiere in die Diskussion, die zuvor von Arbeitsgruppen unter Leitung des dänischen Amtsratsvereins („Amtsradsforeningene“) bzw. Schleswig-Holsteins und seiner finnischen Partnerregion Ostrobothnia erarbeitet wurden.

Stark engagiert sich die BSSSC für eine Position des Ostseeraums im Rahmen der **Europäischen Meerespolitik**: Im Juni 2005 beschloss der BSSSC-Vorstand ein Positionspapier un-

¹³⁶ siehe hierzu Abschnitt 4.4 dieses Berichts

ter dem Titel „The Baltic Sea Perspective“. Gemeinsam mit Schleswig-Holstein wird BSSSC im Rahmen ihrer Jahreskonferenz (September 2006) in Kiel die regionale Konsultationskonferenz zum Grünbuch „Europäische Meerespolitik“ für den Ostseeraum ausrichten.

Schiffssicherheit und **Transport / Infrastrukturen** sind weitere wichtige Themen, bei denen sich BSSSC auf die Arbeit der von südschwedischen Regionen koordinierten INTERREG III B-Projekte „Baltic MaSTER“ und „Baltic Gateway“ stützen kann.¹³⁷ Die BSSSC-Arbeitsgruppe „Transport & Infrastructure“ erarbeitet derzeit einen Bericht „Transport Infrastructure Planning in the Baltic Sea Region“, der im Herbst 2006 vorgelegt werden und Wege zu einer multimodalen Transportstrategie für den Ostseeraum aufzeigen soll.

Im Bereich **Umwelt / nachhaltige Entwicklung** liegt die Federführung beim norwegischen Regionalverband „Eastern Norway County Network“. Über die Koordinierung der entsprechenden BSSSC-Arbeitsgruppe hinaus hat diese Partnerregion Schleswig-Holsteins auch die aktive Vertretung der BSSSC bei der internationalen Konferenz „Baltic Sea Day“ in St. Petersburg Anfang März 2006 übernommen.

Im Mittelpunkt der **13. BSSSC-Jahreskonferenz** (Oktober 2005, Szczecin/Polen) stand das Thema „Wachstum, Innovation und Wettbewerbsfähigkeit – Schlüsselherausforderungen für die Ostseeregion“. In ihrer Schlussresolution sprach sich die Konferenz für die Fortführung des Programms INTERREG III B über 2006 hinaus sowie dessen enge Verknüpfung mit dem künftigen „Europäischen Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrument“ im Ostseeraum aus. Zugleich forderte sie ein abgestimmtes Ostseekonzept im Rahmen der EU-Politiken „Transeuropäische Netze Verkehr“, „Motorways of the Sea“ und „Short Sea Shipping“.

Die Vertretung der BSSSC in Brüssel („**BSSSC Brussels Antenna**“) ist Anfang 2005 vom Hanse-Office auf das dortige südschwedische SydSam-Verbindungsbüro übergegangen. Zu den Aktivitäten in Brüssel zählen u.a. regelmäßige Kontakte zu Mitgliedern des Ausschusses der Regionen aus dem Ostseeraum sowie zur „Baltic Europe Intergroup“ des Europäischen Parlaments. Starke Beachtung erfuhr darüber hinaus die Konferenz „Baltic Sea Region – Perspectives 2010“, die im November 2004 in Brüssel von den EU-Verbindungsbüros mehrerer Regionen aus dem Ostseeraum gemeinsam ausgerichtet worden war.¹³⁸

Mit der 14. BSSSC-Jahreskonferenz im September 2006 in Kiel geht der BSSSC-Vorsitz auf den norwegischen Regionalverband Eastern Norway County Network über. Damit wird diese Führungsaufgabe nach der polnischen Wojewodschaft Pommern und der südschwedischen

¹³⁷ Internet: <http://www.balticmaster.org> bzw.: <http://www.balticgateway.se>

¹³⁸ Internet: <http://www.cbss.org/documents/cbsspresidencies/13polish/finalconferencereport.pdf>

Region Skane zum dritten Mal von einer Partnerregion Schleswig-Holsteins übernommen, das in der Gründungsphase 1994-1997 einst selbst diese Aufgabe wahrgenommen hatte.

4.4 EU-Ostseopolitik

Mit der EU-Erweiterung ist im Mai 2004 ein Prozess vollendet worden, der zuvor über lange Jahre die Ostseekooperation selbst, aber auch die Wahrnehmung des Ostseeraums durch die Europäische Union geprägt hatte. EU-Instrumente, die zuvor die Beitrittsfähigkeit der neuen Mitgliedstaaten stärken sollten, sind ausgelaufen und durch die gleichberechtigte Teilhabe an Strukturfonds und anderen Förderprogrammen der EU ersetzt worden. Planungen für transeuropäische Verkehrsinfrastrukturen, die zuvor im Rahmen des „Transport Infrastructure Needs Assessment“ (TINA) lediglich an die Planungen der „Transeuropäischen Netze Verkehr“ angehängt worden waren, sind mittlerweile in diese integriert worden.

Für die Europäische Union steht die Ostseeregion im Rahmen der EU-Russland-Beziehungen außenpolitisch im Blickpunkt. Zugleich bescheinigt die EU der Ostseeregion im Rahmen der Analyse von INTERREG III B, eine der am weitesten und erfolgreichsten integrierten Großregionen in Europa zu sein. Angesichts der strategischen Bedeutung des Ostseeraums als Transportdrehscheibe, aber auch mit Blick auf vernetzte bzw. integrierte regionale Energieversorgungsmärkte steht die Ostseeregion in der europäischen Aufmerksamkeit. Dies gilt auch für die wirtschaftliche Prosperität der Nordischen Staaten, die auf internationalen Ranking-Listen führende Plätze in Bereichen wie Wettbewerbsfähigkeit, Innovation oder Informationsgesellschaft einnehmen, oder die anhaltende wirtschaftliche Dynamik der baltischen Staaten, die mit Wachstumsraten von 7 bis 9 Prozent weit über EU-Durchschnitt liegen.¹³⁹

EU-Russland-Beziehungen¹⁴⁰: Beim EU-Russland-Gipfel in Moskau (Mai 2005) wurden in Umsetzung des zwei Jahre zuvor beschlossenen Konzepts der „**Vier Gemeinsamen Räume**“ sogenannte „Road Maps“ vereinbart. Sie sehen Maßnahmenkorridore zur Umsetzung des „Gemeinsamen Wirtschaftsraum“, des „Gemeinsamen Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts“, des „Gemeinsamen Raums der Äußeren Sicherheit und Stabilität“ sowie des „Gemeinsamen Bildungs-, Forschungs- und Kulturraums“ vor.¹⁴¹

Mit dieser Konkretisierung des 1997 vereinbarten „Partnerschafts- und Kooperationsabkommens“¹⁴², das 2007 ausläuft, verbinden beide Seiten jedoch durchaus unterschiedliche Zielsetzungen. Während die EU auch auf die Förderung politischer und wirtschaftlicher Stabilität

¹³⁹ vgl. „Global Competitiveness Report“ (www.weforum.org/gcr), „European Innovation Scoreboard“ (www.trendchart.org), „Information Society Index“ (www.worldpaper.com/2005/june/1a.html)

¹⁴⁰ eine grundsätzliche Übersicht bietet die Europäische Kommission im Internet unter: http://europa.eu.int/comm/external_relations/russia/intro/index.htm

¹⁴¹ Internet: http://europa.eu.int/comm/external_relations/russia/summit_05_05

¹⁴² Internet: http://europa.eu.int/comm/external_relations/ceeca/pca/pca_russia.pdf

sowie die Wahrung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Marktwirtschaft in Russland abhebt, steht für Russland die Öffnung europäischer Märkte für russische Produkte, Visa-Erlichterungen im Reiseverkehr und Technologietransfer im Vordergrund. Trotz unterschiedlicher Interessenschwerpunkte bestehen im Energiebereich sowie bei Justiz- und Innenpolitik immerhin gemeinsame Schnittmengen. Hingegen gibt es bei geopolitischen Fragen wie Kaukasus, Transnistrien oder den westlichen Staaten der GUS/NUS¹⁴³ eher gegensätzliche Interessen. Dem entspricht auch der gegenwärtige Stand der Verhandlungen: Während die EU stärker auf inhaltliche Fortschritte Wert legt, betont Russland die Notwendigkeit, weitere Strukturen und Gremien einzurichten.

Die Umsetzung der Gemeinsamen Räume soll aus dem ***Europäischen Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrument (ENPI)*** gefördert werden, das 2007 an die Stelle des seit 1991 laufenden EU-Programms TACIS treten soll. Auch wenn die strategische EU-Russland-Partnerschaft außerhalb der „Europäischen Nachbarschaftspolitik“ stehen wird, sollen voraussichtlich jährlich rund 40 Millionen € für Projekte der transnationalen und grenzüberschreitenden Zusammenarbeit bereitgestellt werden. Dieser Betrag läge um etwa die Hälfte unter dem Mittelansatz, der in den vergangenen Jahren aus TACIS bereitgestellt wurde. Der von der Europäischen Kommission im September 2004 vorgelegte Vorschlag für eine ENPI-Verordnung ist bislang noch nicht endgültig beschlossen worden.¹⁴⁴

Die spezifische Situation des russischen Gebiets **Kaliningrad** stellt unverändert eine besondere Herausforderung für die EU, Russland und die Ostseekooperation dar. Der Streit um Transit- und Visafragen auf dem Weg zwischen Kaliningrad und dem übrigen Russland, der bis weit in das Jahr 2004 im Vordergrund stand, gilt seit dem EU-Russland-Gipfel im Mai 2005 als beigelegt. Aus dem Programm TACIS hat die EU im Indikativprogramm für Russland (2004-2006) 25 Millionen € für Projekte in Kaliningrad bereitgestellt; Schwerpunktthemen sind hier Verwaltungsreformen, Entwicklung des Privatsektors und wirtschaftliche Entwicklung sowie die Abfederung der sozialen Transformationsprozesse.¹⁴⁵ Dennoch war in 2005 ein deutlicher Stillstand in den Bemühungen um die Entwicklung des Gebiets Kaliningrad zu bemerken. Seit der Wahl des neuen Kaliningrader Gouverneurs ist jedoch auf russischer Seite neue Bewegung zu verzeichnen. Möglich erscheint derzeit sogar eine gemeinsame Aktion Russlands und der EU zur Förderung der Entwicklung des Gebiets.

„Nördliche Dimension“ (ND)¹⁴⁶: Mit dem 2003 vom EU-Gipfel beschlossenen „2. ND-Aktionsplan 2004-2006“ hat die EU dieses ursprünglich von der damaligen finnischen EU-Rats-

¹⁴³ Ukraine, Belarus und Moldova (GUS: Gemeinschaft Unabhängiger Staaten, NUS: Neue Unabhängige Staaten)

¹⁴⁴ Internet: http://europa.eu.int/comm/world/enp/pdf/com04_628_de.pdf

¹⁴⁵ Internet: http://europa.eu.int/comm/external_relations/russia/csp/index04_06.htm

¹⁴⁶ Überblick zur „Nördlichen Dimension“ im Internet unter:
http://europa.eu.int/comm/external_relations/north_dim/index.htm

präsidentschaft 1997 initiierte politische Konzept fortgeschrieben. Neben den EU-Mitgliedstaaten schließt dieses Kooperationskonzept auch die Zusammenarbeit mit Internationalen Finanzinstitutionen wie EIB, EBRD oder der Nordischen Investitionsbank (NIB) ein. Unter Verweis auf bestehende Fördermöglichkeiten der EU sowie Internationaler Finanzinstitutionen sieht die „Nördliche Dimension“ keine gesonderten Finanzierungsinstrumente vor.¹⁴⁷

Schwerpunktthemen des aktuellen Aktionsplans sind u.a. wirtschaftliche Entwicklung, Humanressourcen, Bildung und Forschung, Öffentliche Gesundheit, Umwelt und nukleare Sicherheit, grenzüberschreitende Zusammenarbeit, Justiz und Inneres. Einen Überblick über Projekte der EU, zahlreicher Staaten, des Nordischen Ministerrates oder INTERREG III B-Projekte, die zur Umsetzung der Ziele der „Nördlichen Dimension“ beitragen, bietet die Übersicht „**Northern Dimension Information System**“ (NDIS), das die Europäische Kommission Anfang Januar 2006 in einer aktualisierten Fassung im Internet zur Verfügung gestellt hat.¹⁴⁸

Obwohl grundsätzlich der gesamte Norden Europas (einschließlich Norwegen, Island und Arktis) im Blickpunkt der ND steht, zielt dieses Konzept im Kern auf die Stärkung der Zusammenarbeit mit Russland im Ostseeraum. Unter dem Eindruck der mittlerweile vollzogenen EU-Erweiterung hat ein **ND-Ministertreffen im November 2005** Richtlinien für eine neue politische Ausrichtung der ND ab 2007 beschlossen.¹⁴⁹ Demnach soll die „Nördliche Dimension“ künftig als eine Art „regionales Fenster“ im Ostseeraum zur Umsetzung der „Vier Gemeinsamen Räume“ der strategischen EU-Russland-Partnerschaft fungieren. Die Unterzeichnung eines entsprechenden politischen Rahmendokuments ist für Ende 2006 – erneut unter finnischer EU-Ratspräsidentschaft – geplant.

Das Ziel, im Rahmen der ND gesonderte Fonds – sog. „ND-Partnerschaften“ – aufzubauen, aus denen Projekte mit Hilfe von Finanzmitteln dritter Staaten oder Internationaler Finanzinstitutionen gefördert werden, ist erst in Teilen realisiert worden.

- Die **Northern Dimension Environmental Partnership (NDEP)** ist am weitesten vorangeschritten: EU-Kommission, EU-Mitgliedstaaten, aber auch Russland und andere Drittstaaten wie Kanada haben bislang rund 226 Millionen € eingebracht, mit deren Hilfe Kredite Internationaler Finanzinstitute für Projekte in den Bereichen Umweltschutz und nukleare Abfälle eingeworben werden. Aus dem NDEP-Umweltprogramm werden so zur Zeit 16 Investitionsvorhaben in den Bereichen Heizwärme, Abfall- und Abwasserbehandlung und Energieeffizienz in Nordwest-Russland gefördert, die ein Gesamtvolumen von rund 2 Milliarden € haben.¹⁵⁰

¹⁴⁷ Internet: http://europa.eu.int/comm/external_relations/north_dim/ndap/ap2.pdf

¹⁴⁸ Internet: http://europa.eu.int/comm/external_relations/north_dim/nis/index.htm#2005

¹⁴⁹ Internet: http://europa.eu.int/comm/external_relations/north_dim/doc/guidelines05.pdf

¹⁵⁰ Internet: <http://www.ndep.org>

- Die im Oktober 2003 gegründete ***Northern Dimension Partnership in Public Health and Social Wellbeing (NDPHS)*** ist hingegen bislang noch nicht wesentlich vorangekommen.

Als Netzwerk dient es dem Erfahrungsaustausch zur Bekämpfung von HIV und anderer übertragbarer Krankheiten vor allem im östlichen Ostseeraum, einschließlich der Gesundheitsversorgung in Gefängnissen. Bei der Einrichtung eines Partnerschaftsfonds nach dem Muster der NDEP jedoch werden noch immer Organisationsfragen geprüft.¹⁵¹

Nach den Richtlinien für die „Nördliche Dimension ab 2007“ soll der Weg der Partnerschaften weiter verfolgt werden, um zusätzliche und intelligente Finanzierungsquellen zu erschließen.

INTERREG III B Ostsee¹⁵²: Das im September 2001 von der EU-Kommission genehmigte Programm ist das bisher umfassendste von den Ostseeanrainerstaaten beschlossene Raumentwicklungsprogramm und das größte Finanzinstrument für den Ostseeraum. Es hat ein Mittelvolumen von 120 Millionen € einschließlich der seit der EU-Erweiterung verfügbaren Mittel für die neuen Mitgliedstaaten; Norwegen stellt zusätzlich 12 Millionen € zur Verfügung.

Zu den strategischen Zielen des Programms gehören:

- Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Ostseeraums in der Weltwirtschaft und
- stärkere Integration des Ostseeraums, Verminderung des sozio-ökonomischen Gefälles.

Schleswig-Holstein ist auf allen Ebenen der Umsetzungsstruktur vertreten (Steering Committee, Monitoring Committee, Vorsitz im Deutschen Unterausschuss). Die Investitionsbank Schleswig-Holstein wurde von allen acht Mitgliedstaaten erneut als Verwaltungs- und Finanzbehörde für das Programm beauftragt. In bislang acht Antragsrunden wurden insgesamt 120 Projekte genehmigt, davon 31 mit maßgeblicher schleswig-holsteinischer Beteiligung. An den 120 Projekten sind über etwa 2000 Organisationen und Institutionen aus dem gesamten Ostseeraum (einschließlich Russland und Weißrussland) beteiligt.

Die Anzahl der Projekte, der Projektpartner und die Höhe des Fördervolumens sind auch als wichtige Indikatoren für die anhaltend dynamische Entwicklung des Ostseeraums zu werten. Die sich bildenden Netzwerke, Entwicklungszonen (z.B. die südwestliche Ostseeregion – STRING) und Verkehrsachsen werden zu einem höheren Integrationsgrad der Ostseekooperation insgesamt führen und die Wettbewerbsfähigkeit des Ostseeraums stärken.

Seit Mai 2004 wurden die vier neuen Mitgliedstaaten Polen, Litauen, Lettland und Estland erfolgreich in das Ostseeprogramm integriert. Dies schlägt sich auch in der Einrichtung eines Zweigbüros des INTERREG III B-Programmsekretariats in Riga niederschlägt. Im Rahmen einer neuen Europäischen Nachbarschaftspolitik wurde in einem gesonderten Schwerpunkt die Zusammenarbeit mit Russland und Belarus in das Ostseeprogramm integriert. Die Erfah-

¹⁵¹ Internet: <http://www.ndphs.org>

¹⁵² Internet: <http://www.bsrinterreg.net/>

rungen dieser Zusammenarbeit sollen in die Ausgestaltung des künftigen „Europäische Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrument“ (ENPI) einfließen, das in Teilen integraler Bestandteil des Folgeprogramms zu INTERREG III B werden soll.

Im Vorgriff auf die grenzüberschreitenden Programme des künftigen ENPI (ab 2007) sind im Zuge der EU-Erweiterung drei neue INTERREG-A-Programme an den EU-Außengrenzen im Ostseeraum eingerichtet worden, von denen zwei (Estland – Lettland – Russland, Litauen – Polen – Belarus) im Rahmen des INTERREG III B-Programms Ostsee verwaltet werden.¹⁵³

Im Rahmen der neuen EU-Strukturfondsperiode 2007-2013 soll INTERREG III B in das neue Programm „Ziel 3: Europäische Territoriale Zusammenarbeit“ überführt werden. Nachdem die Grundsatzentscheidungen für eine Fortführung im Ostseeraum gefallen sind, laufen z.Zt. bereits die Arbeiten zur Erstellung des neuen Programms und der künftigen Verwaltungs- und Finanzierungsstrukturen in der neuen Programmphase.

Transeuropäische Verkehrsnetze (TEN-T)¹⁵⁴: Im Rahmen der Revision der „Transeuropäischen Verkehrsnetze“ waren 2004 Projekte wie die feste Fehmarnbelt-Querung oder die „Meeresautobahnen“ (einschl. Nord-Ostsee-Kanal) neu in die Liste der prioritären Projekte aufgenommen worden. Ende 2005 hat eine Gruppe hochrangiger Experten unter Vorsitz der ehemaligen EU-Verkehrskommissarin Loyola de Palacio einen Bericht über die Ausweitung der transeuropäischen Hauptverkehrsachsen auf die Nachbarstaaten der erweiterten EU vorgelegt. Mit diesem Bericht kommen weitere Infrastrukturverbindungen im Ostseeraum in die Diskussion, darunter die Transportkorridore von der finnischen Grenze via St. Petersburg nach Moskau, von den Häfen Tallinn, Ventspils und Klaipeda/Kaliningrad nach Moskau bzw. St. Petersburg.¹⁵⁵

Als Teil der „Transeuropäischen Netze Verkehr“ wird zudem das Konzept der Meeresautobahnen („Motorways of the Sea“) weiter verfolgt.¹⁵⁶ Ziel ist der Aufbau intermodaler meeresbezogener Logistikketten, die zu einer effizienten Verlagerung von der Straße auf das Schiff auf europäischen Haupt-Transportrouten beitragen sollen. Neben dem östlichen und dem westlichen Mittelmeerraum und dem Raum Atlantik/ Nordsee zählt auch die Ostseeregion (einschließlich des Ostseeraums) zu den Zielgebieten dieses Konzepts. In diesem Kontext relevant ist ebenfalls das seit 1999 von der Europäischen Kommission verfolgte Konzept zur Stärkung der Kurzstrecken-Seeverkehre („Short Sea Shipping“).¹⁵⁷

¹⁵³ Internet: <http://www.bsinterreg3a.net/>

¹⁵⁴ Internet: http://europa.eu.int/comm/ten/transport/index_en.htm

¹⁵⁵ Internet: http://europa.eu.int/comm/ten/transport/external_dimension/hlg/index_en.htm

¹⁵⁶ Internet: http://europa.eu.int/comm/transport/intermodality/motorways_sea/index_en.htm

¹⁵⁷ Internet: http://europa.eu.int/comm/transport/maritime/ssss/index_en.htm

Abkürzungsverzeichnis

BAC	Baltic Sea Business Advisory Council (Beratungsgremium zu Wirtschaftsfragen des Ostseeraums, eingesetzt durch CBSS)
BALTIC 21	A regional Agenda 21 for the Baltic Sea Region (Aktionsprogramm für nachhaltige Entwicklung im Ostseeraum)
BASREC	Baltic Sea Region Energy Co-operation
BASTUN	Baltic Sea Trade Unions Network (Ostseekooperation der Gewerkschaften)
BCCA	Baltic Sea Chambers of Commerce Association (Organisation der Handelskammern des Ostseeraums)
BDF	Baltic Development Forum (Verein zur Stärkung der wirtschaftlichen Integration im Ostseeraum)
BEAC	Barents Euro-Arctic Council (Kooperation Norwegens, Finnlands, Schwedens und Russlands in der Barents-Region)
BSSSC	Baltic Sea States Subregional Cooperation (Konferenz der Subregionen des Ostseeraums)
BSPC	Baltic Sea Parliamentary Co-operation (Ostsee-Parlamentarierkonferenz)
BSC	Baltic Sea Commission (regionale Untergliederung der Konferenz der Peripheren Küstenregionen, KPKR/CPMR)
CBSS	Conference of the Baltic Sea States (Ostseerat der Außenminister)
CSO	Committee of Senior Officials (Ausschuß höherer Beamter des CBSS)
EBRD	European Bank for Recovery and Development (Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, EBWE), London
EIB	European Investment Bank (Europäische Investitionsbank), Luxemburg
ENPI	Europäisches Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrument
EU	European Union - Europäische Union
GUS/NUS	Gemeinschaft Unabhängiger Staaten / Neue Unabhängige Staaten (englisch: CIS/NIS)
HELCOM	Helsinki Kommission
IMO	Internationale Schifffahrtsorganisation (International Maritime Organisation)
INTERREG III A	EU-Gemeinschaftsinitiative zur Förderung von Projekten grenzüberschreitender Zusammenarbeit
INTERREG III B	EU-Gemeinschaftsinitiative zur Förderung transnationaler Zusammenarbeit im Bereich der Raumordnung und Regionalentwicklung (Ostseeraum, Nordseeraum, etc.)

LANU	Landesamt für Natur und Umwelt
MBF	Ministerium für Bildung und Frauen des Landes Schleswig-Holstein
MLUR	Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein
MSGF	Ministerium für Soziales, Gesundheit, Familie, Jugend und Senioren des Landes Schleswig-Holstein
MWV	Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein
ND	Nördliche Dimension
NDEP	ND-Umweltpartnerschaft (Northern Dimension Environmental Partnership)
NDPHS	ND-Gesundheitspartnerschaft (Northern Dimension Partnership in Public Health and Social Well Being)
PCA	Partnership and Cooperation Agreement (Partnerschafts- und Kooperationsabkommen, Ende 1997 zwischen der EU und der Russischen Föderation vereinbart)
PHARE	Aufbauprogramm der EU für die EU-Beitrittsländer Mittel- und Osteuropas (seit Mai 2004 noch Bulgarien, Rumänien); für die Türkei besteht ein gesondertes Heranführungsinstrument
TACIS	Aufbauprogramm (technische Hilfe) der EU für Russland und die Staaten der „Gemeinschaft Unabhängiger Staaten“ (GUS, CIS)
TEN	Transeuropäische Netze, seit Anfang der 90er Jahre im Rahmen der Vollendung des Gemeinsamen Binnenmarktes verfolgtes Konzept von Vorrangprojekte zur besseren Vernetzung innerhalb der EU in den Bereichen Verkehr, Energie und Kommunikation
UBC	Union of the Baltic Cities (Vereinigung von Ostsee-Städten)
UKSH	Universitätsklinikum Schleswig-Holstein

Anlage 1:**Übersicht über Aktivitäten der Landesregierung im Ostseeraum
2005/2006 (Stand: Juni 2006)****Staatskanzlei**

1. Im Januar 2006 führte der Ministerpräsident seine erste Delegationsreise ins Ausland nach **Kopenhagen** und traf dort mit Ministerpräsident Fogh Rasmussen und weiteren Spitzenvertretern der dänischen Regierung zusammen. Einigkeit bestand darin, dass das Projekt der festen Fehmarnbelt-Querung von überragender strategischer Bedeutung ist. Gleichzeitig wurde die Bedeutung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit gewürdigt. Die dänische Regierung bekundete ein starkes Interesse an einer Nutzung des in Kiel geplanten Protonentherapiezentrums.
2. Im September 2004 reiste die vormalige Ministerpräsidentin nach **Stockholm und Malmö**. In Stockholm standen Gespräche mit dem Regierungschef, der Außenministerin sowie eine Audienz beim König auf dem Programm. Gezielt wurden die Themen Schiffssicherheit und Medizintechnik erörtert. In Südschweden standen Gespräche mit der Medicon Valley Academy und der politischen Spalte der Region Skane im Vordergrund. Darüber hinaus wurde ein Studiengang im Rahmen des von der Universität Lund und der FH Lübeck entwickelten Projekts „Baltic Sea Virtual Campus“ eröffnet.
3. „**Ostsee Lounge**“: Am 29. März 2006 haben der Ministerpräsident und hochrangige Vertreter aus Ostseestaaten, Schleswig-Holstein und der Bundesebene die Bedeutung des Ostseeraums und der Ostseezusammenarbeit auf einer gut besuchten Podiumsveranstaltung in der Landesvertretung dem politischen Publikum in Berlin präsentiert. Wiederholt wurde dabei der Bund zu stärkerem ostseopolitischen Engagement und politischer Präsenz in der Ostseekooperation aufgefordert. Gemeinsam werden Schleswig-Holstein und Hamburg die Veranstaltungsreihe „Ostsee-Lounge“ fortsetzen, um die Potenziale der Ostseeregion und die Bedeutung der Ostseekooperatoren stärker in Berlin zu verankern.
4. Die **Minderheiten- und Kulturbefragte** berät den Ministerpräsidenten in Fragen der deutschen Volksgruppe in Nordschleswig (Dänemark) und der dänischen Minderheit im Landesteil Schleswig. Im Auftrag des Ministerpräsidenten führt sie auch den Dialog mit den Organisationen beider Minderheiten beiderseits der deutsch-dänischen Grenze. Im September 2005 vertrat die Kulturbefragte das Land bei der 7. Konferenz der Ostseekulturministerkonferenz in Bergen (Norwegen).
5. **50 Jahre Bonn-Kopenhagener Erklärungen**: Am 29. März 1955 wurden die Bonn-Kopenhagener Erklärungen über die Rechte der beiderseitigen Minderheiten auf dem Petersberg bei Bonn unterzeichnet. Sie beziehen sich auf die ungefähr 20.000 Angehörigen der deutschen Minderheit in Nordschleswig und die ca. 50.000 Angehörigen der dänischen Minderheit im Landesteil Schleswig. Am 29. März 2005 wurde das Jubiläum dieser Erklärungen mit einem gemeinsamen dänisch-deutschen Festakt auf Schloss Sonderburg gefeiert. Die beiden Regierungschefs Deutschlands und Dänemarks gaben in Sonderburg eine Gemeinsame Erklärung ab.

Ostseekooperation im Kulturbereich:

Die Zusammenarbeit mit den **Partnerregionen im Ostseeraum** geht auf das gemeinsame Interesse am kulturellen Erbe und an der kulturellen Identität auf regionaler Ebene zurück. Dieser gemeinsame Hintergrund schafft die Voraussetzungen für ein, gerade auch im kulturellen Handlungsfeld, abgestimmtes und zukunftsorientiertes Profil. Mit der Erweiterung der EU um die vier Beitrittsländer des Ostseeraums wurde auch die Ausgangsposition Schleswig-Holsteins im kulturellen Wettbewerb verbessert.

6. Mit der **finnischen Partnerregion Ostrobothnia** besteht seit 2002 eine Kulturarbeitsgruppe, die ein- bis zweimal jährlich tagt. Sie dient der Initiierung, Koordination und Begleitung gemeinsamer Projekte. Seit 2003 wird jedes Jahr eine andere Kultursparte zum Schwerpunkt der Kooperation.
 - Anlässlich des **10-jähriges Jubiläum** der Regionalpartnerschaft mit Ostrobothnia lag der Jahresschwerpunkt 2004 auf der Kultursparte Folkmusik. In Schleswig-Holstein fanden Folkkonzerte zusammen mit finnischen Vertretern sowie ein spezielles Jubiläumskonzert statt. Im August 2004 nahmen Folk-Gruppen aus Schleswig-Holstein an zwei Folk-Festivals der Partnerregion in Kauhajoki und Lapua teil.
 - Im Jahr 2005 stand die Kultursparte **Film** im Mittelpunkt. Dieser Jahresschwerpunkt wurde durch eine Kooperation des Filmfests Schleswig-Holstein „Augenweide“ und dem Terranova Nature Film Festival in Vaasa eröffnet. Einer Präsentation finnischer Filme bei „Augenweide“ im Mai 2005 wird im November 2006 ein Schleswig-Holstein-Fenster beim finnischen Partnerfestival folgen.
 - Der Jahresschwerpunkt 2006 ist **Kunsthandwerk**. Eine gemeinsame Teilnahme von KunsthändlerInnen aus Schleswig-Holstein und Ostrobothnia an Ausstellungen, Kunsthändlermessen, Märkten und Werkstätten eröffnet neue Einblicke in das handwerkliche Schaffen der Partnerregion. Der Berufsverband Kunsthändler e.V. unterstützt hierdurch seine Mitglieder im internationalen Wettbewerb.
7. Die **grenzüberschreitende kulturelle Zusammenarbeit mit Dänemark** und insbesondere mit der **Partnerregion Sønderjylland** ist die erfolgreichste und kontinuierlichste kulturelle Kooperation im Ostseeraum. Die Kulturkooperationen konzentrieren sich auf die Grenzregion; aber auch landesweite Institutionen und Kulturschaffende aus ganz Schleswig-Holstein verwirklichen gemeinsame Projekte mit dänischen Partnern.
 - Durch zahlreiche herausragende multinationale Projekte, wie das Folkmusikfestival *folkBaltica* oder das Deutsch-Dänische Kindertheaterfestival, positioniert sich die deutsch-dänische Grenzregion als ständiger Gastgeber kultureller Ostseuprojekte.
 - Durch das unentwegte Bemühen beider Partnerregionen hat sich eine Verfestigung der Zusammenarbeit ergeben. Die Kulturfachgruppe des Ausschusses für Kultur, Gleichstellung und Sprache der Region Sønderjylland-Schleswig mit Vertretern des Amtes Sønderjylland sowie der Kreise Nordfriesland, Schleswig-Flensburg und der Stadt Flensburg hat hieran maßgeblichen Anteil.
 - Die EU unterstützt die Intensivierung dieses Austausches im Rahmen von Kultur-, Jugend- und Sportaktivitäten mit der Förderung des **Projekts „People to People“** aus INTERREG III A Mitteln.
8. Die kulturelle Zusammenarbeit mit Norwegen wird seit 2001 durch einen regelmäßigen und intensiven Informationsaustausch zwischen dem Land Schleswig-Holstein und der **Partnerregion Eastern Norway County Network** (Ostnorwegen) befördert. Kontakte zwischen Kulturaktiven werden vermittelt, neue gemeinsame Projekte angeregt und die Beteiligten bei der Realisierung beraten. Höhepunkt war die in Lübeck gezeigte und gemeinsam organisierte Ausstellung „Edvard Munch in Lübeck“.
 - 2005 wurde diese Zusammenarbeit intensiv fortgesetzt: Die vom Auswärtigen Amt anlässlich der 100-Jahr-Feiern zur Unabhängigkeit Norwegens ausgerichteten **Deutsch-schen Kulturtage in Norwegen 2005** wurden durch zahlreiche Kooperationsprojekte beider Partnerregionen bereichert. Diese bildeten zugleich den Rahmen für die Feier des 10-jährigen Bestehens der Regionalpartnerschaft.
 - Zentrale Projekte der schleswig-holsteinischen Aktivitäten bildeten eine Ausstellung mit Werken von Günter Grass im Kulturzentrum „Henie Onstad Kunstsenter“ bei Oslo sowie eine Werkschau ehemaliger schleswig-holsteinischer Stipendiaten des Künstlerzentrums Ekely im Vestfossen Kunstlaboratorium nahe Oslo.
 - Im Rahmen des Jubiläumsfestaktes in Schleswig-Holstein eröffnete der Ministerpräsident im Herbst 2005 in Kiel die „Østlandsutstillingen“, eine jährliche regionale Werkenschau von Bildenden Künstlern aus der Partnerregion, die erstmals in Deutschland zu

sehen war. Weitere Ausstellungsprojekte, Literaturveranstaltungen und Tagungen komplettierten das Programm.

9. Der **Kultauraustausch mit Polen** ist geprägt von Projekten im Rahmen des **Deutsch-Polnischen Jahrs 2005/06**, das von den Außenministerien beider Länder ausgerufen worden ist und unter Schirmherrschaft der beiden Präsidenten steht. Rund einhundert Veranstaltungen, insbesondere der Bildungsstätten im Lande sowie der Polnisch-Deutschen Sozial-Kulturellen Gesellschaft Lubeka95 in Lübeck, setzen sich mit kulturellen Gemeinsamkeiten und Unterschieden auseinander. Ausstellungen, Filme, Konzerte und Vorträge vertiefen das gegenseitige Verständnis zwischen Deutschland und Polen und fördern eine kontinuierliche Zusammenarbeit.
10. Neben den bestehenden Regionalpartnerschaften rund um die Ostsee sind neue Kontakte durch die Kulturabteilung nach **Västra Götaland** (West-Schweden) initiiert worden. Diese Gespräche finden zunächst auf Arbeitsebene statt; voraussichtlich im Frühherbst 2006 werden sie durch eine Delegationsreise schwedischer Kulturschaffender ergänzt. Bei einem ersten Kooperationstreffen mit der Regionalverwaltung standen Fragen der Kulturförderung und die Möglichkeiten im Vordergrund, gemeinsame Projekte im kulturellen Sektor zu realisieren. Im Kulturtourismus könnte durch die Fährverbindung Kiel-Göteborg wechselseitig neues Potenzial erschlossen werden.
11. Im September 2005 fand die **7. Konferenz der Kulturminister der Ostseeanrainerstaaten** in Bergen/Norwegen statt. Deutschland wurde durch seinen Botschafter in Norwegen sowie die Minderheiten- und Kulturbefragte des Landes Schleswig-Holstein vertreten. Themenschwerpunkte waren Ars Baltica und die regionalen Kooperationen zur Sicherung des kulturellen Erbes. Die Monitoring-Group zum Schutz des kulturellen Erbes wurde beauftragt, die Seminar- und Netzwerkaktivität unter finnischer Federführung fortzusetzen. Die nächste Konferenz der Kulturminister ist für 2008 in Riga/Lettland geplant.
12. **Ars Baltica** ist eines der erfolgreichsten Netzwerke kultureller Zusammenarbeit, das Schleswig-Holstein auf den Weg gebracht hat. Die von zehn Partnerländern getragene Kulturinitiative der Ostseeregion feierte bereits 2004 ihr 15-jähriges Bestehen. Ziel der Initiative ist, die Attraktivität der kulturellen Kooperationen zu steigern und das Profil von Ars Baltica im Land sowie im Ostseeraum zu erhöhen.
Das Label „Ars Baltica“ wird verstärkt für hochwertige Kulturprojekte mit schleswig-holsteinischer Beteiligung eingesetzt. Die Nordischen Filmtage Lübeck, das Archäologie-Film-Kunst-Festival Kiel CINARCHEA, das Monodrama-Festival THESPIS in Kiel sowie die Aufführung der „Sea Symphony“ von Ralph Vaughan Williams durch die Musikhochschule Lübeck und Partner-Hochschulen des Ostseeraums im November 2005 tragen nunmehr das Label von Ars-Baltica. Im Berichtszeitraum ist eine Reihe wichtiger Projekte realisiert worden:
 - Das Festival der Ostsee-Folkmusik **folkBaltica** feierte 2005 in Flensburg und der deutsch-dänischen Grenzregion Premiere. Es wird in einer breiten Trägerschaft realisiert und unter Beteiligung von Landesregierung, Ars Baltica-Partnern und Stadt Flensburg, Sponsoren und Spendern finanziert. 2005 reichte sich das Festival in die Feierlichkeiten des 100-jährigen Bestehens Norwegens und des 10-jährigen Jubiläums der schleswig-holsteinisch-norwegischen Partnerschaft ein. Der Länderschwerpunkt 2006 ist Schweden gewidmet.
 - **JazzBaltica**, 1991 als Pilotprojekt von Ars Baltica gestartet, hat sich zu einem international renommierten Festival im Landeskulturzentrum Salzau entwickelt, mit konstant hohen Besucherzahlen von ca. 4.000 Gästen. Seit 2002 ist das Schleswig-Holstein Musik Festival Veranstalter von JazzBaltica.
 - Die **4. Ars Baltica Triennale der Künstlerischen Fotografie „Curious Moves-(Ir)rational Fear“** wird zurzeit vorbereitet. Das Projekt wird aus einem internationalen Symposium, einem Residency Program sowie einer Ausstellung bestehen. Ausstellungseröffnung wird im April 2007 in der Stadtgalerie Kiel sein. Stationen sind im Esto-

nian Art Museum in Tallinn, im Pori Art Museum in Pori/Finnland und weiteren Ländern geplant. Eine Förderung durch die EU ist beantragt.

13. Die **Nordischen Filmtage Lübeck** sind eine seit Jahren etablierte und weit über Schleswig-Holstein hinaus renommierte Veranstaltung zur Präsentation erfolgreicher Filmproduktionen aus den Ostseeanrainerstaaten. Veranstalter ist die Hansestadt Lübeck mit Unterstützung der EU (Programm „Media+“), des Landes Schleswig-Holstein und einer Vielzahl von Sponsoren aus Deutschland und den nordischen Ländern. Ausgerichtet werden sie in enger Zusammenarbeit mit den Filminstituten und -stiftungen Dänemarks, Finnlands, Islands, Norwegens und Schwedens sowie den Filminstitutionen der baltischen Länder. Unterstützt werden sie von deren Dachorganisationen „Scandinavian Films“ und „Baltic Films“ sowie dem „Nordic Film & TV Fund“.

Mit 800 Branchen- und Pressevertretern und 18.000 Besucherinnen und Besuchern erfuhren die 47. Nordischen Filmtage Lübeck im Jahr 2005 breite Resonanz. „Alles für Norwegen“ lautete die Retrospektive zum 100. Geburtstag des skandinavischen Partnerlandes, die historisches Filmmaterial von den Anfängen bis in die Gegenwart zeigte.

14. Das herausragendste filmkulturelle und -wirtschaftliche Projekt der Jahre 2004-2006 war „**FilmTrain**“, ein Kooperationsprojekt der Fachhochschule Kiel, der Arbeitsgemeinschaft Geomedien der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel und der Syddansk Universitet Odense. „FilmTrain“ ist ein INTERREG III A Modellprojekt, das die Wettbewerbsfähigkeit der Medienwirtschaft und die Produktionstätigkeit in den Partnerregionen Fyns Amt und K.E.R.N. stärken soll. Teilnehmer der grenzübergreifenden Fortbildung waren junge Existenzgründer aus Schleswig-Holstein und Dänemark aus dem Bereich Film/TV- und Multi-mediaproduktion. Eine Abschlusspräsentation der filmischen Ergebnisse im Februar 2006 in Kiel veranschaulichte bildhaft den Erfolg des Projekts.

15. Die Landesregierung setzt sich für die **Aufnahme des Danewerks in die Weltkulturerbe-Liste der UNESCO** ein. Das Archäologische Landesamt hat dafür 2005 eine aus dem EU-Programm „LEADER+“ geförderte Studie über die kulturtouristischen und überregionalen Potenziale des Danewerks vorgelegt, der zufolge die fachlichen Kriterien der UNESCO als erfüllt gelten können. Ende 2005 wurde bei der Nordic World Heritage Foundation in Oslo die Frage erörtert, ob im Rahmen einer transnationalen Anmeldung gemeinsam mit anderen Nationen, die ebenfalls über bedeutende Stätten des Wikingererbes verfügen, die Aufnahme von Danewerk und Haithabu in die Welterbeliste der UNESCO erreicht werden kann. 2006 wird die für eine gemeinsame Anmeldung notwendige transnationale Allianz von Deutschland, Dänemark, Norwegen, Schweden, Island und Kanada auf fachwissenschaftlicher sowie auf politischer Ebene vorbereitet.

16. Diverse **Aktivitäten in den verschiedenen Kultursparten** beleben die kulturelle Zusammenarbeit im Ostseeraum. Die Staatskanzlei vermittelt regelmäßig Kontakte zwischen einzelnen Museen der Ostseeländer und unterstützt den einschlägigen Austausch mit den Regionen im Ostseeraum. Beispielsweise war 2005 das Theater „Die Komödianten“ in Kiel mit der deutschen Uraufführung von Henning Mankells Monodrama „Der Bagger“ Kulturbotschafter Schleswig-Holstein anlässlich der Feierlichkeiten zum 750-jährigen Bestehen Kaliningrads.

Ostseekooperation im Bereich der Erwachsenenbildung/Bildungsstätten:

Im Bereich der Erwachsenenbildung wird die Zusammenarbeit im Ostseeraum stetig ausgebaut und intensiviert. Neben den traditionell im Ostseeraum sehr engagierten Volkshochschulen setzen insbesondere die Landeszentrale für politische Bildung und die Bildungsstätten Schwerpunkte im Bereich kultureller und politischer Zusammenarbeit.

17. Ausgehend von dem Projekt „Baltic Transfer - Ostseekompetenz für Schleswig-Holstein“ arbeitet die **Academia Baltica** gemeinsam mit der Investitionsbank und der Landesregie-

rung an einer Kooperation zum Aufbau eines aktiven Informationsmanagements in einem „Baltic Information Network“.

18. Seit über 30 Jahren führt die **Landeszentrale für politische Bildung** einen deutsch-polnischen Pädagogenaustausch mit den polnischen Wojewodschaften Opole und Pomorskie durch. Neben dem Austausch von Erfahrungen werden bei den gegenseitigen Besuchen auch politische Gespräche geführt. Zudem beteiligt sich die Landeszentrale für politische Bildung neben dem IQSH und anderen nationalen und internationalen Universitäten an dem Projekt „IncludeMe“ (Intercultural learning in mentoring and student teacher training in Europe): LehramtsanwärterInnen u.a. aus Estland, Litauen und Deutschland unterrichten in den beteiligten Ländern und betreiben vor Ort politische Landeskunde. Das Projekt wird aus dem EU-Programm „Sokrates-Comenius 2.1“ finanziert.

Ministerium für Justiz, Arbeit und Europa (MJAЕ)

19. Im Mai 2006 reiste der Europaminister nach **Estland** und **Lettland**, um mit Regierungsvertretern beider Staaten gemeinsame Interessen in Themenbereichen wie Europäische Meerespolitik, Schiffssicherheit und Seeverkehr zu erörtern. Gesprächspartner waren u.a. in Tallinn der Außenminister sowie die EU-Staatssekretärin im Außenministerium, in Riga die Staatssekretäre im Umwelt- und im Verkehrsministerium.
20. Im März 2006 reiste der Europaminister nach **Helsinki und Stockholm**. Gesprächspartner waren u.a. in Helsinki der EU-Koordinator in der Staatskanzlei und der Staatssekretär im Verkehrsministerium, in Stockholm der Staatssekretär im Wirtschaftsministerium sowie Vertreter der Deutsch-Schwedischen Handelskammer. Thema der Gespräche waren gemeinsame Interessen im Rahmen einer Europäischen Meerespolitik sowie Schiffssicherheit und Seeverkehre in der Ostsee.
21. In Begleitung des Ministerpräsidenten traf der Europaminister im Januar 2006 mit Spitzenvertretern der dänischen Regierung in **Kopenhagen** zusammen und führte anschließend bilaterale Gespräche mit der Partnerregion Skane (Südschweden) in **Malmö**. Auf der Tagessordnung in Malmö standen eine engere Zusammenarbeit in den Bereichen Europäische Meerespolitik, Schiffssicherheit und Medizintechnik sowie die geplante feste Fehmarnbeltquerung. Vereinbart wurden gemeinsame Aktivitäten zur Intensivierung der Zusammenarbeit mit der Öresundregion (Großraum Kopenhagen/Malmö).
22. **STRING – Strategische Partnerschaft in der südwestlichen Ostseeregion:** Nach Abschluss der Projektphasen STRING I (1999-2001) und STRING II (2002-2004) wird der „STRING-Prozess“ auch ohne den „Schirm“ eines weiteren INTERREG Projekts zunächst für die Jahre 2004-2007 mit Fokus auf den Themen Wirtschaft/Transport, Umwelt, Kultur und Wissensgesellschaft fortgesetzt. Hamburg und Schleswig-Holstein wollen mit Partnern in Südschweden und Süddänemark im Rahmen des Projekts STRING den Bereich zwischen der Metropolregion Hamburg im Süden und der Öresundregion im Norden zur schlagkräftigen „Süd-Westlichen Ostsee“ ausbauen.
23. Die Pflege und Weiterentwicklung der regionalen **Partnerschaften** Schleswig-Holsteins im Ostseeraum sowie die Unterhaltung und Betreuung der **Schleswig-Holstein-Büros** im Ostseeraum obliegt der Abteilung Europa- und Ostseeangelegenheiten im MJAЕ.
24. Im „**Staatsvertrag zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg und dem Land Schleswig-Holstein**“ über die Zusammenarbeit in Europa-, Ostsee- und internationalen Angelegenheiten“ haben beide Länder vereinbart, in Fragen von Europa-, Ostsee- und internationalen Angelegenheiten gemeinsam aufzutreten und die institutionelle Zusammenarbeit auch durch die Unterhaltung gemeinsamer Vertretungen im Ausland durchzuführen. Als erster Schritt wurde im Oktober 2005 das **Hanse-Office St. Petersburg** als gemeinsame Vertretung der beiden Länder zur Interessenwahrung in St. Petersburg und Nord-

west-Russland eröffnet. Die bislang schon praktizierte wechselseitige Beteiligung an Delegationsreisen und gemeinsame politische Besuche in wichtigen Regionen im Ostseeraum sollen gezielt intensiviert werden.

25. Die aufgrund eines Kabinettsbeschlusses ab 1995 kontinuierlich eingerichteten **Schleswig-Holstein-Büros** in Malmö, Tallinn und Gdansk/Danzig sowie die Förderung des „Hanse-Büros/Schleswig-Holstein-Informationsbüros“ in Kaliningrad/Königsberg werden mit Zustimmung des Landtages jeweils für drei Jahre unterhalten. Dreimal wurde diese Regelung bislang verlängert. Zu der Ende 2006 auslaufenden Regelung wird eine erneute 3-Jahres-Frist mit Zustimmung des Landtages angestrebt.
26. Zwischen den Ländern Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein ist eine enge **Abstimmung der Ostseepolitik der norddeutschen Länder vereinbart**, die auch eine gemeinsame Interessenvertretung gegenüber dem Auswärtigen Amt einschließt. Die jährlich wechselnde Koordinierungsfunktion unter den norddeutschen Ländern wurde von Juli 2004 bis Juni 2005 von Hamburg (Senatskanzlei) und anschließend Mecklenburg-Vorpommern (Staatskanzlei) wahrgenommen. Mit dem Ostsee-Gipfel der Regierungschefs (Juni 2006) geht diese Funktion auf Schleswig-Holstein (MJAЕ) über.
27. In der **Konferenz der Subregionen des Ostseeraumes (BSSSC)** ist Schleswig-Holstein seit deren Gründung durch eines von zwei deutschen Mitgliedern im Board (Vorstand) vertreten. Ein Mitarbeiter des MJAЕ ist beauftragt, als norddeutsche Informations- und Kontaktstelle die Arbeit der BSSSC zu unterstützen. Vorsitz und Sekretariat des BSSSC werden seit 2000 kontinuierlich von Partnerregionen Schleswig-Holsteins wahrgenommen (2000-2004: Wojewodschaft Pomorskie/Pommern, 2004-2006: Region Skane, ab Oktober 2006: Eastern Norway County Network). Damit wird die Handlungsfähigkeit des Netzwerks schleswig-holsteinischer Partnerschaften im Ostseeraum zusätzlich gestärkt.
28. Das gemeinsam von Hamburg und Schleswig-Holstein getragene **Hanse-Office** fungiert seit Jahren als Anlaufstelle und „Fokus“ regionaler Ostseeinteressen in Brüssel:
 - Mit den Verbindungsbüros der regionalen Gebietskörperschaften des Ostseeraumes unterhält das Hanse-Office mit der sog. „**Informal Group**“ ein Netzwerk der Zusammenarbeit und des Informationsaustausches; im Zuge der EU-Erweiterung wird das Netzwerk derzeit neu gestaltet, u.a. durch eine – den Verbindungen ihrer jeweiligen Heimatbasis entsprechenden – Anbindung der einzelnen Regionalbüros an bestehende Ostseeorganisationen (z.B.: BSSSC, UBC, BCCA).
 - Mit den Ostsee-Regionalbüros, die sich in Brüssel räumlich um das Hanse-Office angesiedelt haben („*Baltic Sea House*“, „*South Denmark House*“) haben, besteht in der „**Palmerston Group**“¹⁵⁸ eine intensive regelmäßige Zusammenarbeit.
 - Zusammen mit einem Dutzend anderer Ostsee-Regionalbüros hat das Hanse-Office im November 2004 eine Konferenz zur zukünftigen Entwicklung des Ostseeraums im Hause des Ausschusses der Regionen (AdR) mit ausgerichtet („*Baltic Sea Region Perspectives 2010*“). Eine Folgekonferenz unter dem Titel „*Baltic Sea Region Perspectives – Innovation, Mobility, Integration*“ ist für November 2006 unter Mitwirkung der größeren regionalen Ostseeorganisationen geplant.
 - Mit Blick auf die Weiterentwicklung der Ostseekooperation verstärkt das Hanse-Office auch die **norddeutsche Zusammenarbeit** mit den Vertretungen der Länder Bremen, Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen.
 - Die enge Zusammenarbeit mit dem Brüsseler Verbindungsbüro der **Investitionsbank Schleswig-Holstein** zielt auf die Stärkung der Projektarbeit im Ostseeraum.
29. Von 2001-2006 wurde das **Ostseeprogramm** im Rahmen der EU-Gemeinschaftsinitiative **INTERREG III B** (2001-2006) durchgeführt. Das MJAЕ stellt den Vorsitz im Deutschen Un-

¹⁵⁸ North Sweden EU Office, Copenhagen EU Office, City of Malmö EU Office, South Sweden ERDU Office, South Jutland EU Office, Fyns EU Office, Kommune Haderslev, Odense EU Office, Tampere Central Region EU Office, EU Vest (City of Ribe), West Zealand EU Office, West Finland Office.

terausschuss und ist Mitglied im transnationalen Lenkungsausschuss (Steering Committee) sowie im Begleitausschuss (Monitoring Committee). Die Investitionsbank Schleswig-Holstein konnte erneut als Verwaltungs- und Finanzbehörde des Programms etabliert werden. In dem mit der Vorbereitung des Nachfolgeprogramms beauftragten „Joint Programming Committee“ (JPC) ist Schleswig-Holstein durch das MJAE vertreten.

30. Gemeinsam mit den **deutsch-dänischen Grenzregionen** Schleswig/Sønderjylland, K.E.R.N./Fyn und Ostholstein-Lübeck/Storstrøm hat die Europaabteilung (heute: MJAE) die drei aktuellen Programme für die Gemeinschaftsinitiative **INTERREG III A** (2000-2006) entwickelt. Die von der EU Kommission im Dezember 2001 genehmigten Programme umfassen insgesamt 33,24 Millionen € (Schleswig/Sønderjylland: 13,8 Millionen €, Ostholstein-Lübeck/Storstrøm: 9,56 Millionen €, K.E.R.N./Fyn: 9,87 Millionen €). Alle drei INTERREG-Programme werden unmittelbar vor Ort in den Grenzregionen eigenverantwortlich verwaltet; die Aufgaben des MJAE beschränken sich auf eine aufsichtsführende Begleitung. Die Vorbereitung auf die EU-Strukturfondsperiode 2007-2013 wird von den drei Grenzregionen unter Beteiligung des MJAE geleistet.
31. Im Jahr 2004 hatte die damalige Ministerpräsidentin die **Initiative „Zukunft Meer“** gestartet und sich für eine **integrative Europäische Meerespolitik** eingesetzt. Die Initiative ist bislang erfolgreich:
- Mit Neubildung der EU-Kommission wurde Ende 2004 ein Kommissar für Fischerei und Maritime Angelegenheiten ernannt und eine eigene Generaldirektion eingerichtet. Als weiteren Schritt kündigte die EU-Kommission im März 2005 die Vorlage eines Grünbuchs, also eines ersten Politikentwurfs für dieses Politikfeld, an.
 - Im September 2005 legten die Regierungschefs der norddeutschen Länder ein gemeinsames Positionspapier vor, das unter Federführung Schleswig-Holsteins erstellt worden war und der EU-Kommission übermittelt wurde.
 - Im Oktober 2005 nahm der Ausschuss der Regionen (AdR) eine Initiativstellungnahme zur EU Meerespolitik einstimmig an, die der Europaminister Schleswig-Holsteins als AdR-Mitglied eingebracht hatte.
 - Im Herbst 2005 legte die BSSSC (Konferenz der Subregionen des Ostseeraums) ein Positionspapier vor, das federführend vom Hanse-Office erstellt worden war.
 - Im Projekt „Europe of the Sea“ der KPKR (Konferenz der peripheren Küstenregionen Europas) arbeitet Schleswig-Holstein von Beginn aktiv in führender Funktion mit und hat den Ko-Vorsitz einer Arbeitsgruppe übernommen.
 - In der Expertengruppe der EU Mitgliedstaaten zur EU Meerespolitik stellt das MJAE den Vertreter der norddeutschen Länder.
 - Im April 2006 beauftragte der AdR den Europaminister, als Berichtserstatter federführend die Stellungnahme des AdR zum kommenden Grünbuch zu erstellen.
32. Im Rahmen des Konsultationsprozesses zum Grünbuch Europäische Meerespolitik der EU Kommission werden Regionalkonferenzen in allen fünf Meeresräumen der EU stattfinden. Auf Initiative des Europaministers wird die schleswig-holsteinische Landesregierung – gemeinsam mit der Baltic Sea States Subregional Cooperation (BSSSC) und Hamburg – Gastgeber der **Regionalkonferenz für den Ostseeraum** sein. Ziel der Konferenz ist es, eine spezifische Bewertung des Grünbuchs aus Sicht der politischen Akteure und Fachexperten des Ostseeraums zu bekommen und Erwartungen an eine zukünftige Europäische Meerespolitik aus Sicht des Ostseeraums zu formulieren.

Ostseekooperation im Bereich Justiz

33. In Zusammenarbeit mit der Deutschen Stiftung für internationale rechtliche Zusammenarbeit beteiligt sich das MJAE regelmäßig an dem **jährlichen Richterhospitationsprogramm**. Im Jahre 2005 hat eine Richterin aus Estland beim Landgericht Kiel hospitiert. Für das Jahr 2006 ist mit weiterer Unterstützung des Hospitationsprogramms zu rechnen.

34. Die alle zwei Jahre unter der Leitung des Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landessozialgerichts und der Landesversicherungsanstalt Schleswig-Holstein stattfindenden „**Nordischen Sozialrechtstage**“ sind für den 7./8. September 2006 in Lübeck geplant. Es werden Gäste aus mehreren Ostsee-Anrainerstaaten erwartet.
35. In Kooperation mit dem Alexander-Herzen-Programm und gefördert durch den Europarat wurde im Berichtszeitraum 2005/06 die **Entwicklungspartnerschaft mit der Strafvollzugsverwaltung der Region Archangelsk** (Nord-Russland) intensiviert. Bislang standen Beratungsaktivitäten zwischen den Vollzugsanstalten (z.B.: Jugend, Frauen, Langstrafer) und den Ausbildungseinrichtungen für das Personal (Vollzugsschulen, Universität Archangelsk, Fachhochschule Kiel) im Vordergrund. 2005 wurden zusätzlich vier Arbeitsgruppen (Aufbau einer neuen Sanktion, case management, Verbesserung der Situation junger Gefangener, Ausbildungscurriculum zur Vollzugssozialarbeit) eingerichtet. Diese Entwicklungspartnerschaft ist 2005 um das Projekt TACIS-IBPP erweitert worden. Träger auf schleswig-holsteinischer Seite ist der Landesverband für Straffälligen- und Bevährungshilfe. Das zunächst auf zwei Jahre angelegte Projekt dient der Schaffung einer professionellen Infrastruktur für eine Straffälligenhilfe im Archangelsker Gebiet.

Ostseekooperation im Bereich Arbeitsmarkt:

36. **Grenzüberschreitender Arbeitsmarkt Schleswig-Holstein/Sønderjylland:** Im Rahmen einer Bestandsaufnahme für die deutsch-dänische Grenzregion wurde deutlich, dass hier weniger „harte“ Hemmnisse in den durch Rechtsvorschriften geregelten Bereichen (z.B. der Steuerpflicht als auch der Arbeitslosen-, Kranken- und Rentenversicherung) einem grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt entgegenstehen. Im Vordergrund stehen vielmehr „weiche“ Hemmnisse wie fehlende Kenntnisse des Arbeitsmarktes im Nachbarland, unzureichende Sprach- und Kulturkenntnisse, mangelnde Kooperationserfahrungen, aber auch fortbestehende „Vorurteilsketten“ beiderseits der Grenze.
37. Mit dem Ziel der Förderung eines deutsch-dänischen Arbeitsmarktes sind in der Grenzregion eine Reihe von Institutionen und Initiativen tätig, unter denen insbesondere die Arbeit von **EURES** (European Employment Services) – eine Initiative der EU – hervorzuheben ist. Aus der Arbeit von EURES, in deren Gremien das Arbeitsministerium seit 1998 mit beratender Stimme vertreten ist, haben sich bereits zahlreiche Anregungen, Erkenntnisse und Aktivitäten in verschiedenen Bereichen ergeben.
38. Die Arbeit von EURES wird unterstützt durch das Modellprojekt **GRAMARK** (Grenzüberschreitender Arbeitsmarkt), das aus dem Programm ASH 2000 („Arbeit für Schleswig-Holstein“) gefördert wird. Ausgerichtet ist das Projekt auf die Ermittlung freier Arbeitsplätze in der Grenzregion und die Unterstützung bei der Besetzung dieser Stellen. Dies Angebot steht Arbeitgebern wie Arbeitsuchenden zur Verfügung.
39. Als wesentlicher Akteur im grenzüberschreitenden deutsch-dänischen Arbeitsmarkt ist auch das im August 2004 in Padborg im **Regionskontor der Region Sønderjylland/Schleswig** neu eingerichtete Infocenter Grenze zu benennen. Ziel des Infocenters ist es, die Grenze für Arbeitnehmer und Arbeitgeber durchlässiger zu machen, Informationen für Grenzpendler bereitzustellen und somit die Anzahl der Grenzpendler zu erhöhen. Neben Arbeitsmarktfragen stellen Fragen zu Renten- und Krankenversicherung sowie Steuersystemen die Hauptthemengebiete dar.
40. Schleswig-Holstein und Dänemark wollen die Situation von Pendlern im Grenzgebiet weiter verbessern. Das ist ein Ergebnis der Gespräche des Ministerpräsidenten mit Dänemarks Regierungschef Anders Fogh Rasmussen am 18. Januar 2006 in Kopenhagen. Konkret vereinbart worden ist, noch in diesem Jahr beiderseits der Grenze **Service-Center einzurichten**, die Grenzpendlern in allen praktischen Fragen des Steuerrechts helfen sollen. Das dänische Service-Center soll in Tondern eingerichtet werden, während

auf deutscher Seite Flensburg und Leck als Standorte vorgesehen sind. Erwartet wird durch diesen Schritt mehr Belebung des Arbeitsmarktes beiderseits der Grenze.

41. Eine von den Regierungschefs Dänemarks und Deutschlands im Rahmen der Feierlichkeiten zum 50-jährigen Jubiläum der „Bonn-Kopenhagener Erklärung“ am 29. März 2005 eingesetzte **deutsch-dänische Arbeitsgruppe zu sozial- und arbeitsmarktbezogenen Fragen für Grenzpendler** hat Anfang Februar 2006 ihren Abschlussbericht vorgelegt. Darin wird insbesondere empfohlen, dass unter Einbeziehung der relevanten Akteure beider Länder ein gemeinsames Konzept zum Aufbau eines deutsch-dänischen Pendlerportals zu den Bereichen der Sozialversicherung, der Arbeitslosenversicherung, der Familienleistungen und Steuern erarbeitet wird. Zu dieser und weiteren Empfehlungen des Abschlussberichts wird die Arbeitsgruppe Anfang 2007 erneut zusammentreten, um den Fortgang der Umsetzung und etwaige weitere Empfehlungen zu prüfen.

Ministerium für Bildung und Frauen (MBF)

Die Kommunikation zwischen Schulen erfolgt insbesondere in virtuellen, IT-gestützten Bereichen sowie überwiegend und zunehmend in englischer Sprache. In den Begegnungen selbst wird zwischen SchülerInnen wie auch Lehrkräften je nach Zielland im Ostseeraum Deutsch und Englisch nebeneinander verwendet.

42. **Fremdsprachenunterricht in der Grundschule:** Mit dem Schuljahr 2006/07 wird Englischunterricht im Umfang von zwei Wochenstunden ab Klassenstufe 3 eingeführt. Parallel dazu können die Grundschulen im Rahmen der ihnen zur Verfügung stehenden Lehrerstunden Angebote in weiteren Fremdsprachen, z.B. Dänisch, oder in Minderheitensprachen, z.B. Friesisch, anbieten.
43. Im Bereich **Studierenden-/Schüleraustausch und Schulpartnerschaften** sollen folgende Aktivitäten gesondert hervorgehoben werden:
- Ein Austausch von **Sprachassistenten** erfolgt im Rahmen des EU-Förderprogramms Sokrates (COMENIUS 2.2 b). Im Schuljahr 2004/5 konnten schleswig-holsteinische StudentInnen nach Italien, Spanien, Portugal, Dänemark, Schweden und Finnland vermittelt werden, im Schuljahr 2005/6 nach Irland und Schweden. Die Teilnehmer erhalten ein monatliches Stipendium sowie einen Zuschuss zu den Fahrtkosten.
 - Die Beteiligung schleswig-holsteinischer Schulen am EU-Bildungsprogramm Sokrates II stellt einen Schwerpunkt ihrer schulischen Arbeit dar: Innerhalb der Aktion „**COMENIUS 1**“ (**Schulpartnerschaften**) wurden insgesamt rund 30 Projekte mit 34 Partnern allein in der Ostseeregion durchgeführt.
 - Koordiniert vom Pädagogischen Austauschdienst nehmen jedes Jahr Schulen aus Schleswig-Holstein für einige Wochen **DeutschlehrerInnen aus Polen und den baltischen Staaten** zur Weiterentwicklung ihrer sprachlichen Kompetenzen auf.
 - In Zusammenarbeit mit dem **Internationella Programkontoret Stockholm** ermöglicht das Land seit drei Jahren schwedischen GastschülerInnen einen einjährigen Aufenthalt in Schleswig-Holstein.
 - Der **Deutsch-Polnische Austausch** von Schulen aus Schleswig-Holstein mit polnischen Schulen entwickelt sich erfolgreich, gefördert durch das Deutsch-Polnische Jugendwerk und personell betreut durch das MBF.
 - Im Berufsbildenden Bereich befinden sich **gemeinsame Sprachmodule** der Handelslehranstalt Flensburg für die Ausbildung in den klassischen Handelsberufen in Absprache mit einer dänischen Partnerschule in der Erprobung.
 - Im März 2005 wurde die **Satzung des Deutsch-Dänischen Lehrervereins e.V.** der Region Sønderjylland auf der stiftenden Generalversammlung verabschiedet. Ziel ist die Förderung der dänischen und deutschen Sprachkenntnisse bei SchülerInnen und der Ausbau des Netzwerks der fachlichen Zusammenarbeit.

44. Mit insgesamt 223 **Schulpartnerschaften** zwischen Schulen aus Schleswig-Holstein und dem Ostseeraum haben diese einen Umfang erreicht wie die Anfang der 90er Jahre vorherrschenden Partnerschaften nach Großbritannien und Frankreich:

Schulart	DK	EST	FIN	ISL	LET	LIT	POL	NOR	RUS	SWE
SOS	1	0	1	0	0	0	3	0	0	0
GS	2	0	0	0	0	0	1	0	0	0
HS	2	0	0	0	2	0	0	0	0	0
GHS	14	1	0	0	2	0	6	0	0	1
RS	10	1	7	0	1	0	15	3	1	9
Gym	6	7	6	0	0	0	27	8	8	16
Ges	1	0	0	0	0	1	3	1	4	9
Beruf	15	0	2	1	2	3	11	4	0	6
Gesamt	51	9	16	1	7	4	66	16	12	41

45. Das INTERREG III A Projekt „**Europaklasse Niebüll/Tondern**“ der Friedrich-Paulsen-Schule mit dem dänischen Gymnasium in Tondern läuft mit dem ersten Abitur im Frühjahr 2006 aus. Dieser Unterricht führt nach drei Jahren in der Oberstufe zum doppelqualifizierenden Abschluss des dänischen „*studentereksamen*“ und dem direkten Hochschulzugang in der Bundesrepublik. Da alle Beteiligten das Projekt als erfolgreich bewerten, wird es weiter finanziert werden. Die Institutionalisierung des Projekts ist kommunal und schulisch erwünscht und in Planung. Der Kreis Nordfriesland ist zur Sachkostenübernahme bereit und das dänische Unterrichtsministerium zur Fortsetzung. Das MBF hat die notwendige Planstelle (0,8) bereits bewilligt.

46. Im März 2005 haben die Kreisberufsschule Niebüll, die Handelslehranstalt Flensburg und die Tønder Handelsskole (Dänemark) ein INTERREG III A-Projekt erfolgreich abgeschlossen. Projektziel ist die Entwicklung und Durchführung gemeinsamer Ausbildungsmodule, der Aufbau von spezifischen Sprachkompetenzen im Bereich Wirtschaft und die Optimierung der technischen Infrastruktur und Ausstattung.

47. 2005 wurde das **Schulprojekt „Spurensuche – Zeugnisse der deutsch-dänischen Geschichte** im alten Herzogtum Schleswig“ von Schulen der Minderheits- und Mehrheitsbevölkerung – Duborg-Schule (Flensburg), Deutsches Gymnasium in Nordschleswig und Internatsgymnasiums Louisenlund – erfolgreich durchgeführt. Ziel des Projekts war die selbständige Erarbeitung der deutsch-dänischen Geschichte der letzten 500 Jahre und der Rolle der jeweiligen Minderheiten beiderseits der Grenze.

48. Für den Bereich des **Instituts für Qualitätsentwicklung an Schulen Schleswig-Holstein (IQSH)** ist im Berichtszeitraum hervorzuheben:

- Seit 2000 läuft im Rahmen einer „Gemeinsamen Erklärung“ mit der Universität Tallinn ein deutsch-estnischer **Austausch von Lehrkräften in Ausbildung** zur Erweiterung berufsspezifischer Erfahrungen. Seit 2003 wird diese Zusammenarbeit in einem durch das IQSH koordinierten und aus dem EU-Programm „Sokrates“ (Comenius 2.1) geförderten Projekt mit den Partnerländern Estland, Litauen, Belgien, Spanien und den Niederlanden fortgesetzt.
- Das **Projekt PANG** fördert die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Schleswig-Holstein und Dänemark im Bereich Unterrichtsentwicklung, Fortbildung und Schüleraustausch zu Fragen der Agenda 21 und der integrierten Naturwissenschaften. Das Projekt ist im November 2005 ausgelaufen. Die grenzüberschreitende Kooperation wird über das Amtcenter Apenrade fortgesetzt.
- Das **Sokrates-Projekt INCLUDEME** („INterCultural Learning in Mentoring and student teacher training in Europe“, EU-Programm Comenius 2.1): Seit 2003 erarbeitet das Projekt einen Programmrahmen zur Förderung der Mobilität angehender Lehrkräfte in Europa. An der Kooperation sind u.a. die Pädagogische Universität Vilnius (Litauen) und

- die Universität Tallinn (Estland) beteiligt. Neben der Entwicklung eines Zeitschemas sowie einer inhaltlichen Organisation steht der Austausch angehender Lehrkräfte im Mittelpunkt. Im Februar 2004, 2005 und 2006 nahmen insgesamt 100 angehende Lehrkräfte an dem Programm teil.
- Diverse **Lehrerfortbildungsveranstaltungen** des IQSH, vor allem in gesellschaftswissenschaftlichen Fächern und in Sprachen, setzen sich mit der Entwicklung einer europäischen Identitätsentwicklung auseinander.

Innenministerium (IM)

49. Im März 2006 traf der Innenminister mit der dänischen Justizministerin in **Kopenhagen** zusammen. Im Gespräch wurden Möglichkeiten der Intensivierung der bilateralen, lageabhängigen Datenübermittlung zwischen Schleswig-Holstein und Dänemark, insbesondere in den Bereichen Kfz-Verschiebung, Rauschgiftschmuggel und Menschenhandel, erörtert. Zudem wurde die vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen der dänischen Fischereiaufsichtsbehörde und der Wasserschutzpolizei Schleswig-Holstein sowie die gute Polizei- und Zollzusammenarbeit im Bereich der Bürogemeinschaft Padborg bekräftigt.

50. **Fachhochschule für Verwaltung und Dienstleistung, Altenholz (FHVD):**

- Die FHVD unterhält regulär Kontakte zu den Schleswig-Holstein-Büros in **Tallinn und Vilnius** im Zusammenhang mit der Vermittlung von Praktikumsplätzen für Studierende. Je nach Einzelfall Bezugnahme des Praktikumsaufenthaltes aus FHVD-Mitteln.
- 2005 haben Studierende **Praktika** in Litauen und Lettland absolviert. In diesen Fällen wurde eine geringfügige Bezugnahme des Praktikumsaufenthaltes aus Mitteln des Freundeskreises der FHVD und des Auslandsamtes der FHVD gewährt.

Ostseekooperation im Bereich Landespolizei:

51. Die **Sicherheitspartnerschaft im Ostseeraum** wurde weiter gefestigt. Auf der Grundlage der vom IM geschlossenen bilateralen Protokollerklärungen über die polizeiliche Zusammenarbeit zur Bekämpfung der länderübergreifenden Organisierten Kriminalität mit den baltischen Staaten, Polen, dem Oblast St. Petersburg, dem Oblast Kaliningrad und den geknüpften engen Kontakten mit den skandinavischen Staaten wurden durch den Innenminister erneut bilaterale Maßnahmen zur Vereinfachung und Verbesserung der polizeilichen Zusammenarbeit initiiert. Die Sicherheitspartnerschaft soll mit einem im 2. Halbjahr 2006 geplanten Besuch des Innenministers bei den Innenministern und den Polizeien der baltischen Staaten in Tallinn, Riga und Vilnius aktualisiert werden.

52. Für Juli 2006 ist ein Besuch des Leiters der Polizeiabteilung bei der Miliz Kaliningrad und der Transportpolizei Kaliningrad geplant, um die ebenfalls überarbeitete **Protokollvereinbarung** im Bereich der polizeilichen Zusammenarbeit zwischen der Landespolizei Schleswig-Holstein und der Oblast Kaliningrad zu unterzeichnen.

53. Im Berichtszeitraum wurde die **Beratungs-, Ausbildungs- und Ausstattungshilfe** mit den baltischen Staaten und der Oblast Kaliningrad konsequent fortgeführt. Es fanden zahlreiche Austauschprojekte der Polizeidirektion für Aus- und Fortbildung und der Verwaltungsfachhochschule mit DozentInnen sowie Studierenden aus Lettland, Estland, Litauen und Kaliningrad statt. Im Rahmen der Ausstattungshilfe wurde 2004 zunächst letztmalig ein Hilfstransport nach Kaliningrad durchgeführt.

54. Seit Gründung der **Arbeitsgruppe „Rauschgifthandel Nord-Ost“** (AG NO) führt Schleswig-Holstein deren Geschäfte. Die Teilnehmerländer sind die nördlichen Bundesländer und der Bund sowie die skandinavischen Staaten, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Russland und die Niederlande; die Treffen finden jährlich statt. Auf ihrer Tagung im September 2005 beschloss die AG NO eine verstärkte operative Ausrichtung zur Kontrolle des illegalen Drogenverkehrs zwischen Norddeutschland und dem skandinavischen Raum auf Au-

- tobahnen und in Fährhäfen. Eine erste länderübergreifende 2-tägige Kontrollmaßnahme erfolgte im Februar 2006 unter Beteiligung von Dienststellen in Dänemark und Schweden. Die Federführung liegt beim Hauptzollamt Hamburg.
55. Im Februar 2005 in Helsinki sowie im September 2005 in Stockholm nahm ein Vertreter des LKA Schleswig-Holstein am **Operative Committee (OPC) der Task Force on Organized Crime** teil. Es wurden konkrete Maßnahmen und Kontrollaktivitäten zur Bekämpfung der Organisierten Kriminalität in den Ostseeanrainerstaaten vereinbart.
56. Zusammen mit Vertretern aus Osteuropa, der EU, Europol, BKA und Staatsanwaltschaft nahmen im September 2005 Vertreter des LKA Schleswig-Holstein an der internationalen **Falschgeldtagung „Euro – North East“** in Vilnius/Litauen teil. Die Tagung wurde durch die EU finanziert und zielte auf Erfahrungs- und Informationsaustausch und die Intensivierung der Bekämpfung der Falschgeldkriminalität mit Schwerpunkt Nordosteuropa.
57. Seit 2005 wird im LKA Schleswig-Holstein in enger Kooperation mit Dienststellen in Finnland und Estland ein **Ermittlungsverfahren zur Bekämpfung der international organisierten (Rauschgift-)Kriminalität** geführt.
58. Die bei Einführung des ISPS-Codes (International Ship and Port Facility Security Code) eingerichteten **Hafensicherheitsbehörden** arbeiten vernetzt zusammen. Zur internationa- len Vereinheitlichung und Vereinfachung der Abläufe ist beabsichtigt, bilaterale Abkommen mit den Ostseeanrainerstaaten abzuschließen. Mit einem aufeinander abgestimmten Sicherheitsregime wird verhindert, dass das im ISPS-Code für Schiffe und Hafenanlagen festgelegte Sicherheitsniveau herabgesetzt wird. Dänemark hat die Vereinbarung am 29. September 2005 unterzeichnet, Polen und Schweden prüfen derzeit den übersandten Text der Vereinbarung. Die baltischen Staaten sowie Norwegen und Finnland sind ebenfalls eingeladen, die Vereinbarung zu unterzeichnen.
59. Erfolgreich führen Dänemark und Deutschland gemeinsam abgestimmte **Schwerlast- und Gefahrgutkontrollen** des Straßenverkehrs durch. Im September 2003 fand eine gemeinsame Schwerlast- und Gefahrgutkontrolle in den Häfen Kiel und Göteborg statt. Daran nahmen Kontrollkräfte sowie jeweils Verbindungsbeamte der Wasserschutzpolizei Schleswig-Holstein und der schwedischen Küstenwache teil. In dem für den Ostseeraum geltenden „Memorandum of Understanding“ (MoU) für die Beförderung verpackter gefährlicher Güter wurde zum 1. Januar 2003 auch eine Verpflichtung zu Gefahrgutkontrollen aufgenommen, die auf der jährlichen Konferenz 2005 konkretisiert wurde. Hier wurde das schleswig-holsteinische IM beauftragt, die gemeinsamen Gefahrgutkontrollen zeitlich zu koordinieren, die Berichte der Mitgliedsstaaten auszuwerten und der MoU-Konferenz sowie der Internationalen Seeschifffahrtsorganisation (IMO) im Namen der Mitgliedstaaten einen Jahresbericht über die gemeinsamen Kontrollen zu übermitteln.
60. Ein wichtiger Baustein zur Erhöhung der **Schiffssicherheit in der Ostsee** ist die Ausweitung von **Notliegeplätzen** im Rahmen der Maritimen Notfallvorsorge. Eine entsprechende Bund-Küstenländer-Vereinbarung ist mit Gesetz vom 12. Februar 2005 in Landesrecht umgesetzt worden (GVOBl. S. 135). Sie regelt das Verfahren der Zuweisung von Notliegeplätzen durch das **deutsche Havariekommando** in Cuxhaven, das als gemeinsame Einrichtung des Bundes und der Küstenländer mit einheitlicher Leitung und gemeinsamer Kommandostruktur im Januar 2003 seinen Betrieb aufgenommen hat. Das Havariekommando hat die Einsatzleitung unter Einberufung des Havariestabes zu übernehmen im Falle einer bereits eingetretenen komplexen Schadenslage oder auf Ersuchen des betroffenen Küstenlandes bzw. des zuständigen Wasser- und Schifffahrtsamts, kann die Einsatzleitung aber auch bereits im Falle einer unmittelbar bevorstehenden komplexen Schadenslage von sich aus übernehmen.

61. Die grenzübergreifende polizeiliche Zusammenarbeit in der dänisch-deutschen Region Sønderjylland/Schleswig konnte im Rahmen der bestehenden **Projektorganisation „Schengen-Nord“** intensiviert werden. Es wurden einsatztaktische Kooperationsformen (z.B. bezüglich Fahndung/Geiselnahmen) entwickelt und Übungen und Hospitationsprogramme durchgeführt. Mit Hilfe der **Bürogemeinschaft/Fælleskontor Padborg** konnte der Informationsaustausch neu organisiert werden. In dieser Einrichtung sind seit Mitte 2004 neben der Landespolizei Schleswig-Holstein die Bundespolizei sowie der deutsche und dänische Zoll vertreten, die dänische Polizei hält über einen Verbindungsbeamten einen Kontakt. Mit Hilfe der Bürogemeinschaft wird die Zusammenarbeit gefördert, Ersuchen von Polizei- und Zolldienststellen bearbeitet. Sie wirkt mit bei der Einsatzkoordinierung, erstellt grenzübergreifende Kriminalitätslagebilder und wird so zu einem Motor und Impulsgeber für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit.

62. Im Bereich Ausbildung und Training sind folgende Aktivitäten zu erwähnen:

- In Anlehnung an das frühere **deutsch-dänisches Fortbildungsprojekt** zwischen der Polizeidirektion Schleswig-Holstein Nord und den Polizeikreisen im südlichen Dänemark, wird ein weiteres INTERREG III A Projekt seit April 2002 im Bereich der Polizeidirektion Schleswig-Holstein-Süd durchgeführt.
- Es fanden mehrere **Hospitationen** der Wasserschutzpolizei Schleswig-Holstein im Rahmen der Fischereiaufsicht im Küstenmeer mit der dänischen Fischereiaufsicht statt, ferner wurden **gemeinsame Kontrollen** durchgeführt.
- Bei **Ausbildung und Training** in allen Bereichen der **Schiffssicherheit** arbeiten die Ostseeanrainerstaaten zusammen und zwar die nationalen Kopfstellen für Havariebekämpfung bzw. die für Terrorbekämpfung zuständige Wasserschutzpolizei und die Landeskriminalämter. Übungen (auch mit internationaler Beteiligung) werden durch das Havariekommando Deutschland und weitere Akteure durchgeführt.

63. Im Rahmen **bilateraler Beziehungen** sind folgende Aktivitäten zu erwähnen:

- Der Abteilungsleiter des LKA Schleswig-Holstein nahm an einer **Konferenz hoher Polizeioffiziere** Litauens mit Vertretern des BKA und einiger Landeskriminalämter im Oktober 2005 in Wiesbaden teil.
- Das LKA führte im Herbst 2004 eine internationale **Konferenz zur Bekämpfung der Rockerkriminalität** im Ostseeraum durch. Die Konferenz wurde u.a. mit Mitteln aus dem EU-Programm „AGIS“ finanziert und durch das LKA selbst organisiert.
- **Besuch litauischer Polizeibeamter:** 2004 und 2005 besuchte eine Delegation litauischer Polizeibeamter das LKA Schleswig-Holstein. Im September 2005 nahm sie am Seminar „Schengen“ teil, welches das LKA in Zusammenarbeit mit der Landeszentrale für politische Bildung Schleswig-Holstein organisierte. 2006 findet in Zusammenarbeit mit der Landeszentrale für politische Bildung ein Seminar für hochrangige Beamte der Polizei Litauens statt.

Ostseekooperation im Bereich Katastrophenschutz:

64. Das Amt für Katastrophenschutz (AfK) nimmt als Beobachter an der gemeinsam mit Dänemark und Schweden durchgeführten Katastrophenschutzübung **EU DANEX 2006** teil, die im September 2006 in der Öresundregion stattfinden wird. Ziel dieser durch die EU geförderten Übung ist die Erprobung der länderübergreifenden Hilfe im Katastrophenfall. Die Übungsbeobachtung durch das AfK dient der Kontaktpflege zu den skandinavischen Ländern sowie der Beobachtung der Abläufe der internationalen Katastrophenhilfe nach entsprechenden EU-Vereinbarungen.

65. Darüber hinaus ist für das Jahr **2007 eine deutsch – dänische Seeunfallübung** im Bereich der Flensburger Förde geplant, zu deren Realisierung eine Projektgruppe eingerichtet worden ist. Neben dänischen und schleswig-holsteinischen Katastrophenschutzeinheiten werden sich auf dänischer Seite das von der Marine geführte MRCC in Aarhus, im

Grenzgebiet Polizeidienststellen und ein Krankenhaus und auf deutscher Seite, die Marine, die Bundespolizei und das Havariekommando.

66. Das AfK bereitet gemeinsam mit dem Havariekommando sowie den dänischen Katastrophenenschutzbehörden und der dänischen Marine eine **Seeunfallübung** vor, die 2007 im deutsch-dänischen Grenzgebiet stattfinden soll. Die vorbereitenden Treffen dienen dazu, bereits im Vorwege z.T. veränderte Strukturen und Zuständigkeiten der beteiligten Behörden besser kennen zu lernen.

Ostseekooperation im Bereich Landesplanung:

67. Das INTERREG III B **Projekt „BaltCoast“** (Transnationale Raumnutzungsstrategien im Offshore-Bereich) wurde 2005 erfolgreich abgeschlossen. Es befasste sich mit der Frage von Nutzungen im Meeresbereich und die Ergebnisse flossen in den "Raumordnungsbericht Meer 2005" der Landesregierung ein, der wiederum einen Beitrag Schleswig-Holsteins zur europäischen Meerespolitik darstellt. Ein Folgeprojekt ist in Vorbereitung. Die weitere Mitwirkung des IM wird von einer Mitwirkung dänischer Partner, die an dem Erst-Projekt nicht beteiligt waren, abhängig gemacht, da Raumnutzungsfragen im Meeresbereich vor allem mit den benachbarten Staaten näher zu konkretisieren sind.
68. Das IM ist am INTERREG III B **Projekt A.S.A.P.** („Efficient Administrative Structures as a Prerequisite for Successful Economic and Social Development of Rural Areas in Demographic Transition“) beteiligt, das seit Anfang 2006 läuft. Gegenstand sind der demografische Wandel und dessen Auswirkungen auf Regionalentwicklung, administrative Strukturen und Infrastrukturen. Neben dem IM sind aus Schleswig-Holstein die Kreise Nordfriesland und Ostholtstein sowie die KERN-Region beteiligt. Weitere Projektpartner kommen u.a. aus Mecklenburg-Vorpommern, Dänemark, Schweden, Finnland, Estland, Lettland und Russland. Bis Ende 2007 sollen eine gemeinsame Studie zum Thema Altenwanderungen erstellt und mehrerer Workshops zum internationalen Erfahrungsaustausch zu Fragen von Regionalentwicklung und Strategien der Infrastrukturanpassung im Zeichen des demografischen Wandels durchgeführt werden.

Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Ländliche Räume (MLUR)

69. Im Mai 2006 reiste der Landwirtschafts- und Umweltminister mit einer Unternehmerdelegation der Agrarwirtschaft nach **Lettland**. Mit dem lettischen Minister für Landwirtschaft wurden die Themen Biomasseproduktion, Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER) und die Koexistenz von gentechnisch veränderten Kulturpflanzen (GMO) erörtert. Die Schleswig-Holsteinischen Unternehmer konnten mit führenden Vertretern aus Politik und Wirtschaft Gespräche führen, bereits bestehende Wirtschaftskontakte vertiefen sowie neue Kontakte zu potentiellen Geschäftspartnern knüpfen. In dem bilateralen Gespräch des Umweltministers mit dem lettischen Minister für Umwelt wurden die Themen Biomassenutzung und die Kooperation mit dem Baltic Environmental Forum erörtert.
70. Das Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung für den Ostseeraum wurde durch die Ostsee-Umweltministerkonferenz in Luleå (August 2003) bekräftigt. Als konkretes Programm zur Nachhaltigkeit im Ostseeraum hat weiterhin die 1998 vom Ostseerat verabschiedete **regionale Agenda 21 für den Ostseeraum (Baltic 21)** Bedeutung. Nachdem die vergangenen Jahre vom Anschub des Umsetzungsprozesses geprägt waren, besteht nun die Aufgabe darin, die Baltic 21-Arbeit zu verstetigen und konkrete Umsetzungsergebnisse zu vereinbaren. Das MLUR stellt weiterhin den Vertreter der BSSSC im Lenkungsausschuss der Baltic 21 und gestaltet den aktuellen Reformprozess aktiv mit.
71. Durch intensives Betreiben des MLUR wurde 2005 das INTERREG III B **Projekt A.S.A.P.** im Schnittfeld von Nachhaltigkeit und demographischem Wandel als Leuchtturmprojekt

von Baltic 21 anerkannt. An diesem Projekt beteiligen sich zahlreiche schleswig-holsteinische Partner, darunter die Abteilung Landesplanung des IM.¹⁵⁹

72. Das INTERREG III B **Projekt BERNET** („Baltic Eutrophication Regional Network“) wurde erfolgreich fortgesetzt. Beteiligt sind Regionen in Dänemark, Schweden, Finnland, Estland, Russland und Polen sowie für Schleswig-Holstein das Landesamt für Natur und Umwelt (LANU). Die Zusammenarbeit dient einem verbesserten Eutrophierungsmanagement im Ostseeraum. Das aktuelle Folgeprojekt „BERNET CATCH“ hat die regionale Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie durch Erfahrungs- und Informationsaustausch bezüglich Bewertungsverfahren, Monitoring und Erstellung von Wassermanagementplänen für Pilotgebiete unterstützt. Das Projekt endete im April 2006 mit der Konferenz „Water District Management and Public Participation in the Baltic Sea Region“.
73. Bis 2007 wird das deutsch-dänische INTERREG III A **Projekt MAEWEST** (Marine Umwelt in der westlichen Ostsee) umgesetzt. Es dient der Erstellung eines operativen Vorhersagemodells für die Meeresumwelt der schleswig-holsteinischen Ostseeküste sowie von Szenarienmodellen für die Kieler und Flensburger Förde. An dem Projekt sind das LANU (für die K.E.R.N.-Region, Flensburg/Schleswig und Lübeck/Ostholstein) sowie die dänischen Amtskommunen Sønderjylland, Fyn und Storstrøm beteiligt.
74. **Helsinki-Kommission (HELCOM)**: Im Rahmen der Umsetzung des Übereinkommens von 1992 über den Schutz der Meeresumwelt des Ostseegebiets ist Schleswig-Holstein in verschiedenen Arbeitsgruppen vertreten. In der Nature Conservation and Coastal Zone Management Group (HELCOM-HABITAT) wirkt das MLUR aktiv mit. In der Monitoring and Assessment Group (HELCOM MONAS) ist das LANU vertreten.
75. **Europäische Meeresschutzstrategie**: An der Entwicklung dieser EU-Strategie war das MLUR seit Oktober 2003 als offiziell benannte Ländervertreter beteiligt und wirkte in den entscheidenden Arbeitsgruppen mit. Im Oktober 2005 legte die EU-Kommission einen Vorschlag zu einer Meeressstrategierichtlinie vor, die auf die Umsetzung des Meeresumweltschutzes in europäischen Gewässern nach einheitlichen Grundsätzen und Kriterien zielt. Damit werden Wettbewerbsneutralität im Meeresumweltschutz und nachhaltiger Schutz mariner Ressourcen sichergestellt. Die Arbeitsgruppen setzen ihre Arbeit 2006 fort, um die Weiterentwicklung und Umsetzung der Strategie zu gewährleisten. Das MLUR wird weiterhin in den verbleibenden Arbeitsgruppen vertreten sein.
76. **PHARE Twinning-Projekte in den Bereichen Agrar- und Fischereipolitik**: 2004-2006 hat das Amt für Ländliche Räume Kiel (ALR Kiel) als Partnerbehörde ein 18-monatiges Twinning-Projekt mit dem polnischen Landwirtschaftsministerium zur Stärkung der zentralen und regionalen Fischereiverwaltung bei der Umsetzung der gemeinsamen Fischereipolitik durchgeführt. Das ALR Kiel stellte den Projektleiter, den Langzeitexperten und einige Kurzzeitexperten. Im März 2006 startete das ALR Kiel, zusammen mit spanischen Behörden, ein 12-monatiges Twinning-Projekt mit der litauischen Fischereiverwaltung zur Stärkung der Fischereiaufsicht im Sinne der EU Vorschriften. Das ALR Kiel stellt dabei als deutscher Juniorpartner einen Projektleiter und einige Kurzzeitexperten.
77. Zum Thema Kraftstoffqualitäten wurde im Herbst 2004 zwischen Estland und Deutschland das **Twinning-Projekt „Development of Estonian Fuel Quality Management System“** begonnen, das 2006 abgeschlossen sein wird. Das MLUR stellte in diesem Projekt für mehrere Wochen eine Kurzzeitexpertin, die hinsichtlich der Einführung und Umsetzung von europäischen Gesetzgebungen und Regelungen unterstützend mitwirkte.
78. **Memoranden mit Estland und Lettland**: Im Januar 2006 wurden auf der Internationalen Grünen Woche neue Memoranden zwischen dem MLUR und den Landwirtschaftsministe-

¹⁵⁹ vgl. Ziffer 68. dieser Anlage

rien von Estland und Lettland unterzeichnet. Ziel ist, den Austausch von agrarpolitischen Positionen, von Fachleuten der Agrarverwaltung und der Agrarwirtschaft weiter zu entwickeln. Ebenfalls soll der grenzüberschreitende Austausch von Jugendlichen aus dem ländlichen Raum unterstützt werden.

79. **Entwicklung der Zusammenarbeit mit Litauen:** Neu aufgebaut wird die agrarfachliche Zusammenarbeit mit dem Landwirtschaftsministerium in Litauen, mit dem Ziel, auf der Internationalen Grünen Woche ebenfalls ein Memorandum zu vereinbaren. Der Landwirtschaftsminister wird im September 2006 auf Einladung der litauischen Ministerin für Landwirtschaft an einem Diskussionsforum zum Thema „Gleichmäßige Entwicklung der Regionen“, anlässlich der internationalen Fachmesse „AgroBalt2006“, teilnehmen. Im Bereich der Weiterbildung nahmen Fischereiexperten aus Litauen an Hospitationen in der Agrarverwaltung in Schleswig-Holstein teil
80. **Agrarfachliche Zusammenarbeit mit Kaliningrad:** Auf Initiative des MLUR nehmen jährlich StudentInnen aus Kaliningrad an einem 6-monatigen Agrarpraktikum in Betrieben der Landwirtschaft teil. Über das seit 2003 laufende Agrarmanagementprogramm werden Führungskräfte, Lehrer und Dozenten aus dem Kaliningrader Agribusiness in Schleswig-Holstein fortgebildet. Lehrkräfte und Dozenten hospitieren in den Fachschulen der Agrarwirtschaft, während Führungskräfte marktwirtschaftliche, betriebswirtschaftliche und produktionstechnische Abläufe sowie Managementmethoden der Agrarwirtschaft in Schleswig-Holstein kennen lernen. Zwischen der Christian-Albrechts-Universität Kiel und der Kaliningrader Staatlichen Technischen Universität besteht seit 2003 das Agrarforschungsprojekt „Praxisnahe Förderung der Aus- und Weiterbildung unter besonderer Berücksichtigung integrierter Produktionsverfahren in Kaliningrad“.
81. Die **LIFE-Naturschutzinitiative „BALTCOAST“** (Rehabilitation of Baltic Coastal Lagoon Habitat Complexes)¹⁶⁰ befasst sich mit Schutz und Wiederherstellung von Küstenlagunen. Ziel ist die Erarbeitung eines möglichst praxisnahen Management- und Wiederherstellungssystem für Schutzgebiete in Dänemark, Schweden, Estland, Litauen und Deutschland. Das gesamte Projekt hat eine Laufzeit bis Ende 2011.
82. **LIFE-Naturschutzinitiative „Baltic conservation strategy for Bombina bombina“:** Die EU-Staaten haben die Verantwortung zur Erhaltung der vom Aussterben bedrohten Rotbauchunke. Im Rahmen einer Verbesserung der Managementsysteme sollen die Gefährdungen detailliert beschrieben und ein „best practice“-Programm für ein Artenschutzsystem erarbeitet werden. Im Anschluss werden die notwendigen Maßnahmen eingeleitet, um einen Artenrückgang aufzufangen und die genetische Variabilität der Populationen zu stabilisieren. Die genetischen Untersuchungen werden von der Universität Potsdam koordiniert; das Projekt hat eine Laufzeit bis Ende 2010.
83. Das Ziel des INTERREG III B **Projekt „BREAD & FISH“** ist, den Zusammenhang von Umwelt, Wirtschaft, Gesundheit und Ernährung ins Bewusstsein zu rufen und zum kulturellen und politischen Zusammenwachsen des Ostseeraums beizutragen. Das Projekt steht unter der Schirmherrschaft des EU-Kommissars für Fischerei und Maritime Angelegenheiten und wird von Akteuren aus Landwirtschaft, Tourismus, Fischerei, Naturschutz, Kommunen, Kultur und Kirche durchgeführt. Im Rahmen der Sommeruniversität Ratzeburg für nachhaltige Entwicklung im Ostseeraum im August 2006 wird das Projekt vertieft.
84. Das INTERREG III B **Projekt „Baltic Haz Control“** zielt auf die Entwicklung und institutionelle Etablierung eines transnationalen Monitoringsystems für gefährliche Abfallströme in der Ostseeregion. Unter Projektführung der schleswig-holsteinischen Gesellschaft für die Organisation der Entsorgung von Sonderabfällen mbH (GOES) in Neumünster sind nationale Netzwerke aus Deutschland (hier Schleswig-Holstein und Hamburg), Norwegen,

¹⁶⁰ Internet: www.life-baltcoast.de

Finnland, Estland, Litauen und Lettland beteiligt. Prioritäre Abfallströme wurden bereits festgelegt, eine einheitliche Struktur für die Erfassung der Abfalldaten definiert und eine internetbasierte Kommunikationsplattform aufgebaut. Zurzeit werden sog. „best practice“-Methoden für den Transport, den Verbleib und die Entsorgung der prioritären Abfallarten identifiziert.

85. Das INTERREG III B *Projekt „BIRD – Wetlands, nature reserves and cultural landscapes for rural development“* setzt sich mit der zentralen Fragestellung auseinander, wie eine optimale Verknüpfung zwischen den natürlichen und kulturhistorischen Schätzen einer Landschaft auf der einen Seite und der aktuellen Entwicklung des ländlichen Raumes auf der anderen Seite anhand bestimmter Grundsätze und beispielhafter Demonstrationsprojekte herbeigeführt werden kann. Unter der schwedischen Leitung widmen sich weitere Partner aus Finnland, Estland, Litauen, Lettland und Schleswig-Holstein (LANU) den einzelnen Zielsetzungen eines nachhaltigen Managements sensibler Feuchtgebiete und Kulturlandschaften, einer Integration der verschiedenen Interessensvertretungen in die regionalen Planungsprozesse, einer Steigerung des Naturerlebnisses und –tourismus sowie eines begleitenden naturpädagogischen Konzeptes. Das Projekt läuft von 2004 bis 2007.

Finanzministerium

86. Zu den Themen in der **dänisch-deutschen Grenzregion** gehören Fragen der **Besteuerung** von Arbeitnehmern mit Wohnsitz in dem einen Land und dem Arbeitsplatz in dem anderen Land. Die Bearbeitung der Steuerfälle der Grenzpendler und die Beratung erfolgen bislang in verschiedenen Stellen der Finanzverwaltung beiderseits der Grenze. Häufig sind der Informationsstand der Steuerpflichtigen über das Steuerrecht des jeweils anderen Staates sowie der Informationsaustausch zwischen den nationalen Steuerverwaltungen im Grenzbereich nicht ausreichend. Um dieses Hindernis zu beseitigen, haben der Ministerpräsident und der dänische Regierungschef im Januar 2006 in Kopenhagen vereinbart, die Bearbeitung und Beratung der steuerlichen Angelegenheiten von Grenzpendlern beiderseits der Grenze zu bündeln. Auf deutscher Seite sollen entsprechende Stellen in Flensburg und Leck eingerichtet werden, auf dänischer Seite in Tondern. Die beiden Steuereinheiten sollen in engem Kontakt zueinander stehen, entsprechende Kommunikationsstrukturen schaffen und so ein „Netzwerk“ kompetenter Auskunfts- und Beratungsunterstützung schaffen. Zu diesem Zweck werden auf deutscher Seite beim Finanzamt Flensburg und beim Finanzamt Nordfriesland/Hauptsitz Leck „Zentrale Ansprechpartner für steuerliche Fragen von Grenzpendlern“ ausgewiesen.

Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr (MWV)

Bereich Außenwirtschaft:

87. Um die neuen EU-Märkte in Ost- und Mitteleuropa zu erschließen, haben sich Firmen der Umwelttechnik zum Netzwerk ECOnet zusammengeschlossen. Anlässlich des Jahresschwerpunkts **Polen** reiste eine Delegation unter Leitung der Staatssekretärin des MWV im November 2005 zur polnischen Fachmesse POLEKO. Der Messeauftritt Schleswig-Holsteins war gleichzeitig ein Beitrag des Landes zum „Deutsch-Polnischen Jahr 2005/2006“. Der Wirtschaftsaspekt in der Partnerschaft Schleswig-Holstein/Danzig ist zuletzt im Verbund mit Hamburg gepflegt worden. Die Kooperationsbörse „Wojewodschaft Pommern und Dreistadt Danzig“ seitens des Marschallamts Pommern und der drei Städte Danzig, Zoppot und Gdynia am 15.November 2004 in Hamburg erreichte Firmen aus Hamburg und Schleswig-Holstein.

88. Eine Präsentation der Republik **Lettland** am 11. Mai 2005 in Hamburg wurde als Gemeinschaftsereignis mit Schleswig-Holstein begangen. Die Staatssekretärin des MWV traf mit dem lettischen Wirtschaftsminister zusammen und die lettische Delegation führte Unternehmenskooperationsgespräche. Der lettische Wirtschaftsminister eröffnete in der Hamburger Handelskammer die Ausstellung: „Lettland kehrt zurück nach Europa: Von der Okkupation zur Freiheit“.

89. Die **deutsch-dänischen Wirtschaftsbeziehungen**, die traditionell für Schleswig-Holstein von zentraler Bedeutung sind, rücken zusehends in den Blickpunkt. Begünstigt durch das Projekt der festen Fehmarnbelt-Querung rückt Schleswig-Holstein zusehends in eine günstige Lage zwischen der neuen dänischen Großregion Syddanmark, der Öresundregion (Großraum Kopenhagen/Malmö) und der Metropolregion Hamburg.

- Besondere Bedeutung kommt dem strategisch angelegten Projekt „**grenzüberschreitende Wirtschaftsentwicklungsstrategie**“ des Regionalrats Schleswig – Sønderjylland zu. Im Rahmen der Strategieentwicklung haben gemeinsame Arbeitsgruppen in vier Handlungsfeldern Vorschläge für konkrete grenzüberschreitende Projekte erarbeitet, die die Wachstumschancen der Region stärken sollen.
- Eine von der „Bitten und Mads Clausen Stiftung“ (Eignerin des dänischen Danfoss-Konzerns) in Auftrag gegebene **Cluster-Studie** verweist auf wesentliche Kompetenzfelder der Grenzregion: Während die Kompetenzfelder der Region Sønderjylland im Bereich Alu Cluster, Maritime Wirtschaft, I&K-Technologie, Mechatronic, Transport und Logistik sowie Ernährungswirtschaft liegen, sind die Kompetenzfelder der Region Schleswig in den Bereichen Maritime Wirtschaft, Windenergie (Nordfriesland), Nahrungsmittelherzeugung (Schleswig-Flensburg), I&K-Technologien (Flensburg) und Tourismus.
- Diese Initiativen wurde vom MWV in einem gemeinsam mit der IHK Flensburg im Februar 2006 ausgerichteten **deutsch-dänischen Wirtschaftsforum** aufgegriffen. Vereinbart wurde, zur Stärkung der operationellen grenzüberschreitenden Kooperation ein Regionalmanagement auf deutscher Seite einzusetzen. Auf Initiative des Ministerpräsidenten sollen darüber hinaus 2006 „Leuchtturmprojekte“ erarbeitet werden, die in der Grenzregion Wachstumseffekte auslösen, Arbeitsplätze sichern und schaffen und in ihrer Wirkung über die deutsch-dänische Grenze hinausstrahlen.

Ostseekooperation im Bereich Technologie:

90. Schleswig-Holstein und Hamburg haben im Bereich der Technologiepolitik mit der Gründung der **Norgenta (Norddeutsche Life Science Agentur GmbH)** im April 2004 einen Meilenstein für die Zusammenarbeit der beiden Länder in den Lebenswissenschaften gesetzt. Norgenta soll als länderübergreifende Dienstleistungsgesellschaft die Branchen Medizintechnik, Biotechnologie und Pharmazie zu einem norddeutschen LifeScience-Cluster entwickeln. Hierzu vernetzt Norgenta die Kompetenzen von Unternehmen, Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Krankenhäusern. Die Agentur initiiert und unterstützt innovative Projekte, die zur wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Profilierung des Standorts beitragen. Dadurch wird das Know-how der norddeutschen Hochschulen und Forschungseinrichtungen gezielt für die Entwicklung und Vermarktung von Produkten eingesetzt. Mit ihren Aktivitäten soll Norgenta einen Beitrag zur Schaffung von Arbeitsplätzen leisten, die Ansiedlung von nationalen und internationalen Unternehmen unterstützen sowie Wachstumskapital und Drittmittel für die Region gewinnen. Langfristiges Ziel ist, Schleswig-Holstein und Hamburg regional, national und international zu einem führenden Standort der Life Sciences auszubauen und zu vermarkten.

91. Zur Profilierung Norddeutschlands als Life Science-Standort trägt auch Norgentas Mitgliedschaft in der **ScanBalt BioRegion** bei. Die ScanBalt BioRegion umfasst 11 Staaten rund um die Ostsee und im skandinavischen Raum (einschließlich Island), rund 85 Millionen Menschen, über 60 Universitäten und mehr als 870 Life Science-Unternehmen. Sie hat 43 Mitglieder, darunter auch Norgenta und den **Förderkreis Life Sciences e.V. Bay to Bio** (90 Mitglieder). Die Aufgabe von ScanBalt BioRegion ist es, die Interessen der Bio-

technologie in Wissenschaft und Wirtschaft im Ostseeraum zu vertreten. Als „Netzwerk der Netzwerke“ bündelt sie die vorhandenen Kapazitäten und positioniert die Ostseeregion in der EU als starken Life Science-Standort.

Im Februar 2006 hat der Chairman von ScanBalt das Projekt „ScanBalt Campus“ in Kiel vorgestellt. Das Projekt ist ein interdisziplinäres Netzwerk für Ausbildung, Forschung und Entwicklung zwischen Universitäten, Unternehmen, Krankenhäusern und anderen Akteuren der Life Sciences in der Meta-Region. Ziel des ScanBalt-Campus ist es, die regionale Koordination und Mobilität zu verbessern, Interdisziplinarität zu verstärken, Mobilität zu verbessern und die Kooperation verschiedener Branchen zu verstärken.

Ostseekooperation im Bereich Verkehr:

92. Die transeuropäischen Verkehrsnetze (TEN-V) der EU weisen noch zwischen Dänemark und Deutschland eine Lücke auf. Die Landesregierung setzt sich daher für die Realisierung einer **festen Fehmarnbeltquerung** ein:

- Die Verkehrsminister beider Länder sowie Schleswig-Holsteins bekräftigten im Juni 2005 in Kopenhagen die Entscheidung über eine feste Fehmarnbeltquerung im Sinne der im Juni 2004 in Berlin unterzeichneten Gemeinsamen Erklärung. Es wurde u.a. vereinbart, die Zahl der zu untersuchenden Finanzierungsmodelle auf zwei zu beschränken und diese durch externe Finanzexperten auf ihre Marktfähigkeit zu prüfen. Diese Prüfung ist Ende 2005 abgeschlossen worden.
- Januar/März 2006 wurde ein informelles Konsultationsverfahren zu den Umweltaspekten des Vorhabens durchgeführt. Dieses in Dänemark übliche Verfahren ermöglichte, der Öffentlichkeit und den fachlich betroffenen Verbänden und Behörden in der Fehmarnbelt-Region ihre Ansichten zu den Umweltbelangen vorzubringen. Die wesentlichen Beiträge der Anhörung sollen in einem Ergebnisbericht im Sommer 2006 zusammengefasst werden und in die weiteren Untersuchungen einfließen.
- Der Ministerpräsident hat im Januar 2006 Gespräche mit verschiedenen Regierungsmitgliedern in Kopenhagen geführt und sich im Februar 2006 mit dem Bundesfinanz- und dem Bundesverkehrsminister getroffen, um die Entscheidung über die Realisierung einer festen Fehmarnbeltquerung voranzutreiben. Der Bundesfinanzminister hat eine ergebnisoffene Prüfung der vorliegenden Finanzierungsmodelle zugesagt.
- Im Februar 2006 traf der schleswig-holsteinische Verkehrsminister bei der Fehmarnbelt-Konferenz in Burg a.F. anlässlich der Präsentation einer Studie zu regionalen Effekten einer festen Fehmarnbeltquerung mit dem dänischen Verkehrsminister zusammen. Beide sprachen sich für eine Entscheidung über die Fehmarnbeltquerung im Jahr 2006 aus.
- Im April haben sich die Verkehrsminister Deutschlands, Dänemarks und Schleswig-Holsteins auf einen Zeitplan für die weiteren Schritte verständigt, die bis Ende 2006 zu einer Entscheidung über die feste Fehmarnbelt-Querung führen sollen.

93. Seit Juli 2005 beteiligt sich Schleswig-Holstein an dem multilateralen INTERREG III B Projekt „**Baltic MaSTER**“ („Maritime Safety - Transport and Environment in the South Baltic Sea Region“). Das Projekt zielt darauf ab, im Bereich maritimer Sicherheit lokale und regionale Akteure stärker als bisher in die politischen Entscheidungsprozesse einzubeziehen. Im Mittelpunkt stehen Maßnahmen zur Verbesserung sowohl der Notfallvorsorge als auch der Vermeidung von Schiffsunfällen.

94. In gleicher Weise beteiligt sich Schleswig-Holstein an dem INTERREG III B Projekt „**Baltic Gateway PLUS**“, das auf den Ausbau der transnationalen Zusammenarbeit zur Entwicklung des Verkehrs und der Verkehrsinfrastruktur in der südlichen Ostseeregion zielt.

95. Im Rahmen des **Europäischen Verkehrsprojektes VIKING** beteiligt sich Schleswig-Holstein aktiv an einer Reihe von Einzelprojekten, die der Förderung der Verkehrstelematik im transeuropäischen Straßennetz dienen. Das Projekt wird Ende 2006 auslaufen; ein Folgeprogramm ist auf europäischer Ebene in Vorbereitung. Für Nordeuropa sollen tele-

matische Aktivitäten unter Einschluss der baltischen Staaten fortgeführt werden.

96. **Verkehrstrennungsgebiete in der Ostsee:** Die neuen Verkehrstrennungsgebiete „North of Rügen“ (im Zufahrtsbereich der Kadetrinne) und Bornholmsgatt erlauben großen, tiefgehenden Schiffen die Fahrt auf vorgegebenen Routen, die je Richtung nur in Einbahnregelungen befahren werden dürfen. Mit dieser Maßnahme, die Schiffssicherheit und Umweltschutz in der Ostsee verbessert, wird eine zentrale Forderung aus der internationalen Schiffssicherheitskonferenz Baltic 2004 in Kiel umgesetzt. Dieser von Deutschland (unter Beteiligung Schleswig-Holsteins) gemeinsam mit den Ostseeanrainerstaaten Dänemark, Schweden, Estland, Finnland, Lettland, Litauen und Polen initiierte Vorschlag für ein neues Wegeführungssystem in der westlichen Ostsee zwischen der Kadetrinne und der Insel Bornholm war im März 2005 bei der Internationalen Schifffahrtsorganisation (IMO) eingebracht worden. Die IMO nahm diesen Antrag Anfang Dezember 2005 an. Die neue Regelung tritt am 1. Juli 2006 in Kraft. Mit den neuen Wegeführungsmaßnahmen sollen gefährliche Situationen bei Schiffsbegegnungen verringert, die östlichen und westlichen Verkehre in der westlichen Ostsee getrennt und der Transitverkehr in ausreichend großem Abstand zu Flachwassergebieten vor der deutschen Ostseeküste im Bereich der Halbinsel Darß geführt werden.

Ostseekooperation im Bereich Energie:

97. Mit dem durch das INTERREG III B Programm „Nordsee“ unterstützten **Projekt „Pro-BioEnergy“** (Promotion of Bio-Energy by Marketing, Implementation and Trading in the North Sea Region) werden 2004-2006 Maßnahmen zur Beratung, Information und Unterstützung von Projekten zur energetischen Biomassenutzung umgesetzt. Dieses mit Schweden (Projektleitung), Dänemark, Norwegen und Großbritannien vereinbarte Projekt wird in Schleswig-Holstein von der Innovationsstiftung SH und dem MWV durchgeführt. Mit diesem Projekt können die bisherigen Beratungs- und Informationstätigkeiten der Energieagentur/Investitionsbank SH zur energetischen Biomassenutzung ausgebaut werden. Das Projekt schließt Ende 2006 mit einer Konferenz in Schweden.
98. An dem **Projekt „BEEN“** (Baltic Energy Efficiency Network for the Building Stock) unter Projektführung des Berliner Senats beteiligen sich neben Schleswig-Holstein auch das Bundesbauministerium, Mecklenburg-Vorpommern sowie Polen, Litauen, Lettland und Estland. „BEEN“ wird aus dem INTERREG III B Programm „Ostsee“ gefördert.
99. Das **Projekt „POWER“** (Pushing Offshore Wind Energy Regions) zielt auf die Förderung eines Kompetenznetzwerks von Offshore-Windenergie-Industrien der Ostseeanrainer. Unter Projektführung der BIS Bremerhaven (Gesellschaft für Investitionsförderung und Stadtentwicklung mbH) beteiligen sich Partner aus Großbritannien, Deutschland, Belgien, Niederlanden und Dänemark an dem Projekt, das Projekt aus dem INTERREG III B Programm „Nordsee“ gefördert wird. Aus Schleswig-Holstein ist u.a. die Wirtschaftsförderungsgesellschaft NF im Rahmen einer deutschen Subpartnerschaft im Projekt beteiligt.

Ostseekooperation im Bereich Weiterbildung:

100. Im Bereich Weiterbildung gestalten und unterstützen die Länder die Rahmenbedingungen und Infrastrukturen. Die Angebote der Weiterbildung sind marktwirtschaftlich organisiert. Gemäß §1 des Bildungsfreistellungs- und Qualifizierungsgesetzes (BFQG) haben die Träger und Einrichtungen das Recht auf selbständige Lehrplan- und Programmgestaltung. In diesem Rahmen führen die **rund 400 schleswig-holsteinischen Träger und Einrichtungen** der Weiterbildung eigene Maßnahmen und Projekte mit Partnern *im Ostseeraum* durch.

Ostseekooperation im Bereich von Hochschule/ Wissenschaft:

Die schleswig-holsteinischen Hochschulen haben ihre bilaterale, zum Teil auch multilaterale Zusammenarbeit mit Hochschulen im Ostseeraum weiter ausgebaut. Die Kooperationen finden weiterhin in Form von Studierenden-, Professoren- und Dozentenaustauschen, Zusammenarbeit an wissenschaftlichen Projekten und der Entwicklung und dem Angebot gemeinsamer Studiengänge statt. Deutlich spürbar sind dabei die Wirkungen der Einführung der gestuften Studienstruktur in Form von Bachelor- und Masterstudiengängen (BA/MA) und der damit verbundenen Modularisierung der Studienangebote und Einführung von ECTS (sog. Bologna-Prozess): Die meisten gemeinsamen Studiengänge wurden auf das BA/MA-System umgestellt und viele der Hochschulpartnerschaften haben praxisnahe Themen aufgegriffen.

101. ***Christian-Albrechts-Universität zu Kiel (CAU):***

Bedingt durch ihre Lage fühlt sich die CAU besonders Skandinavien und dem Ostseeraum verbunden. Die CAU hat 41 Partnerschaftsverträge mit Hochschulen weltweit geschlossen, darunter 16 **Partnerschaftsverträge** mit Universitäten in den Ostseeanrainerstaaten. Neben diesen bilateralen Verbindungen strebt die CAU verstärkt multilaterale Partnerschaften an. Die im Rahmen der Partnerschaften bestehenden Kooperationen und Projekte mit Hochschulen in Dänemark, Schweden, Finnland, Norwegen, Estland, Lettland, Litauen, Russland und Polen wurden im Berichtszeitraum fortgeführt.

Zu erwähnen sind insbesondere folgende Aktivitäten:

- ***EU-Programm „Erasmus/Sokrates“:*** Mit Partnerhochschulen im Ostseeraum wurde ein Drittel der Sokrates-Einzelabkommen abgeschlossen. Der Studierenden- und Dozentenaustausch konnte intensiviert werden: Ein Drittel der Lehraufträge werden in den Ostseeanrainerstaaten durchgeführt.
- ***„Baltic Summer School“:*** Die Medizinischen Fakultäten der Universitäten in Kopenhagen, Lund und Kiel haben im Frühsommer 1999 eine „International Graduate School“ (jetzt „Baltic Summer School“) als langfristige Basis für eine gemeinsame medizinische Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchs gegründet. In thematisch wechselnden zwei- bis dreiwöchigen Kursen wird den Studierenden von internationalen Experten ein spezielles Studienprogramm angeboten. Die Kurssprache ist Englisch, die Kurseorte wechseln jährlich zwischen den drei beteiligten Universitäten. Die Finanzierung der Kurse erfolgt durch die beteiligten Hochschulen sowie durch eingeworbene Drittmittel; ausländische Teilnehmer erhalten z.T. Stipendien.
- ***„Kiel Summer School“ (KiSS):*** Erstmals im Sommer 1999 durchgeführt bietet diese englischsprachige Summer School jährlich ausländischen Studierenden die Möglichkeit, in Deutschland ohne Deutschkenntnisse zu studieren. In dem siebenwöchigen Kurs werden englischsprachige wirtschaftswissenschaftliche Lehrveranstaltungen angeboten, die neuer Bestandteil von Standardlehrveranstaltungen aus dem Hauptstudium der Volks- und Betriebswirte sind und zum Pflichtprogramm der deutschen Studierenden gehören. Neben den Lehrveranstaltungen werden Deutschkurse und eine Ringvorlesung zu deutscher Geschichte, Politik und Kultur angeboten. Eine der Zielgruppen sind junge Nachwuchskräfte aus dem osteuropäischen Raum, um diese mit westlichen Lehrinhalten und -methoden vertraut zu machen.
- ***Norwegen:*** Das seit 1986 an der CAU existierende „Deutsch-Norwegische Studienzentrum“ (Partner sind die Universitäten Oslo, Bergen, Trondheim, Tromsö sowie die norwegische Wirtschaftsuniversität Bergen) organisiert jährlich mehrwöchige Sprachkurs- und Fortbildungsaufenthalte an der CAU für norwegische Studierende.
- ***Estland / Lettland / Litauen:*** Die Nordelbisch Evangelisch-Lutherische Kirche stellte Stipendien für Theologie-Studierende und Graduierte aus den baltischen Staaten für Forschungs- und Semesteraufenthalte an der CAU zur Verfügung.
- ***St. Petersburg (Russland):*** Im Bereich der Polar- und Meereswissenschaften dient das Projekt POMOR – unter Federführung der CAU und der Universitäten Bremen und St. Petersburg sowie Beteiligung der Universitäten des Verbund Nördlicher Universitäten – der Vertiefung der Kooperation zwischen Deutschland und Russland. Beteiligt sind das Alfred-Wegener-Institut für Polar- und Meeresforschung (Bremerhaven), IfM-GEOMAR (Kiel) und das Institut für Ostseeforschung (Rostock).

- **Kaliningrad (Russland):** Insgesamt nahmen im Zeitraum 2004-2005 120 Personen am Austauschprogramm der CAU und der Staatlichen Universität Kaliningrad – im Juli 2005 umbenannt in „Russische Staatliche Immanuel Kant Universität“ – teil. Schwerpunkt bildet die Förderung der Germanistik durch das Germanistische Institutspartnerschaften-Programm des DAAD, Forschungsaufenthalte in Kiel, Gaststipendien, Lehr- und Vortragaufenthalte, Sachmittelbeschaffung in Kaliningrad. Anlässlich des 750.Geburtstags der Stadt Kaliningrad führte eine Delegation der CAU im Juni 2005 eine gemeinsame Ringvorlesung „Kaliningrad/Königsberg – Ort in Europa“ in Kaliningrad durch.
- **Polen:** Nach den 2001, 2002 und 2004 erfolgreich angelaufenen Gemeinschaftsveranstaltungen der CAU und der Partneruniversität Posen fanden im Februar 2006 die „2.Kieler Tage in Posen“ statt. Mit Informationen für Studierende, Wissenschaftler und Öffentlichkeit sowie Gastvorträgen wurde für Studien- und Forschungsauslandsaufenthalte geworben. Die nächsten gemeinsamen Hochschultage werden im Jahr 2008 in Kiel („3.Posener Tage in Kiel“) stattfinden. Die gemeinsamen Hochschultage fanden im Rahmen des Deutsch-Polnischen Jahr 2005/2006 statt, welches zahlreiche Veranstaltungen in beiden Ländern beinhaltet.

102. **Universität zu Lübeck (UL)**

Die UL unterhält 28 Partnerschaftsverträge mit Hochschulen weltweit, darunter 5 mit Hochschulen im Ostseeraum. Im Berichtszeitraum hat die UL die im Rahmen der Sokrates- und Erasmusprogramme bereits bestehende Austauschpartnerschaft mit den Universitäten Tartu (Estland) und Bergen (Norwegen) fortgeführt. Besonders zu erwähnen:

- Im Mai 2005 fand die **Lübeck-Woche in Bergen** statt. Alle zwei Jahre im Wechsel fahren Studierende und Gastprofessoren zu einem einwöchigen wissenschaftlichen Ferienkurs. Im Frühjahr 2007 findet die Bergen-Woche in Lübeck statt.
- Im Rahmen des **EU-Programm „Erasmus/Sokrates“** hat die UL neun Partnerschaftsverträgen abgeschlossen: Die Studierendenmobilität konzentriert sich auf Norwegen, Schweden und Finnland, die Dozentenmobilität hingegen auf Polen.

103. **Universität Flensburg (UF):**

Die Partnerschaften der UF sind seit 2004 erweitert worden: Dänemark (Aalborg Universitet, Aarhus College of Education, Technical University of Denmark, Frederiksberg Seminarium, Syddansk Universitet), Finnland (Aabo Akademi University, Joensuu Yliopisto, Jyväskylän Yliopisto), Polen (Uniwersytet Gdanski, Uniwersytet Łódz, Warschau Graduate School of Business Economics), Schweden (Malmö University, University Väst, Gotland University), Lettland (Art Academy of Latvia, Riga Teacher Training and Education Management Academy) und Litauen (Vilniaus Pedagoginis Universitetas). Die Auslandsaktivitäten bestehen vor allem im Studierenden- und Dozentenaustausch sowie in der Zusammenarbeit in Forschung und Lehre.

Gemeinsam mit der Syddansk Universitet (SDU) werden zurzeit folgende **deutsch-dänische Studiengänge** durchgeführt:

- „**International Management**“, Abschluss BA. Der Studiengang ist akkreditiert. Im Wintersemester 2005/06 gab es 440 Studierende in diesem Studiengang.
- „**Organisational Management**“, Abschluss MA. Auch dieser Studiengang ist akkreditiert und hat (Stand WS 05/06) 222 Studierende.
- „**Kultur- und Sprachmittler**“, zurzeit mit den Abschlüssen deutsches Diplom und dänischer cand. ling. merc. In Kürze wird der Studiengang auf BA/MA-Abschlüsse umgestellt. Das BA-Studium erfolgt dann in Sønderborg, das MA-Studium in Flensburg. Derzeit befinden sich 120 Studierende in diesem Studiengang

Der Studiengang **Energie- und Umweltmanagement**, (261 Studierende im WS 05/06 immatrikuliert) der zuvor ein gemeinsamer Studiengang der SDU, der FH Flensburg und der UF war, ist aufgrund der Einstellung des „Exportingenieurs“ auf der dänischen Seite ein lediglich kooperativer Studiengang von UF und FH. Mit der geplanten Umstellung auf ein BA/MA Modell soll der MA ebenfalls gemeinsam mit der SDU betrieben werden.

Über die gemeinsamen Studiengänge hinaus werden weitere Kooperationsprojekte mit der SDU durchgeführt:

- „**Innovation als regionales Entwicklungsinstrument**“: Das Projekt wurde im August 2005 erfolgreich abgeschlossen. Das Ergebnis ist eine Bestandsaufnahme und Analyse der Beziehungen, die Unternehmen innerhalb und außerhalb der Grenzregion – sowohl national wie international – eingehen, insbesondere mit Blick auf grenzüberschreitende Aspekte.
- „**Internationales Hochschulmarketing**“: Die Hochschulen im Bereich Schleswig/Sønderjylland arbeiten zurzeit gemeinsam an der Schaffung eines gemeinsamen koordinierten Hochschulmarketings im Ausland. Ziel ist gezielte Kommunikation von bestehenden Potentialen der Hochschulkompetenz der Region und deren internationale Vermarktung. Die Akquisitionsstrategie wird in diesem (Laufzeit: Juli 2005 - Juni 2007) entwickelt und umgesetzt.
- „**Virtuelles Museum**“: An dem Projekt (Laufzeit: April 2005 - März 2008) beteiligen sich Institute der UF und SDU sowie das Zentrum für Multimedia der FH Kiel. Ziel ist die Erarbeitung einer dreisprachigen (dänisch, deutsch und englisch) Internetpräsentation der jüngeren Geschichte der Regionen Sønderjylland, Fyn und Schleswig-Holstein aus dänischer und deutscher Perspektive. Dieses „virtuelle Museum“ soll die Vernetzung der regionalen Kompetenzen ermöglichen und die Attraktivität von regionalen Bildungseinrichtungen und Tourismusangeboten erhöhen.
- „**Hochschulen für die Region**“: Aufgrund des Erfolgs der ersten Veranstaltung haben die Flensburger Hochschulen und die SDU beschlossen, diese Veranstaltung zukünftig einmal jährlich gemeinsam abwechselnd in Flensburg und Sønderborg zu präsentieren. Dadurch wollen die drei Hochschulen der Region verdeutlichen, dass sie den intensiven Austausch mit der Wirtschaft der Region wünschen.
- „**Stiftungsprofessur für „Innovationsforschung und Innovationsmanagement“**“ (2006-2012): Die neu eingerichtete Professur an der UF wird mit Mitteln der SDU und der Stadtwerke Flensburg finanziert. Ziel ist die Förderung der grenzüberschreitenden Bildungskooperation und die Förderung der regionalen Industrie.
- „**Career Service**“: Dieser neu gegründete Service der UF und der SDU ist die zentrale Anlaufstelle für alle Studierenden, AbsolventInnen der grenzüberschreitenden Studiengänge sowie für potenzielle Arbeitgeber.

Der neue, aus INTERREG III A geförderte kooperative Studiengang **European Studies** wird den Betrieb im Wintersemester 2006/07 an der SDU aufnehmen. Unter der Voraussetzung der Akkreditierung und Genehmigung durch das MWV wird der Master an der UF angeboten werden. Dieser Studiengang, dessen Sprache im Kerncurriculum Englisch ist, wird Teil der strategischen Kooperation von SDU und UF und gleichzeitig ein zentrales Element des interdisziplinären Profils der UF sein.

104. **Fachhochschule Flensburg (FH FL):**

Die FH FL hat im Berichtszeitraum ihre Kooperationen mit Hochschulen in Dänemark (Aalborg Universitet, Syddansk Universitet), Schweden (Blekinge Tekniska Högskola, Högskolan i Jönköping), Finnland (Central Ostrobothnia Polytechnic in Kokkola, University of Helsinki), Polen (Słupsk School of Management, Maritime University of Szczecin, West Pomeranian Business School in Szczecin), Estland (University Tartu), Lettland (Hochschule Ventspils), Litauen (University Vilnius) und Russland (Bonch-Bruyevitch University of Telecommunications, St. Petersburg) weitergeführt. Die Auslandsaktivitäten bestehen vor allem im Austausch von Studierenden und Dozenten sowie in der Zusammenarbeit in Forschung und Lehre.

- In **Dänemark** wurde die Zusammenarbeit mit der Aalborg Universitet auf den Standort Esbjerg und mit der Syddansk Universitet auf den Standort Odense ausgeweitet und dadurch die Fachrichtung Biotechnologie eingebunden. Im Bereich eHealth ist eine neue Kooperation mit dem Center for Videregående Uddannelse (CVU) Sønderjylland in Haderslev entstanden.

- Im Studiengang „Internationale Fachkommunikation“ konnte als neuer Kooperationspartner in **Lettland** die Technische Universität Riga gewonnen werden.

105. **Fachhochschule Kiel (FH KI):**

Die FH KI pflegt einen intensiven Studierenden- und Dozentenaustausch in den Fachbereichen Bauwesen, Informatik und Elektrotechnik, Maschinenwesen, Soziale Arbeit und Gesundheit, Wirtschaft und im Studiengang Multimedia Production im Rahmen des EU-Programms Sokrates/Erasmus. Partner sind Dänemark (Ingenørhøjskolen in Horsens, Engineering College Aarhus, Copenhagen University College of Engineering, Syddansk Universitet, University Aalborg, The National School of Social Work (Frederiksberg), Haderslev Seminarium), Estland (TU Tallinn, Publik Service Academy of Estonia (Tallinn), Institute of Law), Finnland (Polytechnic Vaasa, Universität Vaasa, Häme Polytechnic, Helsinki Polytechnic, Seinäjoki Polytechnic, Mikkeli Polytechnic, Laurea Polytechnic, Turku University of Applied Sciences), Lettland (University of Agriculture, Jelgava), Litauen (Technische Universität Kaunas), Polen (Universität Gdańsk, Cracow University of Economics, Lodz Technical University, Technical University Gliwice, Politechnika Radomska) und Schweden (Högskola Jönköping, Universität Lund, University Göteborg, Högskola Västerås, KTH Stockholm, University Luleå) durch.

Für den Berichtszeitraum sind folgende Kooperationsschwerpunkte hervorzuheben:

- **Finnland:** Teilnahme am EU-Projekt „Minerva“ (koordinierende Hochschulen: Vaasa Polytechnic, FH Kiel mit 11 europäischen Partnern). Der Vorantrag wurde genehmigt; der Hauptantrag zum Projekt „Distance Learning/E-learning“ (DLON) wird derzeit gestellt. In den Bereichen Informatik und Multimedia Production findet ein Dozentenaustauschprogramm statt; jährlich studieren zehn finnische Studierende ein bis zwei Semester an der FH KI. Seit 1993 bietet die FH KI zusammen mit der Polytechnik Fachhochschule Vaasa einen zehnmonatigen Weiterbildungsstudiengang im Rahmen des „Vaasa-Projekts“ an (jährlich rund 20 finnische Studierende an der FH KI). Der laufende Vertrag endet 2006.
- **Polen:** Der Fachbereich Wirtschaft nimmt an dem DAAD-Programm „Go East“ teil und erhält 2 Jahresstipendien zum Studium an der Cracow University of Economics.
- **Litauen:** Im Studiengang „Internationales Vertrieb- und Einkaufingenieurwesen“ beteiligt sich die FH KI mit 3 Studienplätzen für Studierende der TU Kaunas im Rahmen des vom MWV finanzierten Stipendiatenprogramms für die Baltischen Staaten.
- **Estland:** Im Rahmen der Städtepartnerschaft Tallinn-Kiel erhält die FH KI von der Stadt Kiel ein Jahresstipendium; gefördert wird ein/e Studierende/r der PH Tallinn zum Studium am Fachbereich Soziale Arbeit und Gesundheit.
- Im Studiengang „Industrial Engineering“ ist die FH KI Projektpartner an dem von der FH Lübeck koordinierten **Projekt „Baltic Sea Virtual Campus“** und nimmt am „**Baltic Sea Network**“, einem Zusammenschluss baltischer Hochschulen, teil.

106. **Fachhochschule Lübeck (FH Lübeck):**

Im Berichtszeitraum hat die FH Lübeck intensiv mit Hochschulen des gesamten Ostseeraumes zusammengearbeitet. Insbesondere folgende Aktivitäten sind zu erwähnen:

- Aus dem INTERREG III B-Projekt „Baltic Sea Virtual Campus“ (BSVC) ist der Hochschulverbund **Baltic Sea Virtual Campus** hervorgegangen, in dem 13 Partner aus dem gesamten Ostseekreis zusammen arbeiten, um gemeinsam Online-Studiengänge und -Weiterbildung zu entwickeln und anzubieten. Der interdisziplinäre Ansatz verknüpft Wirtschaft, Management, Kommunikation, Geografie und Geschichte zu einem ganzheitlichen Kooperationsverständnis. Nach erfolgreichem Abschluss der Pilotphase 2005 wurden die beiden Masterstudiengänge „Transregional Management“ und „Industrial Engineering“ gestartet. Im April 2005 wurde mit der „oncampus GmbH“ (die E-Learning-Gesellschaft der FH Lübeck) und mit „Lund Education“ vertraglich vereinbart, dass die beiden Gesellschaften die erforderlichen E-Learning-Dienste für einen nachhaltigen Betrieb erbringen.

- Aufbauend auf den Erfahrungen des Baltic Sea Virtual Campus haben die Universität Lund und die Fachhochschule Lübeck ein strategisches Kooperationsabkommen unterzeichnet, um die jeweiligen E-Learning-Erfahrungen zu bündeln, deren weitere Entwicklung zu koordinieren und daraus einen neuen didaktischen Ansatz – das „Lübeck-Lund-Modell“ – zu erarbeiten.
- **Studiengänge in Kooperation:** Die FH Lübeck bietet seit 1999 einen interdisziplinären Studiengang „Informationstechnologie & Gestaltung“ an. Die Partnerschaft konzentriert sich auf Denmarks Designskole in Kopenhagen und Malmö University in Skane. Zusammen mit Hochschulen in Växjö (Schweden), Kotka (Finnland) und Riga (Lettland) bietet die FH Lübeck den internationalen Masterstudiengang „Medical Technology“ an. In Vorbereitung ist der gemeinsame Studiengang „International Master in Mechanical Engineering“ mit der Växjö Universitet (Schweden) und der Politecknika Dnska (Polen).
- Die FH Lübeck bietet ein **Städtepartnerschaftsprogramm** an mit Teilnehmenden aus Finnland mit der Partnereinrichtung „Deutsche Auslandsgesellschaft e.V. Lübeck“ sowie die Projektwoche „Wirtschaftsingenieurwesen“ mit der finnischen Partnerhochschule Kymenlaakson Ammattikorkeakoulu (Kotka).
- **„Hanseatic College“:** Initiative der Universität Linköping mit Hochschulen aus den Ostseeanrainerstaaten (Polen, Litauen, Lettland, Estland, Finnland, Schweden sowie FH Lübeck) mit dem Ziel der Etablierung eines Präsenz-Masterstudiengangs in Geisteswissenschaften mit dem Fokus auf Ostseeanrainerstaaten.
- **„Baltic Sea Workshop“:** Jährliches Treffen junger Studierender aus den Fachbereichen Architektur und Bauingenieurwesen der FH Lübeck und von drei ihrer Partnerhochschulen aus Schweden und Finnland.
- **„Baltic-Transfer“:** Länderkundliche Veranstaltungsreihe mit Studierenden aus Finnland, Polen, Litauen und Lettland sowie den Partnereinrichtungen Deutsche Auslandsgesellschaft e.V. Lübeck sowie Academia Baltica.
- **Studium und Praktika für Studierende aus den Baltischen Staaten** zusammen mit der Inwent-Geschäftsstelle Kiel und verschiedenen Hochschulen aus den Estland, Lettland und Litauen, Stipendium des Landes Schleswig-Holstein.

107. **Fachhochschule Westküste (FHW)**

Die FHW unterhält Partnerschaften im Ostseeraum mit der Handels- und Ingenieurhochschule Herning (Dänemark), der Universität West in Uddevalla (Schweden), der Universität Tampere (Finnland) und der Ventspils Augstskola (Lettland). Mit allen vier Partnern finden regelmäßige Studierenden- und Dozentenaustausche statt, die durch Erasmus-Vereinbarungen unterlegt sind. Mit den Hochschulen in Dänemark, Schweden und Lettland ist eine Zusammenarbeit in Master-Studiengängen geplant; die technischen und wirtschaftlichen Fachbereiche arbeiten in mehreren Forschungsprojekten zusammen.

Ministerium für Soziales, Gesundheit, Familie, Jugend und Senioren (MSGF)

108. Im Mai 2006 reiste die Ministerin nach **Stockholm** zu einem Erfahrungsaustausch im Bereich der Behindertenpolitik.

Ostseekooperation im Bereich Verbraucherschutz:

109. Auf Initiative Hamburgs haben 2004 die für die **Marktüberwachung von Verbraucherprodukte** auf dem Gebiet der Geräte- und Produktsicherheit verantwortlichen Behörden in Schleswig-Holstein, Hamburg, Dänemark, Finnland, Estland und Polen ihre **erste grenzüberschreitende Zusammenarbeit** in die Wege geleitet. Schweden und Litauen sind 2005 dazugekommen. Ziel ist der Austausch von Erfahrungen über unterschiedliche Methoden, Maßnahmen und Ergebnisse der Produktüberprüfung, die Entwicklung einer einheitlichen Strategie bei der Marktüberwachung und ein kontinuierlicher Informationsaustausch über die herrschenden Marktsituationen. Darüber hinaus sollen in Zusammen-

arbeit mit dem Zoll an Außengrenzen Warenströme verfolgt werden.

Ostseekooperation im Bereich Gesundheit:

110. Ziel der 2001 gegründeten „**Gesundheitsinitiative Schleswig-Holstein**“ ist, das Profil des Gesundheitsstandorts Schleswig-Holstein mit einer engeren Verzahnung von Gesundheitsversorgung und -wirtschaft zu stärken. Die Zukunftssicherung und Modernisierung der gesundheitlichen Versorgung stehen im Mittelpunkt. Zwei der Leitprojekte zielen auf die intensivere Zusammenarbeit in der Ostseeregion im Bereich Gesundheit:

111. Im Rahmen des INTERREG III B **Projekts „e-Health for Regions“** (Integrated health care structures: ehealth in the Baltic Sea Regions) besteht eine direkte Kooperation mit dem dänischen Amt Viborg und der schwedischen Region Skane. Das Projekt umfasst insgesamt 17 Partner aus der Ostseeregion. Ziel ist der Austausch von Erfahrungen und „best practice“-Lösungen, die Entwicklung von transregionalen Strategien, die Umsetzung von telematischen Lösungen und die Erprobung von neuen Technologien. Langfristig dient das Projekt der Entwicklung des Ostseeraumes hin zu einer europäischen Modellregion für transnationale Kooperationen.

112. Im August 2005 haben die Mitglieder der Gesundheitsinitiative Schleswig-Holstein die Einrichtung eines **Zentrums für Protonentherapie**, eines neuen Ansatzes zur Krebsbehandlung, mit Sitz in Kiel als Leitprojekt ausgewählt. Das aus wirtschaftlichen Gründen notwendige Einzugsgebiet soll in Kooperation mit dem skandinavischen Raum sichergestellt werden. Vertreter aus Dänemark und Schweden haben bereits konkretes Interesse zur Nutzung eines solchen Zentrums in Schleswig-Holstein für ihre Patientinnen und Patienten geäußert. Dies ist auch Bestandteil einer im Januar 2006 getroffenen Rahmenkooperationsvereinbarung zwischen UKSH und dem Rikshospitalet in Oslo (Norwegen). Gleichzeitig bestehen seit langem gute wissenschaftliche Kontakte zwischen den Universitäten in Kiel, Lund, Uppsala und Kopenhagen. Die begonnenen Gespräche werden fortgesetzt und vertieft.

Ostseekooperation im Bereich Jugend:

113. Zur Unterstützung und Entwicklung der Jugendarbeit im Ostseeraum fördert das MSGF im Rahmen des **Internationalen Jugendaustausches** Begegnungen mit Kindern und Jugendlichen aus den Ostseeländern.

114. Die einmal jährlich stattfindende **Ostsee-Jugendkonferenz** des Landesjugendrings Schleswig-Holstein hat sich mittlerweile zu einem wichtigen Katalysator der internationalen Jugendarbeit in der Ostseeregion entwickelt. Neben den persönlichen Kontakten, die in den einwöchigen Konferenzen entstehen, werden hier die Grundlagen für internationale Jugendbegegnungen zwischen schleswig-holsteinischen und ausländischen Partnern geschaffen. Thema der Konferenz war 2005 „Umweltpädagogik in der Jugendarbeit der Ostseeregion am Beispiel des Elements Wasser“ und 2006 „Jugendarbeitslosigkeit und Mobilität, Jugendbeschäftigungsinitiativen und Integration“.

115. Seit seiner Gründung 1990 kümmert sich das **Ostsee-Jugendbüro** um die Zusammenarbeit zwischen Jugendverbänden und -gruppen sowie die Belange einzelner Jugendlicher in der Ostseeregion. Das dem Landesjugendring Schleswig-Holstein angeschlossene Jugendbüro wird aus dem Etat des MSGF finanziert. Es vermittelt Kontakte, behandelt konkrete Fragen des Jugendaustausches mit der weiteren Ostseeregion und unterhält die Website www.jugendserver.de. Seit März 2006 besteht zwischen dem Ostsee-Jugendbüro und der Provinzverwaltung Südfinnland eine Partnerschaftsvereinbarung.

116. Neben dem Ostsee-Jugendbüro gibt es seit März 1999 das **Ostseesekretariat für Jugendangelegenheiten**. Es ist wie das Ostsee-Jugendbüro dem Landesjugendring

Schleswig-Holstein angegliedert. Aufgabe des Ostseesekretariats ist, die jugendpolitische Zusammenarbeit zwischen den für Jugend zuständigen Ministerien in den einzelnen Ostsee-anrainerstaaten zu fördern. Finanziert wird das Büro aus den Etats dieser Ministerien und des Bundesjugendministeriums. Im Juni 2003 publizierte das Ostseesekretariat die Broschüre „Work and Study in the Baltic Sea Region“, die Jugendlichen und anderen Interessierten einen Überblick über die vielfältigen Möglichkeiten im Ostseeraum bietet.

117. Im **Jugendserver Schleswig-Holstein** können seit 2004 unter der Rubrik „Internationales“ Informationen zu Jugendbegegnungen, Freiwilligendiensten, Jobs, Praktika, Workcamps, Au Pair-Aufenthalte, Sprachkursen, Schüleraustausch und Austauschstudium sowie über „Günstig reisen und übernachten“ Orientierungshilfen abgerufen werden.

Anlage 2:***Abschlusserklärung des 6. Gipfeltreffens der Regierungschefs der Ostseeanrainerstaaten (Reykjavik / Island, 07.-08.06.2006)***¹⁶¹***– CHAIRMAN'S CONCLUSIONS –***

1. At the invitation of the Prime Minister of Iceland, the Heads of Government and representatives of Denmark, Estonia, Finland, Germany, Iceland, Latvia, Lithuania, Norway, Poland, Russia and Sweden, and a representative of the European Commission, met in Reykjavik on 8 June 2006 for the 6th Baltic Sea States Summit. The Heads of Government welcomed the first-time participation in the Summit of the President of the Standing Committee of the Baltic Sea Parliamentary Conference (BSPC), and looked forward to valuable co-operation and the exchange of information between the BSPC and the Council of the Baltic Sea States (CBSS).

The Future of Baltic Sea Regional Co-operation

2. The Heads of Government valued the opportunities offered by the dynamic economies of the Baltic Sea Region, by the 2004 European Union enlargement and the increased cross-border co-operation, all of which contributed substantially to the enhanced role of the Baltic Sea Region in Europe.

3. The Heads of Government discussed the future role of Baltic Sea regional co-operation and re-confirmed their commitment to the CBSS in this regard. They confirmed that the CBSS has a valuable contribution to make as the overall political forum for intergovernmental co-operation and dialogue in the region. They were confident that regional co-operation in its multiple forms has a role to play also in the future and will help to address the challenges ahead through result-oriented and forward-looking action. They recognised the consolidation in the CBSS of all regional intergovernmental, multilateral co-operation taking place between the CBSS Member States.

4. The Heads of Government looked forward to a new Northern Dimension policy beyond 2006 jointly agreed by all the EU Member States, Iceland, Norway, Russia and the European Commission, which will provide a common framework for regional co-operation in Northern Europe. The Heads of Government taking note of the CBSS survey on the Northern Dimension beyond 2006 submitted to the European Commission, expressed their satisfaction with the active involvement of the CBSS and other regional bodies in elaborating the new Northern Dimension policy, and expected the CBSS to play a substantial role in its implementation.

5. The Heads of Government welcomed and encouraged the increased co-operation between the CBSS, the Arctic Council, the Barents Euro-Arctic Council and the Nordic Council of Ministers (NCM), together with the European Union, with the objective of improving coordination and enhancing the implementation of specific projects and priorities of these regional councils as well as in the context of the Northern Dimension. They appreciated the growing co-operation between the CBSS and the NCM in developing cross-border co-operation, such as the "Baltic Euroregional Network" (BEN), co-financed by the BSR Interreg III B Neighbourhood Programme.

6. The Heads of Government acknowledged that Baltic Sea regional co-operation continues to demonstrate success in a number of priority-areas, such as:

¹⁶¹ Internet: www.cbss.org/summits/reykjavik2006

Strategic Growth, Economic Co-operation and Energy

7. As a follow-up to the Laulasmaa Summit in 2004 the Heads of Government welcomed the efforts of the CBSS in removing barriers to trade and investment in the region as well as in raising awareness of the fight against corruption. Further, the Heads of Government acknowledged the efforts to create a model with the objective to remove obstacles to and address problem-areas for economic actors in the Baltic Sea Region and supported the implementation of the Road Map on Investment Promotion.

8. The Heads of Government welcomed the development of co-operation between public and private actors, such as the Baltic Development Forum (BDF), promoting a stronger, more competitive and visible Baltic Sea Region.

9. The Heads of Government recognised the economic, environmental and strategic importance of energy co-operation in the Baltic Sea Region. The Heads of Government took note of the results of the 4th Meeting of the CBSS Ministers of Energy held in Reykjavik on 28 October 2005, with a Communiqué defining guidelines for the Baltic Sea Region Energy Co-operation (BASREC) for the period 2006-2008. BASREC has proved to be a useful framework for the monitoring of and dialogue on energy policy in a period of rapid changes in energy markets and represents an effective contact network between governments, commercial actors and the European Commission. The Heads of Government encouraged BASREC to achieve further tangible results and noted with satisfaction the ambition and will of its Member States to continue and strengthen the co-operation.

10. The Heads of Government welcomed the decision by the Ministers responsible for Spatial Planning and Development held on 19 September 2005 in Gdansk, within the framework of the Visions and Strategies around the Baltic Sea (VASAB) co-operation, to prepare a long-term perspective for the spatial development of the Baltic Sea Region. Furthermore, they encouraged VASAB to develop a cross-sectoral view on the future development of the Baltic Sea Region.

11. The Heads of Government acknowledged the establishment of the CBSS open-ended ad-hoc working group on customs and border crossing issues. They encouraged continued stimulation for trade and investments between CBSS Member States and underlined the importance of maintaining and updating the CBSS information gateway for small- and medium-sized enterprises.

Environmental protection, sustainable development and maritime safety

12. The Heads of Government reiterated their profound concern about the state of the environment in the Baltic Sea Region and its adjacent areas, including the marine environment and maritime safety. They called for continued strengthened and co-ordinated action, including concrete measures, to address common concerns and threats such as eutrophication, hazardous substances, the loss and degradation of biodiversity, the environmental impacts of maritime activities including shipping and threats to fish stocks.

13. The Heads of Government encouraged closer co-ordination and co-operation between the CBSS, including the Agenda 21 for the Baltic Sea Region (Baltic 21), and the Baltic Marine Environment Protection Commission (HELCOM). They expected concrete results from the new HELCOM Baltic Sea Action Plan, to be adopted at the HELCOM Ministerial meeting in Warsaw in November of 2007. They expressed their commitment to action in all sectors, thereby addressing in a coherent manner all human activities affecting the marine environment of the Baltic Sea.

14. The Heads of Government welcomed the results achieved so far by the Northern Dimension Environmental Partnership (NDEP). They appreciated the completion in 2005 of the Southwest Wastewater Treatment Plant in St. Petersburg and the substantial

Southwest Wastewater Treatment Plant in St. Petersburg and the substantial environmental effect of this in the Baltic Sea. They noted the need for further replenishment of the NDEP Support Fund, in particular to finance further environmental window projects.

15. They also welcomed the efforts provided in the framework of the International Maritime Organisation (IMO) and looked forward to further co-ordinated efforts in the field of maritime safety. They reiterated the necessity to take a proactive approach in preventing and responding to pollution, and welcomed enhanced capacity-building.

16. The Heads of Government took note of the Baltic 21's Triennial Report on sustainable development in the region for the period covering 2003-2005. They expressed appreciation for the actions undertaken by Baltic 21, such as through Baltic 21 Lighthouse Projects. The Heads of Government recognised that Baltic 21 has a valuable role to play in the future in turning the principles of sustainable development into practice, supporting capacity building and promoting the Eco-region concept. The Heads of Government welcomed the convening of a meeting of the Ministers of the Environment and Agriculture in Sweden in the first half of 2007.

17. The Heads of Government favourably recognised the 2006 Joint Declaration on the Exchange of Air Radiation Monitoring Data on the basis of the Agreement on the Exchange of Radiation Monitoring Data of 7 June 2001, and thanked the CBSS Working Group on Nuclear and Radiation Safety for their successful work in this regard.

Human Dimension Issues and Promotion of Democratic Values

18. The Heads of Government underlined the importance of upholding democratic principles in the Baltic Sea Region. Continued efforts to address challenges to democracy, the risk of democratic deficits, and the implementation of the international agreements on human rights are needed. In this context they took note of the first CBSS comparative study on citizens' participation in the Baltic Sea Region. Co-operation between governmental and non-governmental organisations should be further strengthened by enhancing the role of and support to civil society organisations in the whole area surrounding the Baltic Sea. The activities to uphold and promote individual rights proposed by the national or parliamentary ombudsman institutions of the region should be strengthened.

19. The Heads of Government noted with satisfaction the results obtained through the Baltic Sea Programme on unaccompanied and trafficked children, implemented by the CBSS. The training designed to fill the competence-gaps regarding care and assistance to children and young persons who are victims of trafficking is a welcomed regional addition, and will improve the care for and protection of children victims of trafficking. The Heads of Government encouraged the CBSS to pursue vigorously the task of strengthening the rights of children in residential care in the region and to raise the quality of care in institutions, in order to improve the situation for children in out-of-home care.

20. The Heads of Government underlined the important task of the Northern Dimension Partnership in Public Health and Social Well-being towards achieving efficient co-ordination and enhanced co-operation. They encouraged further progress in the co-operation concerning HIV/AIDS and the new broadened co-operation on adolescent health, socially rewarding life-styles and healthy workplaces. The Swedish intention to convene an experts' meeting during its CBSS Presidency in order to increase general attention of the need to prevent the spread of pandemics was welcomed.

21. The Heads of Government noted with appreciation that the EuroFaculty programme at the universities in Tartu, Riga and Vilnius, which completed its activities last summer, provided very useful results in their respective fields. They recognised the successful work of the Euro-Faculty at the Immanuel Kant State University of Russia in Kaliningrad, and noted with favour

the preparations for establishing a EuroFaculty programme in the Russian city of Pskov, as well as the offer made by Sweden to serve as one of the lead countries in this regard.

22. The Heads of Government noted with satisfaction the ongoing co-operation in the field of youth policy to promote young people's active citizenship through participation in civic and democratic life, to encourage youth exchange in order to promote a better understanding and knowledge of the Baltic Sea Region, to highlight the potential of young people as well as to recognize them as a resource in society. They welcomed the main focus on people-to-people contacts, voluntary work, youth entrepreneurship and employment, youth research and co-operation with other regional structures by exchange of information and experiences as well as common projects.

23. The Heads of Government welcomed the results of the 3rd Conference of the Ministers Responsible for Police Co-operation in the Baltic Sea Region in Koli, Finland on 12 May 2006 and noted, in recognition of the 10th anniversary of the Task Force on Organised Crime (TF-OC), its report submitted to the Summit embodying the common view on the need for continued regional cooperation on combating organised crime. The Task Force was considered a well-established example of regional, operational best-practise concerning direct multidisciplinary police, border guard and customs co-operation addressing acute problems emanating from organised crime and for developing common strategic long-term projects.

24. The Heads of Government welcomed the initiative and the consideration within the CBSS to integrate the successful work of the Nordic Baltic Task Force against Trafficking in Human Beings into the CBSS framework, with the objective of fostering actions and enhancing co-operation to combat such trafficking in the Baltic Sea Region and its near vicinity.

25. The Heads of Government expressed their satisfaction with the ongoing co-operation to protect the common cultural heritage in the Baltic Sea Region and with other initiatives in the field of culture. They agreed that cultural initiatives taken have resulted in closer contacts between the countries of the region, between cultural institutions, organisations, artists and operators in the cultural field.

26. The Heads of Government expressed their gratitude to Iceland for chairing the CBSS during 2005-2006, and welcomed Sweden as the incoming Chair for the period 2006-2007. They welcomed the invitation from Latvia to host the next meeting in 2008.

Anlage 3:**Abschlusserklärung der 13. Ministertagung des Ostseerates der Außenminister, CBSS (Szczecin / Polen, 09./10.06.2005) ¹⁶²****- COMMUNIQUÉ -**

At the invitation of the Minister for Foreign Affairs of Poland, the Council of the Baltic Sea States (CBSS) met in Szczecin on 9-10 June 2005 for its 13th Ministerial Session.

Cooperation in the Baltic Sea region and the strengthened role of the CBSS

The 5th Baltic Sea States Summit meeting held in June 2004 in Laulasmaa, Estonia indicated the main tasks for the CBSS and other structures operating in the region. Fulfilling these tasks would further strengthen the Baltic Sea region as an area of economic growth and a model of sustainable socio-economic development. The CBSS strove to implement the guidelines of the Summit and will continue to do so.

The Council acknowledged that the accession of Estonia, Latvia, Lithuania and Poland to the European Union has brought new opportunities and challenges to regional cooperation in many areas. The region, as a whole, has benefited from the European integration process.

The Council noted the importance of the EU policies and the activities of the Union in the Baltic Sea region. The CBSS continues to play a positive role in the European integration process on the basis of common democratic values and market economy.

The Council looked forward to a Northern Dimension policy after 2006 agreed by all parties, and to playing an active role in its elaboration. It welcomed the plans of the incoming United Kingdom Presidency of the EU to hold a fourth Northern Dimension Ministerial meeting.

The Council emphasised the following tasks for the CBSS:

- Contribute to the further strengthening of civil society and to enhancing mutual knowledge and interaction between the citizens in the CBSS area. Such cooperation will contribute to the strengthening of regional identity and solidarity as part of the European integration process as well as to securing cultural diversity. The Council invited all relevant structures and organisations to intensify their efforts aimed at developing education, scientific, youth and cultural contacts, as well as tourism.
- Contribute to the EU-Russia dialogue, especially by enriching it with regional, subregional and local elements of cooperation. In this respect, the Council was encouraged by the results of the EU-Russia Summit in Moscow on 10 May 2005 and welcomed the positive implications that the four EU-Russia Common Spaces, in particular the Common Economic Space and future accession of the Russian Federation to the WTO will have for the region.
- Focus on dismantling remaining barriers to cooperation and promoting the rule of law, transparency and respect for human rights, which will facilitate the optimal use of resources and assist in increasing the competitiveness of the region.
- Agree on such priorities for regional cooperation within the CBSS that could be used also within the EU or other European and international frameworks.
- Serve as a focal point for regional cooperation. Co-ordination should be further developed with other intergovernmental regional bodies, among the intergovernmental structures operating under the CBSS umbrella.

¹⁶² Internet: www.cbss.org/documents/cbsspresidencies/13polish

The Council underlined the importance of and welcomed the progress made in coordination and cooperation with the Arctic Council, the Barents Euro-Arctic Council, and the Nordic Council of Ministers.

The Council noted with satisfaction the development of information exchange between the CBSS and intergovernmental regional bodies in Central and South-East Europe. It instructed the CSO to continue promoting the positive experience of CBSS cooperation.

The Council instructed the CSO to constantly review the methods and activities of the structures of cooperation in the Baltic Sea region, with the objective to optimise their efficiency.

The Council asked the CSO to report at each Council session on the progress in carrying out the initiatives presented at the previous session and by the Baltic Sea States Summit.

The Council adopted revised CBSS Terms of Reference, which enter into force on 10 June 2005.

Cross-border and transnational activities as means to enhance economic ties and further consolidate democratic civil societies

The Council:

- Agreed that cross-border, transnational and interregional activities are important components of the European integration process, especially to prevent the creation of new dividing lines within the Baltic Sea region. Therefore, this type of cooperation remains a priority of the CBSS.
- Expressed positive expectations in connection with the Baltic Euroregional Network, an Interreg IIIB project, in which the CBSS and the Nordic Council of Ministers take part jointly with other partners. Its aim is to develop institutional capacity for cross-border cooperation in the Baltic Sea region.
- Expressed support for the existing cross-border programmes and efforts to establish new EU and other financial instruments, which will further develop and strengthen cross-border activities in the region.
- Expressed its support for the creation of an open-ended ad-hoc working group on customs and border-crossing issues in the Baltic Sea region which would concentrate on local questions of regional relevance, focusing on added value.
- Invited the members of the Baltic Sea NGO Forum to promote people-to-people contacts and network-building between the societies across borders.
- Instructed the Working Group on Democratic Institutions to consider recommendations elaborated by the 3rd Council of Europe Summit, held in Warsaw on 16–17 May 2005. The CBSS will continue to promote democracy in the region.

Increased environmental protection in the Baltic Sea area, i.a. combating land-based pollution sources and ensuring maritime safety

The protection of the Baltic Sea and adjacent areas environment remains one of the priorities of the CBSS. The Council noted significant progress in many areas of environment protection and in particular expressed its support for the Northern Dimension Environmental Partnership. It was encouraged by the recent successful replenishment of the NDEP Support Fund and invited partners not contributing to consider doing so.

Since new challenges and threats accompany rapid economic development of the region the Council looked forward to a planned joint meeting of the Ministers for Environment and for Agriculture that would represent a new start in sector cooperation to achieve progress in tackling pollution generated by agriculture.

The Council reiterated the significance of the work of the Baltic Marine Environment Protection Commission (HELCOM) and stressed the importance of establishing an agreed adequate safety level for oil tankers throughout the Baltic Sea area in line with the relevant IMO conventi-

ons. It also called for a strengthening of the cooperation among the Baltic Sea States to prevent the risks associated with increased seaborne oil transport in the area. The Council underlined the need for close cooperation in safeguarding transboundary response activities, *i.a.* in the framework of HELCOM RESPONSE, and invited relevant stakeholders to participate actively. Furthermore, the Council emphasised the significance of the HELCOM ship traffic monitoring system, which upon its opening on 1 July 2005 will help establish risk-based assessments of the needs for further measures.

The Council welcomed the role of HELCOM in developing an Action Plan for the Baltic Sea, and expected that it could also be an important contribution to the European Marine Strategy.

The Council welcomed the progress made by the Baltic 21 in the implementation of its new Strategy Guidelines aimed to make the Baltic Sea region an Eco-Region for Sustainable Development. It expressed support for continued efforts of Baltic 21 to develop projects with a high visibility (Lighthouse projects) and integrate the principles of sustainable development into policy making by all relevant stakeholders.

The Council noted with satisfaction the increased cooperation in science, (5th Baltic Sea Science Congress in Sopot in June 2005), with a view to protecting the environment.

Using the region's economic potential and increasing its competitiveness

The Council emphasised the significance of economic cooperation to increase welfare and strengthen cohesion. In view of the increased role of science, research and education in the modern society the Council appealed to all relevant institutions to intensify activities aimed at deepening cooperation in these fields.

The Council underlined the significance of improving and promoting the perception of the Baltic Sea region as an area attractive for investments. It believed that it could contribute to the building of knowledge-driven economies, thus making the Baltic Sea region one of the most competitive areas in Europe. It supported the development of the Baltic Sea Initiative 2010 process, promoted by the Baltic Development Forum, as an important regional initiative for competitiveness and innovation.

The Council supported further development of common regional infrastructure, especially transport and energy networks, *i.a.* the "motorways of the Baltic Sea". In view of the increasing trade and communication flows between Central Europe and Northern Europe, the Baltic Sea Region needs to serve as an efficient transport hub providing safe and secure systems. It encouraged deeper involvement of the International Financial Institutions in the regional economic development.

The Council noted with satisfaction the results of the work of the Baltic Sea Region Energy Cooperation (BASREC), which has proved to be a useful framework for the monitoring and development of energy policy in a period of rapid changes in energy markets and has created an effective contact network between governments, commercial actors and the European Commission. The Council took note of the preparation of a BASREC Ministers of Energy meeting in Reykjavik on 27-28 October 2005.

The Council welcomed continued efforts to eliminate the remaining barriers to trade, investments and travelling in the region. It underlined the need for further developing co-ordinated actions in areas of mutual concern, such as border-crossing of goods, fight against corruption, and improving conditions for business and innovation in the region.

The Council noted with satisfaction the cooperation in the field of Information and Communications Technology in the framework of the Northern e-Dimension (NeD) Action Plan. The Council considered the NeD initiative as an important instrument in strengthening the Baltic

Sea region's leading position in the Information Society, as well as in enhancing cooperation among the CBSS members.

The Council encouraged the Ministers for Spatial Planning to update the vision of long-term territorial development of the region together with the relevant regional stakeholders within VASAB 2010.

Civil security

The Council assessed highly the activities of the Task-Force on Organised Crime and thanked the Danish Chairmanship for the outstanding work during the past four years. The Council considered the work of the Task-Force as a high priority and welcomed the Finnish Chairmanship.

The Council confirmed the importance of the activities of the Working Group on Nuclear and Radiation Safety, emphasised active participation in the Group by all members and underlined the need for an improved and harmonised cooperation, especially in the field of emergency preparedness and mutual assistance. The Council noted also with satisfaction the activities of the EUROBALTIC programme in the field of civil protection.

The Council welcomed the conclusions of the meeting of the Ministers responsible for children's issues (Oslo, 9-10 May 2005). It confirmed the importance of increasing regional and national efforts, as well as cross-border cooperation, to prevent and combat trafficking in human beings, especially of women and children and to improve the situation of children in institutions.

The Council welcomed the progress made within the framework of the Northern Dimension Partnership in Public Health and Social Wellbeing and looked forward to concrete results to improve human health and social wellbeing. It expressed satisfaction with the results of the Partnership's conference on 14 December 2004 in Tallinn and looked forward to the second Partnership conference in Sweden in autumn 2005. The Council invited countries not yet participating in the partnership to consider doing so and underlined the open nature of this cooperation.

Eurofaculty

On the eve of the closure of the Eurofaculty at the universities in Riga, Tartu and Vilnius in summer 2005, after eleven years of activities, the Council expressed its profound appreciation of the achieved results. It thanked the directors and staff of the Eurofaculty, as well as all other involved persons, for their efforts contributing to the success of this project. The Council also expressed its satisfaction with the ongoing Eurofaculty project in Kaliningrad and appreciated efforts to launch a similar project in Pskov.

Final provisions

The Council expressed its thanks to the outgoing director of the CBSS permanent international secretariat in Stockholm, Ambassador Hannu Halinen, for his work, approved and welcomed Dr. Gabriele Kötschau as the new director, assuming her duties on 1 September 2005. The Council wished her success in this work.

The Council thanked Poland for chairing the CBSS during 2004/2005 and for organising the 13th Ministerial Session in Szczecin. The Council entrusted the Presidency for the period 2005/2006 to Iceland, which will host the 6th Baltic Sea States Summit in June 2006. During this period Poland, Iceland and Sweden will compose the Troika.

The 14th Ministerial Session of the CBSS will be held in Malmö, Sweden in June 2007.

Anlage 4:**Resolution der 14. Ostsee-Parlamentarierkonferenz (Vilnius / Litauen, 28.-30.08.2005) ¹⁶³****- Conference Resolution -**

adopted by the 14th Baltic Sea Parliamentary Conference (BSPC)

The participants, elected representatives from the Baltic Sea States* and the European Parliament, assembled in Vilnius, Lithuania 29 - 30 August 2005, to discuss democracy, stability, forms of enhanced co-operation and infrastructure in the Baltic Sea Region

Convinced that

- parliamentary co-operation in the Baltic Sea Region constitutes an active contribution to the development of the region and its neighbourhood by ensuring democratic transparency,
- initiating and guiding political activities, supporting and strengthening democratic institutions in the participating states and improving the dialogue between parliaments, governments and civil society.

Noting

- the earlier resolutions of the BSPC, especially aiming at an enhanced co-operation in the Baltic Sea Region with regard to the Council of Baltic Sea States (CBSS) and other governmental as well as non-governmental organisations,
- the Northern Dimension and the EU's European Neighbourhood Policy as frameworks for co-operation and development,
- the European Neighbourhood Policy as an appropriate instrument to pursue the positive experiences of the Northern Dimension.

Taking into account

- eutrophication as a serious threat to the environment, fisheries, bio-diversity and outdoor recreation of the Baltic Sea which is of great importance for all countries bordering the sea,
- that the high priority given to infrastructure in the transport sector in the Northern Dimension Action Plan 2004-2006 shall be maintained in the future development of the Baltic Sea Region and in the Northern Dimension,
- the need to develop further an integrated maritime policy for the Baltic Sea Region and to participate actively in the ongoing process of making an integrated and all-embracing maritime policy on a European level.

Call on governments in the Baltic Sea region and the CBSS as well as the EU to

- give high priority to the co-operation in the region and the neighbouring countries,
- build on mutual commitment to common values within the fields of the rule of law, good governance, the respect for human rights and the promotion of good neighbourly relations,
- support the development of democracy and a civil society by strengthening the role of NGOs,
- enhance the dialogue in the Baltic Sea Region with neighbouring countries in strengthening democracy, stability, security, civil society, principles of sustainable development and well-being for all concerned,

¹⁶³ Internet: <http://www.norden.org/bspcnet/seiten/14BSPC.htm> oder:
<http://www.cbss.org/documents/cbsspresidencies/14icelandic/bspc/resolution-finalversion.doc>

- maintain and strengthen the mechanisms defined and used by the Commission on the Baltic Sea Area marine environment protection (HELCOM) for the conservation of the vulnerable marine environment of the region.

Call on governments in the Baltic Sea Region, the CBSS, HELCOM and the EU to

- support further development of common regional infrastructure, especially transport and energy networks,
- continue to develop the Northern Dimension in order to promote security and stability in the region,
- use the Northern Dimension framework, extending to the Arctic region and North-West Russia, to address the special regional development challenges, such as transport, energy, border crossing facilities and environmental issues,
- make use of the ENP (European Neighbourhood Policy) and EU's financial instruments, such as the European Neighbourhood and Partnership Instrument (ENPI), and support their objectives of sharing the benefits of the EU enlargement with neighbouring countries thus strengthening stability and democracy in the region,
- participate in the development of an integrated maritime policy and in the implementation of the European Maritime Strategy, the aim of which is to protect and preserve the maritime environment by efficiently using, i.a., the Water Framework Directive,
- work towards the harmonised implementation of the European Marine Strategy in the whole catchment area of the Baltic Sea by making use of the established regional cooperation within HELCOM,
- work for the concept of sustainable maritime based logistics chains in Europe,
- not to slacken in their efforts to protect the marine environment of the Baltic Sea and to promote associated protective measures at all levels,
- increase efficient use of resources to respond to pollution incidents at sea by further developing the sub-regional dimension in the HELCOM response planning and by enhancing the cooperation on the issue of places of refuge,
- further coordinate activities and initiatives of the organizations in the Baltic Sea Region towards achieving common aims of stability and welfare in the region,
- consider if "state liability" might be introduced in the field of transfrontier pollution, and if the "polluter should pay"- principle could include not only companies and individuals, but also states,
- vitalize the CBSS Working Group activities on democratic institutions,
- improve conditions of trans-border cooperation, including further work on improving trans-border communication and easing formalities for cross-border travel,
- enhance cooperation on countering terrorism in the Baltic Sea region including the improvement of appropriate legislation

Agree to

- prepare concrete recommendations for action in the field of the "Development of Transport Infrastructure in the Baltic Sea Region",
- adopt the amended rules of the BSPC attached as annex to this resolution

Furthermore

the Conference welcomes and accepts with gratitude the kind invitation of the Icelandic Parliament Althingi to hold the 15th Baltic Sea Parliamentary Conference on 3 – 5 September 2006 in Reykjavik

Anlage 5:**Resolution der 13. BSSSC-Konferenz (Szczecin/Polen, 20.-22.10.2005)¹⁶⁴****- BSSSC SZCZECIN RESOLUTION -**

Regional representatives from the Baltic Sea Region (BSR), gathered in Szczecin on 20-22 October 2005 to attend the Annual Conference of Baltic Sea States Subregional Co-operation (BSSSC) “**Growth, Innovation and Competitiveness – Key Challenges for the Baltic Sea Region**”

Lisbon Agenda

- underlines the necessity to uphold the balance between the three pillars of the Lisbon Strategy, which are Growth and Employment, Social Cohesion and Sustainable Environment
- stresses that the ambitious objectives of the Lisbon Strategy should be reached only through coherent European policies and through harmonisation and co-ordination of European and national rules
- call for the full inclusion of the regions in the BSR in the formulation and implementation of the national Lisbon action plans.
- is of the opinion that the structural and cohesion funds must be eligible for all regions
- encourage all regions to join forces to exploit potentials in environmental technologies, energy efficiencies and sustainable resource use.
- calls upon all actors in the BSR to contribute to the further development of economical clusters of excellence to strengthen the competitiveness of the region.
- calls for high-capacity transport corridors to link the regions of the BSR and to connect them to European and neighbourhood markets.

Cohesion Policy

The successful and encouraging results given both by the INTERREG III B programme and programmes supporting cross-border cooperation in the Baltic Sea Region proves the need to continue those solutions in the new programmes during the period 2007-2013.

The BSSSC stresses the need to

- preserve the existing eligible area in the Baltic Sea Region
- calibrate the coming transnational and cross-border programmes, their priorities, application procedures and managing structures to those to be established for the future “European Neighbourhood & Partnership Instrument” (ENPI) in the Baltic Sea Region
- expand the transnational objective 3 cooperation programme in the Baltic Sea Region to regional development in general
- adopt a flexible approach concerning maritime borders.

Northern Dimension

Close and constructive cooperation with neighbouring Russian regions is crucial for the development of the Baltic Sea Region and for the implementation of the strategic partnership between EU and Russia in the area.

Against this background the BSSSC

- strongly supports the continuation of the political concept “Northern Dimension” (ND) as a regional window for implementation of strategic EU-Russia partnership, in the interests of all the ND partner countries.

¹⁶⁴ Internet: <http://www.bssc.com/section.asp?id=702&pid=81>

- points to the necessity that any ND policy paper to follow the 2nd ND Action Plan from 2007 on shall be elaborated and agreed on between EU and Russia, and be based on equal rights and equal obligations.
- stresses the need to programme the future ENPI for the Baltic Sea Region so that practical cooperation between all Baltic Sea Region countries and Russian project partners will be possible.

Youth

Active participation of young people in decision processes and activities on regional and local levels, as well as opportunities for them to exchange knowledge and experiences, is essential to build a more democratic and inclusive Baltic Sea Region.

The BSSSC

- points to the need of the enhanced cross-cultural practical experience of future labour force and calls for inclusion and exchange of practice and traineeship for young professionals and vocational students.
- acknowledges the youth point of views and their participation in the work of BSSSC and will support the opportunities for young people to meet and exchange experiences
- welcomes the establishment of the BSSSC Youth Network and will support its activities

Maritime Policy

BSSSC strongly welcomes the aim to develop a coherent European Maritime Policy and stresses the need

- to enhance maritime safety by coordinated efforts of the EU and all the Baltic Sea States, as well as of the regions in the area, to improve Maritime Safety with aims to secure a sustainable ecological transport mode in this maritime region of major European importance
- to define a coherent Baltic Sea Region concept in the framework of "Trans European Transport Networks", "Motorways of the Sea" and "Coastal and Short Sea Shipping", including both land and maritime transport facilities. This to establish an effective and sustainable transport system in the region.
- to secure the ecological balance of the Baltic Sea, using the knowledge and experience arising from activities and projects at the international, national and regional level in the area. A special focus must be on preserving natural conditions of the Baltic Sea to secure the economy in fishing sector, tourism and leisure.

Anlage 6**Übersicht über INTERREG III B-Projekte mit schleswig-holsteinischer Beteiligung (Stand: Juni 2006)****a) INTERREG III B – Ostseeraum¹⁶⁵:****„Maritour – Maritime Tourism Marketing in the Baltic Sea Region“:**

Förderung von maritimem Tourismus im Ostseeraum durch Etablierung eines Unternehmens, das ein transnational abgestimmtes Marketing mit Schwerpunkt auf Segelaktivitäten (z.B.: Segelschiff-Veranstaltungen, Ausstellungen, Kreuzfahrttourismus) unterstützt.
Schleswig-holsteinischer Partner: Lübeck und Travemünde Tourismus Agentur.
Gesamtbudget: € 1.705.500 (Anteil INTERREG III B: € 1.177.625).

„SEAREG – Sea Level Change“:

Projektschwerpunkt ist die mittelfristige und langfristige Implementierung geeigneter Gegenmaßnahmen zur Klimaveränderung. Wissenschaftliche Ergebnisse und Raumplanungsexperten sollen Entscheidungsträgern bereichsübergreifende Empfehlungen geben.
Schleswig-holsteinischer Partner: MLUR.

Gesamtbudget: € 1.591.940 (Anteil INTERREG III B: € 840.970).

„BaltCoast“:

Demonstration praktischer Wege, wie wirtschaftliche Entwicklung, städtischer Ausbau und Schutz der Umwelt in Küstenregionen miteinander vereinbart werden können.

Schleswig-holsteinischer Partner: IM.

Gesamtbudget: € 3.259.098 (Anteil INTERREG III B: € 1.687.844).

„COMPASS“:

Das Projekt will in mittelgroßen Städten und Regionen im Ostseeraum örtliche Wachstumsbranchen und Möglichkeiten zu deren Förderung ermitteln. Eine Analyse der Kosten und der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit soll die Attraktivität für den privaten Sektor ermitteln.

Schleswig-holsteinischer Partner: Wirtschaftsförderung Lübeck.

Gesamtbudget: € 619.120 (Anteil INTERREG III B: € 309.560).

„BERNET – Integrated Management of Catchments“:

Projektziel ist, gemeinsame Instrumente und Strategien zur Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie auf dem Gebiet der Wassergewinnung zu entwickeln.

Schleswig-holsteinischer Partner: Landesamt für Natur und Umwelt (LANU).

Gesamtbudget: € 755.902 (Anteil INTERREG III B: € 336.651).

„NeLoC – Networking Logistics Centres in the BSR“:

Förderung der Wettbewerbsfähigkeit des Logistikbereiches und Verbesserung der Rolle der Logistik-Zentren als Teil eines Logistik-Netzwerks im Ostseeraum.

Schleswig-holsteinischer Partner: Technikzentrum Lübeck.

Gesamtbudget: € 2.745.335 (Anteil INTERREG III B: € 1.017.467).

„Decision Support“:

Optimierung von Planungsprozessen durch verbesserte transregionale Kommunikation und Entscheidungsstrukturen; Aufbau eines thematischen Netzwerks und eines „Centre of Excellence“ für bessere Beratung politischer und unternehmerischer Entscheidungen in den Bereichen Raumplanung, Transport und regionale Entwicklung.

Schleswig-holsteinische Partner: Technikzentrum Lübeck, Universität Lübeck, IZET Innovationszentrum Itzehoe.

Gesamtbudget: € 2.606.426 (Anteil INTERREG III B: € 954.612).

¹⁶⁵ ausführlicher im Internet unter: www.bsrinterreg.net

„Connect Baltic Sea Region – CBSR“:

Das Connect-Netzwerk in der Ostseeregion soll zur Schaffung neuer Unternehmen und damit neuer Arbeitsplätze auf den Gebieten Biotechnologie, Medizin, Umwelttechnik und Informations- und Kommunikationstechnologie beitragen.

Schleswig-holsteinische Partner: IZET Innovationszentrum Itzehoe, Technologie Transferzentrale Schleswig-Holstein.

Gesamtbudget: € 2.905.000 (Anteil INTERREG III B: € 385.000).

„Baltic Gateway“:

Integration der Seeverkehrswege der südlichen Ostsee in die Transportnetzwerke TEN, TINA und „Paneuropäische Netze Verkehr“. Schwerpunkte sind die Achsen Öresund-Berlin, NL/UK-Dänemark-Südschweden-Korridor IX B, Korridor I, E 65 Schweden-Polen-Österreich.

Schleswig-holsteinische Partner: Lübecker Hafengesellschaft, MWV.

Gesamtbudget: € 2.464.000 (Anteil INTERREG III B: € 1.375.750).

„Wind Energy in the BSR“:

Projektziel ist, dem Ostseeraum eine führende Stellung in der Windenergietechnik zu verschaffen. Die Voraussetzungen sollen durch ein ostseeweites Windenergie-Netzwerks und durch Verbesserungen auf konkret definierten Handlungsfeldern geschaffen werden.

Schleswig-holsteinischer Partner: Wirtschaftsförderungsgesellschaft Husum.

Gesamtbudget: € 1.040.400 (Anteil INTERREG III B: € 598.050).

„Baltic Sea Virtual Campus – BSVC“:

Implementierung und Testlauf einer elektronischen Plattform für eine gemeinsame Ausbildungsinfrastruktur, um akademische Ausbildung „online“ anzubieten. BSVC soll allen Universitäten offen stehen und ihnen ermöglichen, eigene „eLearning“-Angebote zu entwerfen.

Schleswig-holsteinische Partner: Fachhochschulen Lübeck und Kiel.

Gesamtbudget: € 3.349.000 (Anteil INTERREG III B: € 1.424.500).

„STRING II: South-Western Baltic Sea Transregional Area – Implementing New Geography“:

Gemeinsame Entwicklung von Potenzialen der Partnerregionen und Erarbeitung gemeinsamer Strategien für Innovation, Unternehmensgeist und Nachhaltigkeit angesichts der Herausforderungen einer globalisierten, sich rasch wandelnden Wirtschaft.

Schleswig-holsteinischer Partner: MJAE.

Gesamtbudget: € 3.402.266 (Anteil INTERREG III B: € 1.710.133).

„NEW HANSA of sustainable Ports and Cities“:

Entwicklung von zukunftsfähigen Lösungen zur Reduzierung der Umweltbelastung durch den Schiffsbetrieb sowie für die nachhaltige Entwicklung von Hafenstädten.

Schleswig-holsteinische Partner: Stadtwerke Lübeck, Hansestadt Lübeck.

Gesamtbudget: € 1.049.498 (Anteil INTERREG III B: € 561.322).

„Baltic Gateway PLUS – Implementation plan for realizing the Baltic Gateway Quick Start Programme“:

Vertiefung von des Vorläufer-Projekts „Baltic Gateway“ (s.o.). Vorbereitung von Investitionen entlang von transnationalen Korridoren, die die Grenzen der südlichen Ostseeregion überschreiten, Vorbereitung eines „Baltic Gateway Quick Start Programme“.

Schleswig-holsteinische Partner: MWV, Investitionsbank Schleswig-Holstein.

Gesamtbudget: € 901.000 (Anteil INTERREG III B: € 536.000).

„e-Health for Regions – Integrated regional health care structures: e-Health in the Baltic Sea Region“:

Schaffung integrierter Strukturen und Arbeitsabläufe im Gesundheitswesen mit Hilfe elektronischer Informationssysteme; Aufbau eines e-Health-Netzwerks, das gemeinsame Strategien für Zusammenarbeit, Standardisierung und Wissenstransfer entwickelt, und Erprobung von

gemeinsamen Pilotprojekt im Bereich Kardiologie.

Schleswig-holsteinische Partner: AOK Schleswig-Holstein, MSGF, Kreis Segeberg, Evangelisch-Lutherische Diakonissenanstalt Flensburg.

Gesamtbudget: € 3.265.235 (Anteil INTERREG III B: € 1.728.486).

„BASIM – Baltic Sea Information Motorways“:

Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Seetransporte in der BSR durch eine bessere Koordinierung von Transportkorridoren und Informations- und Monitoring-Systemen; Beitrag zur Umsetzung des neuen EU-Konzepts „Motorways at Sea“ im Ostseeraum.

Schleswig-holsteinische Partner: Technikzentrum Lübeck (TZL); Lübecker Hafengesellschaft; ASG European Road Transport GmbH.

Gesamtbudget: € 1.824.000 (Anteil INTERREG III B: € 1.011.000).

„BIRD – Wetlands, nature reserves and cultural landscapes for rural development“:

Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung ländlicher Räume und Naturtourismus: Regionale Akteure aus Landwirtschaft, Tourismus und Naturverwaltung entwickeln gemeinsam Grundsätze und Demonstrationsprojekte zu Feuchtgebieten und Kulturlandschaften unter den Aspekten des Managements, der integrativen regionalen Entwicklung, der Erlebbarkeit und der Naturpädagogik. Schleswig-Holsteinischer Partner: Landesamt für Natur- und Umwelt (LANU). Gesamtbudget: € 3.991.452 (Anteil INTERREG III B: € 2.460.697).

„Connect Baltic Sea Region +“:

Vertiefung des Vorläufer-Projekts „Connect Baltic Sea Region“ (siehe oben). Zusammenarbeit von Technologietransferzentren zur Stärkung der regionalen Wirtschaftsentwicklung mit Schwerpunkt auf der Integration westlicher und östlicher Regionen des Ostseeraums.

Schleswig-holsteinischer Partner: Innovationszentrum Itzehoe IZET.

Gesamtbudget: € 1.105.000 (Anteil INTERREG III B: € 650.000).

„Baltic Haz Control“:

Aufbau eines ostseeweiten Monitoring-System für Sonderabfälle durch verbesserte Erfassung und Koordinierung von Sonderabfall-Strömen („HazWaste Inventory“) sowie Schaffung der Voraussetzungen für einen „Baltic Waste Management Council“.

Schleswig-holsteinischer Partner: GOES – Gesellschaft für die Organisation der Entsorgung von Sonderabfällen (Neumünster).

Gesamtbudget: € 1.047.196 (Anteil INTERREG III B: € 514.930).

„InLoc – Integrating Logistic Centre Networks in the Baltic Sea Region“:

Verbesserung der Transportketten in der BSR sowie Vernetzung von Logistikzentren durch Strategieentwicklung für Logistikketten, Beseitigung von Engpässen in der Hafen-Hinterland-Logistik und Verbesserung der Kompatibilität der Transport- und Logistiknetzwerke.

Schleswig-holsteinische Partner: ASG European Road Transport GmbH, Lübecker Hafengesellschaft, Technikzentrum Lübeck (TZL).

Gesamtbudget: € 1.867.600 (Anteil INTERREG III B: € 1.023.825).

„EICOOP – Economic and Intercultural COOPeration between Schleswig-Holstein (DE), Grodno-Region (Belarus) and Kaliningrad Region (RU)“:

Unterstützung des Aufbaus von bleibenden Kooperationsstrukturen zwischen NGOs und Unternehmen in der BSR und EU-Mitgliedsstaaten sowie benachbarten Nicht-Mitgliedern; Schwerpunkte sind Umweltwirtschaft/Ökotourismus und Kooperation in Bildung und Kultur.

Schleswig-holsteinische Partner: Verein zur Förderung des Technologietransfers (SCHIFF GmbH), Heinrich-Böll-Stiftung SH, Junge Europäische Föderalisten SH, Europa-Union Kiel.

Gesamtbudget: € 109.000 (Anteil INTERREG III B: € 54.500).

„A.S.A.P. – Efficient Administrative Structures as a Prerequisite for Successful Economic and Social Development of Rural Areas in Demographic Transition“:

Verbesserung der Verwaltungsstrukturen auf regionaler und lokaler Ebene, so dass diese in der Lage sind Politiken, die an die spezielle Nachfrage der ländlichen Gebiete angepasst wurden, zu erstellen und zu implementieren.

Schleswig-holsteinische Partner: IM, Region K.E.R.N., Kreise Nordfriesland und Ostholstein.
Gesamtbudget: € 1.655.675 (Anteil INTERREG III B: € 1.050.831).

„BEEN – Baltic Energy Efficiency Network for the Building Stock“:

Verbesserung der Lebensqualität in Bezug auf mehrstöckige Gebäude aus dem Zeitraum 1950-90, um Energieverschwendungen, hohe Kosten und Umweltbelastung zu reduzieren.
Schleswig-holsteinischer Partner: MWV.

Gesamtbudget: € 1.479.940 (Anteil INTERREG III B: € 1.084.955).

„Eurobaltic – Programme for Civil Protection in the Baltic Sea Region“:

Realisierung des EUROBALTIC Programm für Zivilschutz mit dem Ziel, ein Netzwerks zwischen nationalen, regionalen und lokalen staatlichen Stellen, nichtstaatlichen Organisationen, Forschungsinstituten und Unternehmen zu schaffen.

Schleswig-Holsteinischer Partner: IM.

Gesamtbudget: € 859.500 (Anteil INTERREG III B: € 385.602).

„B-SME – Baltic Spatial Development Measures for Enterprises“:

Ausweitung und Vertiefung der bereits bestehenden Kooperation der kleineren und mittleren Unternehmen (KMU) im Rahmen des „Hanse-Parlaments“ durch Aufbau einer ostseeweiten KMU-Gemeinschaft sowie der weiterführenden Aus- und Weiterbildung

Schleswig-Holsteinischer Partner: Handwerkskammer Lübeck.

Gesamtbudget: € 3.819.714 (Anteil INTERREG III B: € 2.546.000).

„COASTSUST – Coastal Sustainability as a Challenge“:

Projektziel ist, die umweltverträgliche Nutzung, die wirtschaftliche Entwicklung und ein ökologisches Management gefährdeter Naturgebiete in Einklang zu bringen.

Schleswig-holsteinischer Partner: Biosphärenreservat Wattenmeer.

Gesamtbudget: € 1.198.530 (Anteil INTERREG III B: € 760.265).

„AGORA – Network Sustainable Tourism Development in the Baltic Sea Region“:

Koordinierung und Vernetzung der bereits existierenden Projekte im Bereich nachhaltiger Tourismus. Das Projekt soll eine Informations- und Servicefunktion übernehmen, um Erfahrungen zugänglich zu machen, und eine „toolbox“ für Projekte entwickeln und testen.

Schleswig-holsteinische Partner: Förderverein für das archäologisch-ökologische Zentrum Albersdorf; Umweltrat Fehmarn; SOCIAL-HANSA.

Gesamtbudget: € 2.692.844 (Anteil INTERREG III B: € 1.924.462).

„RECO – Regional Cooperation in Waste Management“:

Entwicklung effizienter Einrichtungen für das Müllmanagement im Ostseeraum; Minimierung negativer ökologischer Effekte und der Gesamtkosten.

Schleswig-holsteinischer Partner: GOES Gesellschaft für die Organisation der Entsorgung von Sonderabfällen (Neumünster).

Gesamtbudget: € 1.660.360 (Anteil INTERREG III B: € 1.121.770).

„COinCO – Opportunities and Development of Infrastructure between the Nordic main Cities – net“:

Identifizierung von günstigen und zuverlässigen technischen Lösungen für nutzefreundlicheren schnellen Internetzugang in ländlichen Gebieten. Nach Analyse der jeweiligen lokalen Situation sollen technische Lösungen entwickelt und in Pilotprojekten getestet sowie Schulungsmaßnahmen durchgeführt werden.

Schleswig-holsteinischer Partner: MJAE.

Gesamtbudget: € 3.997.581 (Anteil INTERREG III B: € 2.005.789).

„LogVAS – Logistics Potentials for Value Added Services in Port-located Areas“:

Entwicklung von Verkehrsmodellen und logistischen Karten, die die jeweilige Infrastruktur im Hafen selbst und in seiner Umgebung sowie die interregionalen und internationalen logistischen Strukturen verdeutlichen; Erarbeitung von Strategien für zukünftige Investitionen. Schleswig-holsteinische Partner: Lübecker Hafengesellschaft, Wirtschaftsförderung Lübeck, Seehafen Kiel, MWV, KWL Koordinierungsbüro Wirtschaft in Lübeck, Universität Lübeck. Gesamtbudget: € 1.431.000 (Anteil INTERREG III B: € 748.500).

„BalticMaSTER: Maritime Safety – Transport and Environment in the South Baltic Sea Region“:

Startegieentwicklung zur stärkeren Einbindung von lokalen und regionalen Regierungen bei Prävention und Bewältigung einer eventuellen Katastrophe im Bereich maritime Sicherheit. Schleswig-holsteinischer Partner: MWV.

Gesamtbudget: € 4.358.220 (Anteil INTERREG III B: € 2.537.110).

b) INTERREG III B – Nordseeraum¹⁶⁶:**„COMRISK – Common Strategies to reduce the risk of storm floods in coastal lowlands“:**

Ausbau des Küstenschutz durch Erfahrungsaustausch zwischen Küstenschutz-Experten sowie durch Pilotprojekte.

Schleswig-holsteinischer Partner: MLUR.

Gesamtbudget: € 1.843.426 (Anteil INTERREG III B: € 921.712).

„NAVE NORTRAIL – The North Sea Coastal Paths“:

Entwicklung des Nordseeküstenwegs (Nortrail), ein durch Fußwege verbundenes Netz von Landschaften und Pfaden, und Verknüpfungen zu Sehenswürdigkeiten sowie ein Unterkunftsnetz und Informations- und Rastplatzangebote.

Schleswig-holsteinischer Partner: Amt Karrharde, Leck.

Gesamtbudget: € 7.299.314 (Anteil INTERREG III B: € 3.649.657).

„WSF – Trilateral Wadden Sea Forum“:

Errichtung eines unabhängigen Forums der Wattenmeerstaaten Niederlande, Deutschland und Dänemark zum Meinungsaustausch sowie Aufstellung von Szenarien zur nachhaltigen Entwicklung der Wattenmeerregion; Erarbeitung von Umsetzungskonzepten, die der 10.Trilateralen Wattenmeer-Regierungskonferenz vorgelegt werden.

Schleswig-holsteinischer Partner: Landesamt Nationalpark Wattenmeer.

Gesamtbudget: € 2.069.882 (Anteil INTERREG III B: € 1.034.941).

„ICTs for SMEs – Regional Strategies and Solutions to Enhance ICT-Access and Use for SMEs“:

Förderung von kleineren und mittleren Unternehmen durch eine bessere Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien.

Schleswig-holsteinische Partner: Wirtschaftsakademie Schleswig-Holstein (WAK).

Gesamtbudget: € 4.308.275 (Anteil INTERREG III B: € 2.152.637).

„CO 2 – The North Sea Cycle Route 2“:

Weiterentwicklung des internationalen Nordseeküstenradweges (bereits INTERREG II C-Projekt) zu einer touristischen Einrichtung; Verfestigung von Organisationsstrukturen, Vermarktung, Monitoring und Evaluation.

Schleswig-holsteinischer Partner: Nordseebäderverband Schleswig-Holstein e.V.

Gesamtbudget: € 2.051.280 (Anteil INTERREG III B: € 1.025.640).

„BurVal – Ancient groundwater reservoirs in buried valleys – sustainable water resources for the future“:

Verbesserung des Wissens über quartäre Rinnen als Grundwasserleiter, um eine zukunftsfähige und nachhaltige Bewirtschaftung dieser Grundwasserressourcen grenzüberschreitend

¹⁶⁶ ausführlicher im Internet unter: www.interregnorthsea.org

innerhalb der Nordseeregion sicherzustellen.

Schleswig-holsteinischer Partner: Landesamt für Natur und Umwelt (LANU).

Gesamtbudget: € 2.708.053 (Anteil INTERREG III B: € 1.354.026).

„MOPARK – Mobility and National Parks“:

Entwicklung von verkehrlichen Vernetzungs- und Vermarktungskonzepten innerhalb der Insel- und Halligwelt im Nationalpark Schleswig-Holsteinisches Wattenmeer und außerhalb zu den Partnern in den internationalen Nationalparkregionen.

Schleswig-holsteinische Partner: Insel- und Halligkonferenz, Region Uthlande, Wyk auf Föhr.
Gesamtbudget: € 5.658.200 (Anteil INTERREG III B: € 2.829.100).

„ProBioEnergy – Promotion of Bio-Energy by Marketing, Implementation and Trading in the North Sea Region“:

Förderung der Realisierung von Biomasseprojekten, um eine stärkere Nutzung von Biomasse als Energielieferant zu forcieren. Durch Informations- und Beratungskampagnen soll der Aufbau eines Marktes für Biomasse sowie von regionalen Netzwerken erreicht werden.

Schleswig-holsteinische Partner: Innovationsstiftung Schleswig-Holstein; MWV.

Gesamtbudget: € 2.039.680 (Anteil INTERREG III B: € 1.019.840).

„SAFECOAST – Sustainable Coastal Risk Management in 2050“:

Unterstützung nachhaltiger Entwicklung in den Küstenebenen des Nordseeraums mit Blick auf künftige Klimaänderungen und mögliche Anforderungen im Jahr 2050. Das Teilprojekt, das die schleswig-holsteinischen Partner verantwortlich durchführen, erarbeitet und testet den Einsatz von zielgruppenorientierten Informationen u.a. über das Risiko von Sturmfluten.

Schleswig-holsteinische Partner: MLUR, IM.

Gesamtbudget: € 2.325.226 (INTERREG III B Anteil: € 1.162.613).

„SUTRANET – Sustainable Transport Research and Development Network in the North Sea Region“:

Unterstützung der Entwicklung eines Transportnetzwerks und intermodaler Transportketten im Nordseeraum, u.a. zwischen Universitäten und Forschungseinrichtungen in Richtung von Häfen, Unternehmen und Verbänden der Transportbranche und öffentlichen Verwaltungen.

Schleswig-holsteinischer Partner: Fachhochschule Kiel.

Gesamtbudget: € 1.139.996 (INTERREG III B Anteil € 569.998).

„LANCEWADPLAN – Integrated Landscape and Cultural Heritage Management and Development Plan for the Wadden Sea Region“:

Aktualisierung und Aufarbeitung der vorhandenen kulturhistorischen Daten der Wattenmeeregion in Anknüpfung an das INTERREG II C Projekt LANCEWAD, um einen Management-, Entwicklungs- sowie Aktionsplan im Zusammenwirken der beteiligten staatlichen und anderen Organisationen zu erstellen.

Schleswig-holsteinischer Partner: Archäologisches Landesamt Schleswig-Holstein.

Gesamtbudget: € 2.546.130 (Anteil INTERREG III B: € 1.273.065).

„POWER – Pushing Offshore Wind Energy Regions“:

Förderung eines Kompetenznetzwerks von Offshore-Windenergie-Industrien der Nordseeansässiger mit breiter Beteiligung aus dem öffentlichen und privaten Sektor.

Schleswig-holsteinischer Partner: Wirtschaftsförderungsgesellschaft Nordfriesland mbH.

Gesamtbudget: € 3.493.682 (Anteil INTERREG III B: € 1.746.841).

„NTN/NTN II – Nordic Transport Political Network / Transport Corridors project of Nordic Transpolitical Network“:

Ausbau von Transportkorridoren von Südnorwegen und Westschweden durch Jütland (Dänemark) und Norddeutschland, um ein Netzwerk zur besseren Einbindung der nordeuropäischen Projektbeteiligten in den europäischen Markt zu schaffen.

Schleswig-holsteinische Partner (ohne direkte Finanzierungsbeteiligung; Beteiligung über ein

Kooperationsmemorandum): Kreis Dithmarschen, Kreis Nordfriesland, Kreis Steinburg.
Gesamtbudget: € 909.000 (Anteil INTERREG III B: € 454.500).